

AUSDRUCK

MAGAZIN DER INFORMATIONSTELLE MILITARISIERUNG E.V.

Einzelpreis 3,50 € - ISSN 1612-7366

MALI: FAKT UND FIKTION

Christoph Marischka ~ Skripted Mali. Aktuelle Berichte zur

Lage und offenbare Auslassungen der Bundeswehr-Serie – **1**

Christoph Marischka ~ Das Kerneuropa konstituiert sich im Sahel – **4**

Alexander Kleiß ~ Die fabelhafte Welt des Malibot – **6**

DEUTSCHLAND UND DIE BUNDESWEHR

Peter Feininger ~ Die Ariane-Städte: Nahe an der Atomwaffe (Teil II) – **7**

Christian Stache ~ Trinationaler Workshop Zivil-Militärische Zusammenarbeit: Vertreter von Militär, Staat, NGOs und Konzernen treffen sich in Hamburg – **12**

PROPAGANDA UND INFORMATIONSKRIEGE

Christopher Schwitanski ~ Ein Beispiel für Nato-Kriegspropaganda: Die Studie zum Umgang mit Desinformationskampagnen gegenüber der Luftwaffe – **15**

Jürgen Wagner ~ 2026: (Informations-)Krieg NATO vs. Russland – **18**

IMI ~ Krieg im Informationsraum: Bericht vom IMI-Kongress 2017 – **21**

RUSSLAND UND ZENTRALASIEN

Mirko Petersen ~ Geopolitik und Handel: Die russisch-latein-amerikanischen Beziehungen – **25**

David X. Noack ~ Kirgisistan und Tadschikistan: Konflikte in der zentralasiatischen post-sowjetischen Peripherie – **28**

WEITERE ARTIKEL

Christoph Marischka ~ Profiteure der High-Tech-Vegrenzung – **34**

Marius Pletsch ~ Angst vor klarem Himmel. In Emran Feroz' Buch über den US-Drohnenkrieg kommen die Betroffenen zu Wort – **36**

Jürgen Wagner ~ PESCO: Historischer Rüstungsschub? – **37**



Editorial:

Jedes Jahr im November veranstaltet die IMI ihren Jahreskongress zu wechselnden Themen. Diesmal stand der „Krieg im Informationsraum“ auf dem Programm und wir waren nicht ganz sicher, ob das funktionieren würde. Befürchtungen gingen u.a. dahin, dass das Thema bei Referent_innen wie Publikum entweder zu viel technischen Sachverstand voraussetzen oder aber auf spekulative bis verschwörungstheoretische Darstellungen hinauslaufen könnte. Die Herangehensweise, sich auf zweifelsfrei belegte und v.a. von Bundesregierung, EU und NATO klar formulierte Vorhaben und Sichtweisen zu konzen-

trieren, erwies sich jedoch als (aus unserer Sicht) erfolgreich und offenbar auch attraktiv. Zumindest in den ersten Stunden des Kongresses war der Raum bis zum Anschlag gefüllt, die Diskussionen blieben sachlich und an den Fakten orientiert und zwischen den verschiedenen Beiträgen zeigten sich Parallelen, mit denen wir vorher gar nicht gerechnet hatten. Insofern empfehlen wir in dieser Ausgabe des AUSDRUCK ganz besonders die Lektüre des Berichts vom IMI-Kongress. Die meisten Beiträge lassen sich auch auf der Homepage des freien Radios Wüste Welle nachhören.

Darüber hinaus möchten wir beson-

ders auf den Artikel zur Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit der EU im Militärbereich hinweisen. Die aktuelle deutsche Regierung, die eigentlich nur kommissarisch im Amt ist und von einem bislang wenig handlungsfähigen Parlament durch einen „Hauptausschuss“ (nicht) kontrolliert wird, hat unter dem Kürzel PESCO einen verbindlichen Schritt zur weiteren Militarisierung der EU unternommen, der die bisherigen Entscheidungsstrukturen unterläuft. Kommissarisch konstituiert sich Kerneuropa – natürlich unter deutscher Führung.

Die Redaktion

Impressum

Der **AUSDRUCK** wird herausgegeben von der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. Tübingen.

Redaktion: Das Aktiventreffen der Informationsstelle Militarisierung, Jacqueline Andres, Christoph Marischka, Alexander Kleiß, Jürgen Wagner.

Erscheinungsweise: Der **AUSDRUCK** erscheint zweimonatlich jeweils zu Beginn des Monats.

Druck: Campus Druck, Hechinger Str. 203 (Sudhaus), 72072 Tübingen.

Bezugsbedingungen: IMI-Mitglieder und Mitglieder des IMI-Fördervereins erhalten den **AUSDRUCK** kostenlos (ab einem Beitrag von 5 €/Monat). Einzelpreis 3,50 €. Im Jahresabo (6 Hefte): 35 € bzw. Förderabo ab 40 €.

Bezugsadresse: Informationsstelle Militarisierung e.V., Hechinger Str. 203, 72072 Tübingen.

Hinweise zu einzelnen Texten: Δ Marischka, Kerneuropa, gekürzt in: junge Welt, 1.9.2017 Δ Marischka, Profiteure, in: Friedensforum 6/2017 Δ Pletsch, Feroz, in: junge Welt, 6.11.2017.

Bildnachweise wie angegeben außer: Titelseite: Abusting, Quelle: Indymedia.

Hinweise zu den Autoren dieser Ausgabe: Christoph Marischka und Jürgen Wagner sind IMI-Vorstände, Christian Stache und Mirko Petersen IMI-Beiräte. Alexander Kleiß, Marius Pletsch und Christopher Schwitanski absolvierten alle ein IMI-Praktikum und steuern inzwischen regelmäßig Artikel für den Ausdruck bei. David X. Noack ist Politikwissenschaftler und Historiker. Peter Feiniger ist Redakteur beim Forum friedliches und solidarisches Augsburg;

Hinweise zu Internetlinks in dieser Ausgabe: Alle enthaltenen Link-Verweise wurden von den jeweiligen Autoren/Autorinnen zum Zeitpunkt der Drucklegung geprüft – für eine darüberhinausgehende Aktualität können wir keine Gewähr geben.

Spendeninformation

Die Informationsstelle Militarisierung und der IMI-Förderverein Analyse und Frieden sind eingetragene und als gemeinnützig anerkannte Vereine. Die Arbeit der Informationsstelle trägt sich durch Spenden und Mitgliedsbeiträge. Wenn Sie Interesse an der Arbeit der Informationsstelle oder Fragen zum Verein haben, nehmen Sie bitte Kontakt zu uns auf. Nähere Informationen, wie auch Sie IMI stützen können, erfahren Sie auf unserer Homepage (www.imi-online.de), per Brief, Mail oder Telefon in unserem Büro in Tübingen.

Spenden an IMI sind steuerabzugsfähig.

Unsere Spendenkontonummer bei der

Kreissparkasse Tübingen

IBAN: DE64 6415 0020 0001 6628 32

BIC: SOLADES1TUB.

Konto des IMI-Fördervereins:

IBAN: DE54 6415 0020 0001 7669 96

BIC: SOLADES1TUB.

Kontakt: Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. Hechinger Str. 203 (Sudhaus)

72072 Tübingen

Telefon: 07071/49154

Fax: 07071/49159

e-mail: imi@imi-online.de

web: www.imi-online.de



Skripted Mali

Zwei aktuelle Berichte zur Lage offenbaren die Auslassungen der Bundeswehr-Serie

von Christoph Marischka

Viel wird gegenwärtig diskutiert und geschrieben über die neue Online-Video-Serie der Bundeswehr mit dem Titel „Mali“. Tatsächlich ist die Werbung für die Serie – mit 4,5 Mio. Euro teurer als deren Produktion – u.a. durch viele Plakate gut sichtbar. Die Aufmachung der Reklame wurde bereits wegen ihrer Nähe zu Werbung für Video-Spiele kritisiert, auch die Serie selbst scheine, „als wolle die Bundeswehr ihr Image polieren, als Heldenepos“, so etwa der „Merkurist“: „Dabei sind viel dramatische Filmmusik, gut inszenierte Soldaten, viel Dreck und Wüste, Militärfahrzeuge und Hubschrauber im Spiel“.¹ „Eine solche Serie“ sei „dem Ernst der Lage nicht angemessen“, kritisierte früh die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und rügte eine Darstellung des derzeit wohl gefährlichsten Auslandseinsatzes der Bundeswehr als „Abenteuerspielplatz“.²

Das Verteidigungsministerium hingegen behauptete, „den Alltag unserer Soldatinnen und Soldaten im Auslandseinsatz MINUSMA aus ihrer eigenen Perspektive“ und damit „ein möglichst realistisches und authentisches Bild von einem Einsatz der Bundeswehr“ wiedergeben zu wollen. Dabei werde sich auch mit „kritischen und ernsten Themen wie Verwundung und Tod“ auseinandergesetzt, nachdem an der zuvor veröffentlichten Serie „die Rekruten“ kritisiert wurde, dass diese Aspekte nur am Rande vorgekommen seien.³

Der dazugehörige „Chatbot“, der teilweise automatisiert Fragen der Zuschauer*innen beantwortet und diese zudem mit sog Social-Media-Inhalten – darunter auch neue Video-Beiträge – zuschüttet, hat tatsächlich offenbar zunächst den Eindruck erweckt, quasi live und direkt aus dem Einsatzgebiet zu berichten. Nachdem er nachts über einen Nachalarm informiert und damit Irritationen hervorgerufen hatte, sah man sich jedoch offenbar gezwungen – sicherlich nicht automatisiert – klarzustellen, dass sich die dargestellten Ereignisse zwar in dieser Reihenfolge, aber ein paar Wochen zuvor zuge tragen hätten.⁴ So wissen die Protagonisten in den aktuell ausgestrahlten Folgen noch nichts vom Tod zweier Kameraden beim Absturz eines Kampfhubschraubers am 26. Juli 2017, der jedoch gegen Ende der Serie „mit der nötigen Sensibilität thematisiert“ werden solle.⁵

Eskalation seit Juni 2017

Somit handelt die Serie tatsächlich von einem Zeitraum, in dem die Lage in Mali drastisch eskalierte. Am 28. September 2017 veröffentlichte der UN-Generalsekretär seinen jüngsten vierteljährlichen Bericht zur Lage in Mali.⁶ Dieser beginnt mit der Feststellung: „Die politische und Sicherheitslage hat sich seit meinem vorangegangenen Bericht und der Verabschiedung der UN-Resolution 2364 am 29. Juni signifikant verschlechtert.“ Human Rights Watch hatte bereits zuvor darauf hingewiesen, dass es besonders in Zentralmali durch die mit der Bundeswehr verbündete malische Armee zu massiven Übergriffen auf die Zivilbevölkerung käme. „Die schiefe Logik des Folterns, Tötens und Verschwindenlassens von Menschen im

Namen der Sicherheit“ werde „Malis beschleunigte Dynamik von Gewalt und Missbrauch“ weiter befeuern, wird darin gewarnt.⁷

Damit decken beide Berichte jene Themen ab, die in der Videoserie absehbar und in der Berichterstattung bis jetzt ausgespart bleiben. Sie sollen deshalb hier ausführlich zitiert und knapp kommentiert werden.

Im Bericht des UN-Generalsekretärs heißt es: „Die Sicherheitslage hat sich signifikant verschlechtert. Seit Mitte Juli [2017] hat sich die Situation in Kidal wegen bewaffneter Zusammenstöße zwischen der CMA und der Plattform verschlechtert, die um die Kontrolle der Provinz konkurrieren. Zugleich hielten die asymmetrischen Angriffe gegen MINUSMA und internationale Kräfte an, v.a. in den Gegenden um Gao, Kidal und Timbuktu. Die Angriffe auf die malischen Verteidigungs- und Sicherheitskräfte haben sich gegenüber dem vorangegangenen Berichtszeitraum nahezu verdoppelt. ... Noch mehr zugenommen hat die Gewalt. Gewalttätige Islamistengruppen und terroristische Elemente haben 75 Angriffe durchgeführt – 44 gegen die malischen Verteidigungs- und Sicherheitskräfte, 21 gegen MINUSMA und 10 gegen [die französische Interventions-truppe] Barkhane; dem stehen 37 Angriffe aus dem Berichtszeitraum zuvor entgegen (23 gegen malische Sicherheits- und Verteidigungskräfte, 11 gegen MINUSMA und 3 gegen Barkhane). Das bedeutet eine Zunahme der Angriffe um 102,7%. Die Verluste haben ebenfalls zugenommen, mit 15 Toten aus den Reihen der MINUSMA (6 Peacekeeper, 1 Zivilist und 8 Auftragnehmer) und 34 Verletzten (25 Peacekeeper, 2 Zivilisten und 7 Auftragnehmer). Im vorangegangenen Zeitraum wurden 4 Peacekeeper getötet und 5 verletzt. Zugleich wurden 39 malische Sicherheits- und Verteidigungskräfte getötet und 44 verletzt. Zuvor waren 33 getötet und 54 verletzt worden. Hinsichtlich der internationalen Kräfte wurden keine französischen Soldaten getötet, während 17 verletzt wurden – zum Vergleich wurden im vorangegangenen Berichtszeitraum 2 [französische Soldaten] verletzt.“

Kein Frieden in Sicht

Bei der CMA und der Plattform handelt es sich um Parteien jenes Friedensabkommens, dessen Umsetzung die Bundeswehr im Rahmen der MINUSMA absichern soll. Während die Plattform tendenziell die Regierung in Bamako und die Rückkehr ihrer Vertreter in den Norden unterstützt, versucht die sezessionistisch inspirierte CMA diese zumindest zu verzögern. Diese Auseinandersetzung wurde insbesondere auch in der Region Kidal, die nördlich des deutschen Stützpunktes in Gao an der Grenze zu Algerien liegt, auch mit massiver Waffengewalt geführt. Der UN-Bericht enthält hierzu jedoch keine Zahlen, außer dass vier Kinder bei Gefechten zwischen Parteien des Friedensabkommens im Kreuzfeuer umgekommen seien. Mehrfach wurden solche Gefechte von der MINUSMA beobachtet, ohne dass diese eingriff. Vieles spricht dafür, dass dies auch der Auftrag des später abgestürzten Kampfhubschraubers der Bundeswehr war.⁸

Dafür beschreibt der Bericht des Generalsekretärs einige Angriffe auf die MINUSMA und ihre Verbündeten ausführlicher. So heißt es z.B.: „Am 1. Juni führte ein Mörserangriff auf die Stützpunkte der MINUSMA und der französischen

Kräfte in Timbuktu zum Tod eines Peacekeepers und der Verwundung von 3 malischen und 8 französischen Soldaten sowie zu Zerstörung innerhalb der Lager. Dieser Angriff war bereits der vierte solcher Angriffe in Timbuktu innerhalb von vier Wochen. Am 8. Juni schossen Angreifer 15 Mörsergranaten auf die MINUSMA-Base in Kidal und töteten 4 und verwundeten 5 Peacekeeper bei einer weiteren Attacke auf einen Stützpunkt in der Stadt. Am 18. Juni wurden bei einem Angriff auf ein Hotel nahe Bamako 5 Menschen getötet und 10 verletzt. Am 14. August griffen Bewaffnete ein MINUSMA-Lager in Douentza in der Region Mopti an. Ein Peacekeeper und ein malischer Soldat starben, während ein malischer Soldat verletzt wurde. Am selben Tag griffen unidentifizierte bewaffnete Männer das MINUSMA-Hauptquartier in Timbuktu an. Vier Angreifer gelangten auf das Gelände, bevor sie getötet wurden. Fünf Wachkräfte, ein nationaler Dienstleister und ein malischer Gendarm starben bei dem Angriff, weitere 6 MINUSMA-Peacekeeper wurden verwundet.“

Das sind bisher nur die Berichte über Tote und Verletzte aus der Sicht der UN und auch diese sind unvollständig, denn zumindest Frankreich und die USA haben zusätzlich Spezialkräfte vor Ort, über deren Verluste normalerweise nicht berichtet wird. Am 4. Oktober zum Beispiel wurde öffentlich, dass nigrische Sicherheitskräfte in einen Hinterhalt an der malischen Grenze gelockt wurden; beim anschließenden Gefecht starben nicht nur fünf nigrische Soldaten, sondern auch vier US-Spezialkräfte, ein weiterer wurde verletzt.⁹

Die Tatsache, dass in Timbuktu eines der Hauptlager der MINUSMA und auch dementsprechend besser geschützter französischer Soldaten regelmäßig mit Waffen relativ begrenzter Reichweite angegriffen werden, sollte aufhorchen lassen und vermittelt einen Eindruck der tatsächlichen Kontrolle und Bewegungsfreiheit der internationalen Truppen und ihrer malischen Verbündeten vor Ort. Davon zeugt auch die Tatsache, dass in dieser Stadt mit hoher internationaler Truppenpräsenz während des Berichtszeitraums im Zuge von „Einschüchterungsmaßnahmen“ eine Person geköpft und drei „von bewaffneten, extremistischen Elementen“ entführt worden seien.

In Gao, wo die Bundeswehr ihr größtes Kontingent in Camp Castor unterhält, habe das Missverhalten der in Sichtweite stationierten malischen Soldaten „zur wachsenden Unzufriedenheit der lokalen Bevölkerung und in manchen Fällen zur Entstehung von Bürgerwehren“ geführt, so der Bericht des Generalsekretärs. Deutlich prekärer ist die Kontrolle der internationalen Truppen in den entlegeneren Regionen nördlich und östlich von Gao und in Zentralmali. In Mopti zwischen dem Süden und dem umkämpften Norden seien bei lokalen Konflikten 39 Menschen getötet und 3.000 vertrieben worden. Dem Anschein nach wurde im Berichtszeitraum eine Stadt von „bewaffneten extremistischen Gruppen“ eingenommen, während sie in weiteren Orten – u.a. in der Provinzhauptstadt – zumindest sichtbar seien und die Bevölkerung einschüchtern würden.

Menschenrechtsverletzungen durch malische Armee

Während der UN-Generalsekretär die Unsicherheit in Mopti auf die „begrenzte Präsenz und Fähigkeit der malischen Streitkräfte“ zurückführt, heißt es nur wenige Zeilen weiter, dass ihre Verstärkung zumindest in einem Fall abgelehnt wurde, da „ihre Präsenz die Spannungen verschärfen könnte“.

Was sich dahinter verbirgt, kann dem bereits angesprochenen

Bericht von Human Rights Watch (HRW) vom 8. September 2017 entnommen werden. Denn auch wenn die Zahlen der getöteten malischen und internationalen Truppen steil zunehmen, trägt die Bevölkerung die Hauptlast der Auseinandersetzungen. Einer der schlimmsten Akteure scheinen hierbei die mithilfe der Bundeswehr und der EU aufgebaute malische Armee sowie deren Verbündete zu sein: „Militärische Operationen Malis und Burkina Fasos zur Bekämpfung der zunehmenden Präsenz islamistischer Kräfte in Zentralmali führten zu ernsthaften Menschenrechtsverletzungen. Seit Ende 2016 haben malische Kräfte extralegale Hinrichtungen, Zwangsverschleppungen, Folter und willkürliche Inhaftierungen durchgeführt gegen Männer, die sie beschuldigt haben, bewaffnete Islamisten zu unterstützen“, so der Bericht, in dem es weiter heißt: „Einige dieser Vorfälle ereigneten sich dem Anschein nach als Vergeltung für Angriffe, bei denen malische Soldaten angegriffen oder getötet wurden... Human Rights Watch konnte dutzende Fälle von Folter und anderen Misshandlungen dokumentieren, die von malischen Soldaten während Befragungen in den ersten Tagen der Gefangenschaft begangen wurden, obwohl die Soldaten nicht befugt sind, Gefangene zu verhören. Die Misshandlungen fanden in Armeebasen, Lagern im Busch und an Checkpoints statt. Die Gefangenen, von denen viele Narben und sichtbare Zeichen von Folter trugen, berichteten HRW, dass ihre Hände und Füße gefesselt und sie mit Fäusten, Gewehrkolben, Eisenstangen und Holzlatten verprügelt, mit Gürteln geschlagen, getreten, verbrannt und wiederholt mit dem Tod bedroht wurden“.

Weitere Zeugen berichten von Scheinexekutionen und Verbrennungen durch Auspuffrohre und brennendes Plastik. Wenn die Festgenommenen der Gendarmerie oder dem Haftrichter übergeben wurden, endeten nach dem Bericht meist die schweren Misshandlungen und würden die meisten auch schnell entlassen. Andere würden verschwinden und wahrscheinlich vom malischen Geheimdienst DGSE in Geheimgefängnissen festgehalten. Zwar wird berichtet, dass die übergriffigen Soldaten offen gerügt würden, eine juristische Aufarbeitung und Bestrafung der Soldaten blieben jedoch aus.

Das Schicksal von zehn Männern, von denen mindestens acht direkt nach ihrer Überführung zum Haftrichter freigelassen wurden, wird beispielhaft ausführlicher beschrieben: „Am 8. Mai nahmen Soldaten 10 Männer, zwischen 19 und etwa 50 Jahre alt, aus verschiedenen kleinen Siedlungen bei Boni fest. Alle zehn wurden heftig geschlagen und es wurde ihnen gesagt, dass sie erschossen oder lebendig verbrannt würden... Nachdem sie in Bamako einem Richter vorgeführt wurden, wurden zumindest acht von ihnen entlassen. Einer der Männer beschrieb seine Tortur: „... sie stahlen mir 143.000 Franc-CFA und nahmen mich mit sechs anderen mit. Es war eine große Operation – sie fuhren eine Weile und brachten uns in ein Loch in der Straße, das von der Explosion einer Mine früher im Jahr stammte. Sie diskutierten, ob sie uns hier töten sollten. ‚Sollen wir sie jetzt töten‘ sagte einer, ‚hol die Schaufeln‘ sagte ein anderer. ‚Nein, sie werden sehen, was in Bamako mit ihnen passiert‘. Einige unserer Brüder wurden in Massengräbern in Issèye and Yirima beerdigt und wir waren sicher, dass wir ihnen folgen würden.“

Später steckten sie uns in ein anderes Loch, nahe des Checkpoints der Armee in Boni. In dem Loch waren drei weitere Männer, alle mit verbundenen Augen, blutig und geschwollen. Sie haben auch uns die Augen verbunden und die Hände gefesselt und auch wir mussten uns in der brennenden Sonne hinlegen, als die Prozedur begann. Sie schlugen uns mit Eisenstangen, traten uns wiederholt und beleidigten unsere Eltern.



Eine Zeremonie für gefallene MINUSMA-Soldaten am 1. November 2017. Quelle: UNPHOTO

Sie gossen eine Flüssigkeit über uns sagten, das wäre Benzin und dass sie uns lebendig verbrennen würden.“

Tatsächlich existieren die angesprochenen und weiteren Massengräber, wie HRW an verschiedenen Stellen beschreibt. Zum Beispiel an der Grenze zu Burkina Faso: „Human Rights Watch dokumentierte die Existenz von drei Massengräbern, die nach Angaben von Zeugen und Angehörigen die Überreste von mindestens 14 Männern beinhalten, die getötet wurden, kurz nachdem sie zwischen Dezember 2016 und Mai 2017 von malischen Sicherheitskräften festgenommen wurden, alle drei befinden sich in den Verwaltungsbezirken Mondoro und Koro in der Region Mopti, nahe der Grenze zu Burkina Faso.“ Auch die Armee Burkina Fasos ist nach Angaben von HRW und offensichtlich in Zusammenarbeit mit der malischen und französischen Armee in Mali aktiv und übergriffig gegen die Zivilbevölkerung vorgegangen. Im Juni 2017 sollen bei einem solchen grenzüberschreitenden Einsatz Besitztümer verbrannt und mehr als 70 Menschen festgenommen worden sein, von denen zwei zu Tode geprügelt und vierzig über die Grenze verschleppt worden seien.

Aussagen der Bundeswehr und der Berichterstattung

Die Untersuchungen von HRW konzentrierten sich auf Mopti in Zentral-Mali, und die Übergriffe und Hinrichtungen betrafen hier fast ausschließlich die Minderheit der Peul. In Zentralmali war die Sicherheitslage für die internationalen Truppen noch relativ gut, als die Bundeswehr im Norden ankam. Die Logistik wurde vom Flughafen Bamako im Süden über den Landweg in den Norden abgewickelt. Doch bereits damals gab es viele Übergriffe durch die malische Armee auf die Peul und mittlerweile haben sich auch hier islamistische und bewaffnete Gruppen gebildet, die sehr erfolgreich Armeestützpunkte angreifen. Die Logistik der Truppen im Norden wird auch deshalb zunehmend über Niamey in Niger abgewickelt, wo mittlerweile auch ein Kontingent der Luftwaffe stationiert ist.

Der Aufstand in Zentral-Mali wird wesentlich durch das Verhalten der sog. Sicherheitskräfte Malis befeuert, die sehr rassistisch vorgehen, das unterstreicht auch der Bericht von HRW. Diese Soldaten werden von der Bundeswehr und der EU im Rahmen einer EU-Trainingsmission im Süden ausgebildet, bevor sie in das Zentrum und den Norden geschickt werden. So

heißt es im Bericht des UN-Generalsekretärs über die Monate Juni bis September: „Die EU-Ausbildungsmission hat weiter die bewaffneten Kräfte Malis trainiert. Während des Berichtszeitraums wurden 269 Angehörige der malischen Verteidigungs- und Sicherheitskräfte in Bamako, Gao und Timbuktu in der Bekämpfung des Terrorismus und der Organisierten Kriminalität ausgebildet, darunter 42 Frauen“. Dass diese Ausbildung und Ausrüstung weitergehen, obwohl solch gravierende Menschenrechtsverletzungen dokumentiert sind, ist der eigentliche Skandal. Bemerkenswert ist auch, dass die deutschen Medien zwar gerne über Plakate und Youtube-Videos der Bundeswehr diskutieren, Berichte über die tatsächliche Lage im Einsatzgebiet von honorigen Institutionen wie dem UN-Generalsekretär und HRW jedoch (fast) ausnahmslos ignorieren. Eine Konfrontation des gerne von der Bundeswehr Gezeigten mit der Existenz von Massengräbern, zumindest systematisch erscheinender Folter und der Entstehung neuer bewaffneter Gruppen kann jedoch den wahren Charakter der Youtube-Serie „Mali“ viel besser entlarven. Und sie kann das Publikum auf das vorbereiten, was gar nicht so unwahrscheinlich ist: dass noch vor dem Ende der Serie Ereignisse eintreten, die die PR-Maschine des Verteidigungsministeriums nicht erst mit einigen Wochen Verzögerung kommentieren muss. Zum Beispiel den Tod weiterer Angehöriger der Bundeswehr.

Anmerkungen

- 1 Bundeswehr sorgt mit neuer Werbung in Frankfurt für Aufregung, vom 22.10.2017.
- 2 „Gewerkschaftskritik an Bundeswehr-Werbung“, jungewelt.de vom 17.10.2017.
- 3 Zitiert nach: Reality-TV aus dem Mali-Einsatz: ‚Willkommen auf dem Mars, hier ist’s schön‘ (m. Nachtrag), augengeradeaus.net vom 16.10.2017.
- 4 „Nachwuchswerbung: Die Bundeswehr und die ‚Echtzeit‘“, augengeradeaus.net vom 20.10.2017.
- 5 Siehe Anmerkung 3.
- 6 UNSC: „Report of the Secretary-General on the situation in Mali vom 28.9.2017.
- 7 Human Rights Watch: „Mali: Unchecked Abuses in Military Operations“, hrw.org vom 8.9.2017.
- 8 Christoph Marischka: Mali: Wie bei einem ‚Routineeinsatz‘ Soldaten ‚verunglücken‘, IMI-Standpunkt 2017/023.
- 9 „What Are U.S. Forces Doing in Niger Anyway?“, theamerican-conservative.com vom 20.10.2017.

Das Kerneuropa konstituiert sich im Sahel

von Christoph Marischka

Zumindest in der Außendarstellung war der Krieg gegen Libyen 2011 die erste Nato-Intervention, bei der europäische Staaten die Führungsrolle übernommen hatten. Nachdem Frankreich und Großbritannien im November 2010 ein weitreichendes Abkommen zur Verteidigungskooperation beschlossen hatten, das Deutschland außen vor ließ, begannen sie, unterstützt von den USA, am 19. März 2011 mit Luftschlägen gegen die libyschen Truppen. Die NATO stieg erst drei Tage später ein und übernahm das Kommando. Bereits nach weniger als einem Monat wiesen die USA subtil auf ihre zentrale Rolle im Bündnis hin, nachdem Meldungen kursierten, den Briten und Franzosen gingen die Luft-Boden-Raketen aus. Was unter dem Vorwand des Schutzes der Zivilbevölkerung begonnen wurde, entlarvte sich als gnadenloser Luftkampf gegen die regimetreuen Truppen und ihre Verbündeten. Für die damalige Zeit ungewohnt offen berichtete u.a. die Tagesschau aber auch über französische und britische Spezialkräfte, die nach Libyen gebracht wurden, um die Aufständischen auch am Boden zu unterstützen. Die USA organisierten umfangreiche Waffenlieferungen über den Balkan und die Arabische Halbinsel, Frankreich warf Kisten mit Waffen und Munition „zum Schutz der Zivilbevölkerung“ ab. Darüber hinaus wurden die umfangreichen Waffenlager des Regimes geplündert.

Sahel: Aufgerüstet und destabilisiert

Noch bevor Muammar al-Gaddafi am 20. Oktober 2011 zu Tode gefoltert wurde, war jegliche staatliche Ordnung in Libyen zerstört und der vermeintliche Aufstand in eine Vielzahl konkurrierender Milizen zerfallen. In der Folge geschah das, was allen Beobachter_innen eigentlich von vornherein klar sein musste. Thinktanks und Strategieabteilungen dies- und jenseits des Atlantiks hatten bereits seit Jahren auf Bevölkerungswachstum, Armut und v.a. unkontrollierbare Grenzen zwischen Nord-, West- und Zentralafrika hingewiesen, von einem Pulverfass geredet und die Region aufgerüstet. Bei der EU liefen diese Programme unter der Maßgabe der Migrationsbekämpfung, bei den USA im Kontext des Kriegs gegen den Terror.

Insofern war absehbar, dass mit der Zerschlagung des Gaddafi-Regimes, welches ein umfangreiches Patronagesystem auch in den benachbarten Ländern unterhalten und Konflikte zwischen bewaffneten Gruppen moderiert hatte, die gesamte Großregion destabilisiert würde. Im Falle der Zentralafrikanischen Republik, die von muslimischen Milizen aus dem Tschad überfallen wurde, kann dabei sogar noch von einer aktiven Rolle Frankreichs ausgegangen werden. Dass sich schwer bewaffnete Tuareg aus Libyen quer durch den nördlichen Niger nach Mali aufmachen würden, war schlicht nicht zu verhindern. Sie griffen jene neuen Stützpunkte der malischen Armee und Polizei an, die zuvor mit EU-Unterstützung „die Präsenz des Malischen Staates in der Fläche“ - konkret im traditionell nach Autonomie strebenden Norden des Landes - verstärken sollten. Junge Offiziere im Süden putschten darauf-

hin in der Erwartung noch weit umfangreicherer Ausbildungs- und Ausstattungshilfe v.a. aus Europa, stürzten das Land damit aber letztlich vollends ins Chaos. Das nutzten islamistische Kräfte, die die Kontrolle in den Städten des Nordens übernahmen, was Frankreich als Vorwand nutzte,

um im Januar 2013 mit Luftschlägen und Spezialkräften zu intervenieren.

Diese Intervention, die viel zu gut vorbereitet war, um tatsächlich – wie gemeinhin dargestellt – in letzter Sekunde erfolgt zu sein, um einen Vormarsch der Islamisten aufzuhalten, war von Anfang an nicht auf Mali beschränkt. Beteiligt waren unter französischer Führung Truppenteile aus den Nachbarstaaten (bzw. dem Tschad), die zuhause wiederum durch französische Spezialkräfte ersetzt wurden. Im August 2014 wurde der Einsatz unter dem Namen Operation Barkhane auch offiziell auf die Nachbarstaaten Mauretanien, Niger, Burkina Faso und den Tschad ausgedehnt, wo seitdem dauerhaft französische Soldaten präsent sind, um „den Terrorismus“ zu bekämpfen. De facto haben die betreffenden Staaten ihre Souveränität damit weitgehend abgegeben bzw. eingebüßt. Von Seiten der EU und NATO werden sie mittlerweile unter der Bezeichnung G5-Sahel zusammengefasst und als solche sollen sie nun eine gemeinsame Interventionstruppe aufstellen, die aus der EU finanziert und in der Praxis natürlich von Frankreich gesteuert wird.

Deutsche Beihilfe

Obwohl das Auswärtige Amt unter Guido Westerwelle gelegentlich noch Zweifel an der völkerrechtlichen Grundlage der französischen Intervention durchscheinen ließ, unterstützte das Verteidigungsministerium diese von Anfang an. Zunächst stellte es von Dakar (Senegal) aus den Lufttransport für die afrikanischen Truppen und Luftbetankung für die französischen Kampfjets bereit, dann übernahm die Bundeswehr wesentliche Anteile einer EU-Mission im Süden Malis, die jene Truppen ausbildet, die anschließend den Norden kontrollieren sollen. Seit die Präsenz afrikanischer Truppen in Mali in den UN-Einsatz MINUSMA überführt wurde, beteiligt sich die Bundeswehr hieran zusätzlich mit einem mittlerweile auf 1.000 Soldaten angewachsenen Kontingent und übernimmt sie zentrale Aufgaben wie Aufklärung, Führung, Lufttransport und Evakuierung. Die meisten dieser Soldaten sind im Camp Castor bei Gao im Nordosten Malis stationiert, das quasi den letzten gut gesicherten und erreichbaren Außenposten der internationalen Truppen darstellt, an den in nördlicher und östlicher Richtung die umkämpften Wüsten- und Grenzgebiete nach Algerien und Niger anschließen. Zentrale Aufgaben übernehmen neben den Objektschutzkräften der Luftwaffe die Heeresaufklärer und die Hubschrauberstaffeln der Division Schnelle Kräfte, zu denen auch u.a. die Eliteeinheit Kommando Spezialkräfte gehört. Auch die beiden im Juli 2017 in Mali getöteten Piloten eines Kampfhubschraubers gehörten zu dieser Division. Erstmals seit Afghanistan werden hier auch die von Israel geleasteten, großen Aufklärungsdrohnen vom Typ Heron 1 eingesetzt. Außer in Bamako und Gao hat die Bundeswehr mittlerweile auch in Niamey im benachbarten Niger einen Logistikstützpunkt eingerichtet. Wie in Bamako findet auch hier eine EU-Mission zum Kapazitätsaufbau, also der



MINUSMA-Soldaten im Einsatz. Quelle: UNPHOTO

Ausbildung von Polizei- und Gendarmeriekräften zur Bekämpfung der Migration und des Terrorismus statt.

Neue Deutsche Verantwortung

Ursula von der Leyen hatte kurz nach ihrem Amtsantritt auf der Münchner Sicherheitskonferenz angekündigt, dass sich das neue deutsche Selbstbewusstsein durch mehr militärische Einsätze in Afrika zeigen werde. Seitdem wurden in und bei den Hauptstädten Malis und Nigers mehrere zivile-militärische EU-Stützpunkte aufgebaut, die sichtbar auf Dauer angelegt sind und in denen Deutschland eine zentrale Rolle spielt. Die Spezialkräfte bleiben auch nach Afghanistan in Übung. Wer sich trotzdem noch fragt, warum Deutschland bereit ist, bei Frankreichs Bemühungen zur Restaurierung eines Französisch-Westafrikanischen Kolonialreichs und der Zurückdrängung des US-amerikanischen Einflusses in Westafrika den Juniorpartner zu spielen, der sei auf die Ergebnisse des Deutsch-Französischen Ministerrates vom 13. Juli 2017 verwiesen, in dem beide Länder – nach der Wahl Trumps und der Brexit-Entscheidung – unverhohlen ihren Führungsanspruch in der EU reklamieren. „Um die Debatte zu beleben ... haben sich Frankreich und Deutschland auf eine Reihe von bindenden Verpflichtungen und Elementen für eine inklusive und ambitionierte PESCO geeinigt.“ PESCO bedeutet dabei die sog. Ständige Strukturierte Zusammenarbeit, das Konzept eines militärischen Kerneuropas, in dem Deutschland und Frankreich nun vorangehen wollen, ohne auf lästige Mehrheitsentscheidungen Rücksicht nehmen zu müssen. „Eine langfristige Vision“, so heißt es weiter, „könnte darin bestehen, ein Streitkräftedispositiv in der gesamten Bandbreite zu

entwickeln - ergänzend zur NATO“. Das Ziel ist also gewissermaßen, sich als deutsch-französisches EUropa auch gegenüber der NATO zu positionieren und die Region, in der das verwirklicht werden soll, ist der sog. „Sahel“. Entsprechend stellten beide Regierungen fest, dass „die Sahelzone ... eine

zentrale Rolle in der strategischen Agenda der EU“ spiele und schlugen deshalb eine „Sahel-Allianz“ als „Plattform für ein verbessertes und erweitertes Eingreifen in der Sahelregion“ vor. In einer Epoche des allgemein konstatierten Bedeutungsverlustes der US-amerikanischen Führungsrolle realisiert sich das deutsch-französische Kerneuropa somit als Projekt zur Rekolonialisierung Westafrikas.

Rückschlag: Sklavenmärkte

Einer der nächsten Schritte dieser Rekolonialisierung Afrikas ist der gemeinsame Gipfel der Europäischen und Afrikanischen Union Ende November 2017 in Abidjan, Côte d'Ivoire, in dessen Vorfeld auch ein EU-Afrika-Wirtschaftsgipfel stattfand. Eine Woche zuvor fand bereits im Europäischen Parlament eine Konferenz „für eine erneuerte Partnerschaft mit Afrika“ statt, zu der hochrangige Vertreter der afrikanischen Politik angekündigt waren und insbesondere über verbesserte Kapazitäten zur Terrorismusbekämpfung diskutiert werden sollte. Die Stimmung war jedoch deutlich frostiger als erwartet. Grund waren wohl die zuvor bekanntgewordenen Bilder über Sklavenmärkte in Libyen, die bei afrikanischen Politiker_innen Empörung und eine erneute Kritik am NATO-Krieg gegen Libyen 2011 hervorriefen. Der EU-Außenbeauftragten Mogherini fehlte es wohl auch an entsprechender Sensibilität, als sie auf Fragen, wie die EU ihre Verantwortung angesichts öffentlicher Sklavenauktionen versteht und was sie zu tun gedenke, mit den immer selben Floskeln antwortete. Man habe die „libyschen Autoritäten aufgefordert, die Verantwortlichen vor Gericht zu bringen“. Der Vorsitzende der Afrikanischen Union reagierte darauf mit der Aussage: „Im Moment gibt es keinen Staat, keine Rechte und kein Gesetz in Libyen.“ Von dieser scharfen Kritik an der EU ist jedoch in den Pressemeldungen des Europäischen Auswärtigen Dienstes und des Parlamentes nichts zu lesen.

Die fabelhafte Welt des Malibot

Die neue Mali-Werbekampagne der Bundeswehr

von Alexander Kleiß

Nach der Youtube-Serie „Die Rekruten“ im vergangenen Jahr startete die Bundeswehr im Oktober 2017 eine neue Werbekampagne. Diese beschäftigt sich mit dem Auslandseinsatz der Bundeswehr in Mali und stellt diesen im Sinne der Bundeswehr dar. Ähnlich wie bei „Die Rekruten“ steht im Mittelpunkt der Werbekampagne wieder eine Youtube-Serie. Diese ist im Reality-TV-Format gehalten und dementsprechend inhaltlich eher seicht, aber technisch aufwändig und professionell produziert. Die Serie ist aber nur ein Mosaikstein der Werbekampagne, die von einem sehr breiten Bündel anderer Werbemaßnahmen begleitet wird. Dies umfasst zum einen die konventionelle flächendeckende Werbung im öffentlichen Raum, aber auch eine Werbeoffensive auf sämtlichen gängigen Social Media: Neben YouTube wirbt die Bundeswehr auch auf Instagram und Spotify. Auf Snapchat gibt es u.a. sogar die Möglichkeit, sich auf dem Smartphone-Display durch einen Snapchat-Filter optisch in eine_n Bundeswehrsoldat_in zu verwandeln. Auch Facebook wird von Bundeswehr-Werbung nicht verschont. Dort ist u.a. die Möglichkeit vorgesehen, sich mit einem Chat-Bot der Bundeswehr, also einem Softwareprogramm, welches mit den Nutzer_innen chattet und Fragen beantwortet, zu unterhalten. Dieses Programm nennt sich Malibot und schickt Facebook-Nutzer_innen, die das Programm abonniert haben, täglich mehrere in Militärsprache gehaltene Nachrichten, Bilder und Videos (meist in eher schlechter Qualität) der „Kameraden“ aus Mali. Die Bundeswehr versucht sich hierbei ein teils heldenhaftes, teils seriöses, teils eher flapsiges Image zu geben, wobei vor allem letzteres oft eher zu unangenehmer Fremdscham bei den Betrachter_innen führt, so z.B. die „lustige“, sexistische Aussage eines in Mali stationierten Soldaten: „Bei Blindgängern gibt es eine Grundregel: Wenn du mit ihm umgehst wie mit einer Frau, dann explodiert er auch nicht. Ja, also schön vernünftig umgehen, dann ist das auch relativ ungefährlich“¹.

Insgesamt ist die Aufmachung der Werbekampagne so gehalten, dass sie sehr stark an einen Action-Film oder einen Ego-shooter erinnert, wodurch eine Ästhetisierung von Krieg und Militär stattfindet. Außerdem soll durch die Aufmachung vermutlich vor allem ein junges Publikum angesprochen werden. Dies wird auch durch die Wahl der verwendeten Medien sichtbar: So sind z.B. 86% der Nutzer_innen von Snapchat unter 34, mehr als die Hälfte ist zwischen 16 und 24 Jahre alt.² Das macht die Werbeoffensive besonders gefährlich, da vor allem Minderjährige die vermeintlich seriösen Informationen oft nicht adäquat einordnen und als Propaganda entlarven können und die Bundeswehr vorwiegend „deren“ Kommunikationskanäle nutzt.

Dies lässt sich die Bundeswehr einiges kosten: 6,5 Millionen Euro gaben die Zuständigen für die Kampagne aus, die intern unter der Bezeichnung „Arbeitgebermarke Bundeswehr“ läuft. Die Produktionskosten der Videos haben daran mit zwei Millionen Euro noch den geringsten Anteil. 4,5 Millionen Euro wurden für die „Medialeistungsbewerbung“ ausgegeben.³

Die Bundeswehr versucht, ihr Vorgehen zu rechtfertigen, indem sie behauptet, die Kampagne diene der Nachwuchs-

werbung, was nach der Aussetzung der Wehrpflicht nötig sei, um alle Dienstposten zu besetzen. Dabei wird allerdings nicht erwähnt, dass momentan zunehmend neue Dienstposten geschaffen werden, obwohl die bisher angepeilte Stellenzahl mangels Interessent_innen jetzt

schon nicht mehr besetzt werden kann.⁴ Eine Reduzierung der Dienststellen wäre angesichts dessen eine gute Alternative zur Mali-Werbekampagne, was vom Verteidigungsministerium anscheinend jedoch nicht in Betracht gezogen wird. Stattdessen wird versucht, bei den kriegsmüden jungen Menschen wieder Kriegsbegeisterung zu schaffen. Die Soldat_innen werden zu Held_innen stilisiert, die – so die Bundeswehr – „auch dein Leben sicherer“⁵ machen. Vor allem durch die hohe Frequenz und die Aufmachung der ständigen Nachrichten des Malibots auf Facebook wird suggeriert, diese kämen z.B. von einer guten Freundin aus Mali. Junge Menschen sollen an den Smartphones und Bildschirmen mit „unseren“ Jungs und Mädels an der Front mitfiebern, als handle es sich beim Militäreinsatz der Bundeswehr in Mali ganz banal um die neueste Staffel des Dschungelcamps oder um ein Spiel der Nationalmannschaft. Die Tatsache, dass in Mali jedoch Menschen sterben, ist lediglich eine Randnotiz und dient wenn, dann eher der zusätzlichen Heroisierung der Soldat_innen als einer kritischen Auseinandersetzung mit der Thematik.

Die ausgiebigen Werbebemühungen der Bundeswehr scheinen bei der Zielgruppe jedoch zu verfangen: Für die aktuelle Mali-Kampagne gibt es zwar noch keine Zahlen, aber im Sendezeitraum der Youtube-Serie „Die Rekruten“ stieg die Zahl der Zugriffe auf die Karriereseite der Bundeswehr um 40%. Auch die Zahl der tatsächlichen Bewerbungen stieg.⁶ Ähnliches ist auch für die aktuelle Werbekampagne zu erwarten. Insgesamt sinkt die Zahl der Bewerbungen für eine militärische Laufbahn bei der Bundeswehr im Vergleich zum Vorjahr jedoch leicht, wobei die Zahl der Bewerbungen für eine Laufbahn als Zeitsoldat_in um 3% leicht ansteigt. Im Schnitt brechen aber 27 Prozent der Rekrut_innen in den ersten sechs Monate wieder ab. Unter den Zeitsoldat_innen beenden im Schnitt 18 Prozent ihren Dienst in der Probezeit.⁷ Spätestens während der Ausbildung merken also viele, dass eine Karriere bei der Bundeswehr weder Heldentum noch Abenteuer, sondern Krieg und somit Tod bedeutet.

Anmerkungen

- 1 Facebook: Bundeswehr Exclusive im Chatverlauf. 10.11.2017, 19:07.
- 2 Statista: Verteilung der Snapchat-Nutzer nach Altersgruppen weltweit im 2. Quartal 2015.
- 3 Zeit Online: Bundeswehr Exclusive. Werde Soldat, yo! 25.10.2017.
- 4 Bundesministerium der Verteidigung: Bundeswehr schafft noch mehr neue Stellen. 21.02.2017.
- 5 Bundeswehr-Werbekampagne im öffentlichen Raum: „Ihre Mission macht auch dein Leben sicherer“.
- 6 Zeit Online: Bundeswehr Exclusive. Werde Soldat, yo! 25.10.2017.
- 7 FAZ: Bewerberzahlen für freiwilligen Wehrdienst brechen ein. 25.11.2017.

Die Ariane-Städte: Nahe an der Atomwaffe

von Peter Feininger

Bei diesem Artikel handelt es sich um den zweiten Teil einer im letzten AUSDRUCK begonnenen Artikelserie. Beide Beiträge werden in Kürze in substanziiell erweiterter Form als IMI-Studie erscheinen. Enthalten sein wird darin unter anderem auch ein ausführlicher Exkurs zu den Anfängen des europäischen Raumfahrtprogramms.

Stolz vermeldet die Stadtverwaltung, dass Augsburg ein Mekka für junge Raumfahrtforscher sei. Augsburg zählt (sich) zur Gemeinschaft der Ariane-Städte (CVA). In einer Pressemitteilung schreibt die Stadt:

„Vom 13. bis 19. November findet in Augsburg der erste Teil des dreiteiligen Interkulturellen Seminars der Gemeinschaft der Ariane-Städte (Communauté des Villes Ariane/CVA) unter dem Motto: ‚Wie bitte geht’s zum Mond?‘ statt. Die weiteren Teile werden im März und im Oktober 2018 in den CVA-Mitgliedstädten Vernon (Département Eure, Frankreich) und Colleferro (Italien) veranstaltet. [...] Mit dem Motto des Seminars ‚Wie bitte geht’s zum Mond?‘ haben sich die Organisatoren das Ziel gesetzt, sowohl den naturwissenschaftlich interessierten jungen Leuten die europäische Weltraumforschung – speziell des Mondes – näher zu bringen, als auch interkulturelle Kompetenz und Werte sowie Teamgeist zu fördern und zu stärken.

Auf dem Programm der Augsburger Seminarwoche stehen unter anderem ein Besuch der Sternwarte in Diedorf, an der Hochschule Augsburg sowie bei der Firma MT Aerospace AG, die verschiedene Komponenten für die Ariane-Rakete baut. Hier bekommen die Jugendlichen sogar die Möglichkeit, mit Ingenieuren über das Thema ‚Raumfahrt, Europa und der Weltraum‘ zu diskutieren.“¹

Mit dem lockeren Motto des Seminars „Wie gehts bitte zum Mond?“ will man also jungen Leuten „die europäische Weltraumforschung [...] näher [...] bringen“. Gegen den vermeintlich friedfertig-zivilen Anstrich, der hier der Ariane-Rakete verpasst wird, lassen sich mindestens vier Einwände vorbringen. So wird die Geburt der Raumfahrt aus dem Geist der NS-Barbarei ebenso verschwiegen, wie die grundlegende Funktion der Raumfahrt als „Vater des Krieges“. Auch die Nähe der Ariane-Städte zur Rüstungsindustrie und Rüstungsproduktion – teilweise auch zur atomaren Rüstung – wird systematisch ausgeblendet, ebenso die dominierende Rolle der Industrie im CVA, wie im Folgenden dargestellt werden soll.

Geschichtliche Leerstellen

Erstens. Man sollte die Herkunft der europäischen Raumfahrt nicht verschweigen. Dabei wäre das Buch von Rainer Eisfeld hilfreich „Mondsüchtig. Wernher von Braun und die Geburt der Raumfahrt aus dem Geist der Barbarei“.² Der Flug zum Mond war immer schon gekoppelt mit der militärischen Nutzung des Weltraums, wenn nicht gar nur Vorwand für oder Verschleierung von brandgefährlichen militärischen Absichten.

Mit kecken Formulierungen wie „Wie geht’s bitte zum

Mond?“ wird genau vertuscht und verschwiegen, dass der Wettlauf zum Mond eigentlich eine Etappe im Kalten Krieg war. Der Name Wernher von Braun fällt von Seiten der Gemeinschaft der Ariane-Städte (CVA) wohlweislich nicht. Dass dieser Mann im KZ Mittelbau Dora bei

der Produktion der V2 buchstäblich über Leichen stieg, wie es die Augsburger Widerstandskämpferin Anni Pröll dem Autor dieses Artikels gegenüber formuliert hat, ist ja inzwischen publik geworden. Durch das Ausklammern eines der führenden Ingenieure der NS-Raketenwaffe durch die CVA wird aber genau vertuscht und verschwiegen, was der Traum von der deutschen Raumfahrt auch bedeutete. Rainer Eisfeld schreibt:

„Wie steht es um unser, der Deutschen, Verhältnis zu der barbarischen Schattenseite des «Traums von der Weltraumfahrt», die mehr und mehr an den Tag kommt? 6.000 produzierte V2 – wenig mehr als die Hälfte «erfolgreich» abgeschossen – fast 3000 Tote in England, noch einmal so viele in Belgien – mindestens 16.000, möglicherweise 20.000 Häftlinge, zwanzig- bis vierzigjährig die meisten, die ihr Leben im KZ Mittelbau-Dora einbüßten durch Tuberkulose, Lungenentzündung, völlige Auszehrung, erschlagen, gehenkt, erschossen: so und nicht anders sah der Preis aus, den die vielen zahlten für den «Traum» einiger weniger.“³

Bevor Wernher von Braun sich zum Star der zivilen Raumfahrt wandelte, hing ihm natürlich seine Tätigkeit in den Stollen im Harz nach, aber von Braun bestritt seine Beteiligung an der KZ-Organisation. Der Leiter der KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora stellte damals in seinem Vortrag fest: „Einzig der Umstand, dass er für die Nationalsozialisten eine Raketenwaffe entwickelt hatte, ließ sich nicht abstreiten. Hier entwickelte er eine andere Verteidigungsstrategie: Die Waffe, so ließen er und seine Mitstreiter wissen, sei nur eine Etappe auf dem Weg zum eigentlichen Ziel gewesen, dem Mondflug.“⁴

Ähnliche zynische Ausflüchte führte laut Rainer Eisfeld auch der Chef der Raketenabteilung des Heereswaffenamtes und Kommandeur der Heeresversuchsanstalt Peenemünde, Generalmajor Walter Dornberger, ins Feld: „Schon aus finanziellen Gründen habe die Raketenentwicklung zwangsläufig «zunächst den Weg über die Waffenentwicklung nehmen» müssen.“⁵

Rainer Eisfeld beschreibt den Mythos:

„Der Mythos handelt von der bahnbrechenden Leistung deutscher Technik-Pioniere in Peenemünde, die zwar nicht umhinekommen seien, für die Nazis die Raketenwaffe V2 zu entwickeln, dabei aber stets im Sinn gehabt hätten, der Menschheit den Weg ins All zu ebnet – was sie nach dem Krieg in den USA zielstrebig verwirklichten. Und die Konstrukteure um von Braun treffe keine Schuld daran, dass die SS zur Produktion dieser ‚Wunderwaffe‘ Konzentrationslager eingerichtet hatte und dass während dieser Produktion mehr Menschen umgebracht worden sind als durch die Angriffe mit der V2 auf London und Antwerpen.“⁶

Die hiesigen Medien pflegen diesen Mythos weiter, so zum Beispiel die Zeit, die zwar von einem Schatten auf dem Bild von Wernher von Braun spricht, ihn „jedoch auch heute noch zweifelsohne [als; Red.] eine legendäre Figur der Weltraumtechnik des 20. Jahrhunderts“ bezeichnet: „Wernher von Braun war jung und begeisterungsfähig, ein kaltblütiger Idealist, fasziniert von der Dynamik des Raketenfeuers. Darin sah er die Energie, die den Menschen über alle Grenzen hinaus ins



Verleihung des Wernher-von-Braun-Preises 2011 an das ATV-Entwicklungsteam der ESA. Quelle: DLRG

Universum, zu anderen Sternen hin bringen würde. [...] Wernher von Braun war das Musterbeispiel des unpolitischen Wissenschaftlers. Der von der Lüge lebte, dass Wissenschaft und Politik getrennte Welten seien.⁴⁷

Da stimmt vieles nicht, was die Zeit schreibt, beziehungsweise es fehlt vor allem viel. Wernher von Braun war auch nicht unpolitisch, im Gegenteil. Und die jungen Menschen, die jetzt zum Beispiel von der Gemeinschaft der Ariane-Städte CVA angesprochen, umworben und letzten Endes rekrutiert werden sollen, sollen die politischen und militärischen Zwecke ihrer Arbeit nicht nur ständig verdrängen, sondern letzten Endes bejahen. Nur dann sind sie zuverlässig.

Die Deutsche Gesellschaft für Luft- und Raumfahrt DGLR lässt sich dem allem zum Trotz nach wie vor nicht davon abhalten, Wernher-von-Braun-Ehrungen durchzuführen. Die DGLR vergibt seit 1978 die Auszeichnung Wernher-von-Braun-Ehrung, die ab 1999 als Team-Ehrung für hervorragende Verdienste um die Entwicklung der Raumfahrt verliehen wird.⁸ Die Auszeichnung ging unter anderem auch an „das deutsche Ariane 4-Team“ in Bremen oder auch an Peter Lewen, Projektleiter „Triebwerksysteme“ bei MAN Neue Technologie in Augsburg, der Vorläuferin von MT Aerospace.

„Krieg als Vater der Raumfahrt“

Zweitens. Man sollte die militärische Komponente der europäischen Raumfahrt nicht verschweigen. Dabei wäre auch ein ganz offizielles Buch der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik hilfreich „Niklas Reinke. Geschichte der deutschen Raumfahrtpolitik: Konzepte, Einflußfaktoren und Interdependenzen 1923-2002“.⁹ Immerhin gibt es in diesem Buch in der „Schlussbetrachtung“ ein eigenes Kapitel mit der Überschrift „Der Krieg als Vater der Raumfahrt“.¹⁰

Niklas Reinke schreibt in seiner Studie zu den Anfängen der

europäischen Weltraumnutzung:

„Sicherheit als »Zustand der Gewißheit« umfaßt alle Räume staatlichen Handelns und schließt demnach das Weltall nicht aus. [...] Wenn man sich über diese Gesichtspunkte nun auch in Westeuropa Gedanken zu machen begann, so hatte dies nichts mit einer verurteilungswürdigen »Militarisierung des Weltraums« zu tun, sondern mit der realistischen Verfolgung nationaler Interessen, die sich eben auch auf den Weltraum bezogen. Zwar hatten Raketenspezialisten, Politiker und Publizisten seit Beginn des Raumfahrtzeitalters der Hoffnung Ausdruck verliehen, dass mit der Entwicklung der Raumfahrt auch die Einsicht wachsen möge, jede Ausweitung nationaler Rivalitäten in den Weltraum von den Anfängen an zu unterbinden. Tatsächlich aber war schon die erste Nutzung des Weltraums durch das nationalsozialistische Deutschland auf militärischen Vorteil bedacht gewesen, nämlich in der Absicht, Sprengkörper in fremde Länder zu schießen. Zur Zeit des Kalten Krieges bildete der Weltraum auch militärisch einen Gegenstand unmittelbarer Machtentfaltung. Während seit den 1960er Jahren Aufklärungssatelliten die politischen Spannungen reduzierten und verifizierbare Rüstungskontroll-Abkommen möglich machten, destabilisierten neue Satellitensysteme, wie das amerikanische NAVSTAR-Netz oder das sowjetische Pendant GLONASS, diese Vereinbarungen, indem sie die Wirksamkeit der verbliebenen Waffen vervielfachten. Ende der 1970er Jahre schätzten Experten des Internationalen Friedensforschungsinstituts in Stockholm, dass etwa 60% der gestarteten Satelliten eindeutig militärische Missionen verfolgten. Zeigten sich bis zum Beginn der 1980er Jahre lediglich die Supermächte auf diesem Feld der Weltraumnutzung aktiv, so verfügten nun auch die Europäer über diesbezügliche technologische Kompetenz. Die sicherheitspolitische Relevanz ihrer Anwendung wurde in Politik und Öffentlichkeit, besonders in der Bundesrepublik, äußerst kontrovers diskutiert [...]“¹¹

Zur Rolle von MT Aerospace bei Ariane und M51

Der erste Teil dieses Beitrags unter dem Titel „MAN Augsburg baut die französischen Atomraketen (Teil I)“ (siehe AUSDRUCK, Oktober 2017) handelte unter anderem vom Zusammenhang des französischen Atomwaffenprogramms und der Entwicklung der Ariane-Weltraumraketenreihe. Auch die Rolle von MAN und dem Unternehmensbereich MAN Technologie Augsburg sowie der Nachfolgefirma MT Aerospace in diesem Zusammenhang wurde beleuchtet.

Gestützt auf verschiedene Hinweise, vor allem auch der Gewaltfreien Aktion – Atomwaffen abschaffen (GAAA), gingen wir davon aus, dass der Booster, der in Augsburg für die Ariane 5 produziert wird, auch bei der französischen Nuklearrakete M51 zum Einsatz kommt. So schreibt die GAAA in einem Dossier: „EADS produziert neben dem Taurus auch die Raketen (mit über 6.000 km Reichweite), die Frankreich in seinen Atom-U-Booten für die M51-‘mininukes‘ ab 2010 verwenden will. Aus der zivilen Weltraumforschung nutzt EADS den Ariane 5 Raketen-Booster.“¹

Der Dachverband Kritischer Aktionäre schreibt in einer Konzernstudie über EADS: „Der dreistufige Feststoffantrieb [der M5 bzw. M51; Red.] ist wahrscheinlich von der Ariane 5 abgeleitet.“² Ein Science-Blog schreibt: „Die Franzosen haben auch andere Interessen an der Entwicklung von großen Feststoffraketen: Die aktuelle französische U-Boot gestützte Atomrakete M51 basiert stark auf den Ariane 5 Boostern.“³ Telepolis schrieb im Jahre 2006: „Die Technik für diesen „Booster“ stammt vom zivilen Ariane-5-Programm, das ebenso wie die M51 von EADS entwickelt entwickelt wurde.“⁴ Damit wird zwar von einer Ableitung der M51 von der Ariane 5 gesprochen, aber es bleibt offen, ob und welche Komponenten der Ariane 5 direkt verwendet werden für die M51. Im englischen Wikipedia heißt es wiederum: „Der dreistufige Motor des M51 wird direkt von den Festtreibstoff-Boostern der Ariane 5 abgeleitet.“⁵

Aus einem weiteren Blog-Beitrag geht eigentlich hervor, dass der Mantel der M51 bereits aus Carbon besteht, während der Mantel des Boosters für die Ariane 5 noch aus bei MT Aerospace gewalztem Stahl besteht: „Auch die dreistufigen Atomraketen Frankreichs M51, die aus U-Booten gestartet werden, haben einen Feststoffantrieb in einem

Mantel aus Carbonfasern. Auch bei der Ariane 6 zeichnet sich ein grundlegender Wandel ab. Die Ummantelung des Antriebsboosters der künftigen Ariane 6 [wird] dann nicht wie bisher aus sehr dünn gewalztem Stahl bestehen, sondern aus leichtem Kohlefasermaterial. Das hat zumindest Hans Steiniger, Chef der Augsburger Firma MT Aerospace, angedeutet.“⁶

Dieser Beitrag im Blog des Raketen-spezialisten Leitenberger stammt aus dem Jahr 2013. Jetzt ist es so weit. Die Augsburger Allgemeine schreibt: „Das Augsburger Raumfahrtunternehmen MT Aerospace AG hat mit Airbus Safran Launchers einen Vertrag über die Entwicklung wesentlicher Tank- und Struktur-Bauteile für die neue europäische Trägerrakete Ariane 6 abgeschlossen. Der Auftrag beinhaltet alle erforderlichen Entwicklungsarbeiten im Bereich ‚Tanks und Strukturen‘ bis zum geplanten Erstflug der Rakete im Jahr 2020 sowie den Aufbau von Produktionskapazitäten für bis zu zwölf Raketen im Jahr. Das Volumen hierfür beträgt 170 Millionen Euro, teilt MT Aerospace mit.“⁷

In einem Interview äußert sich der Chef von Avio über die Zusammenarbeit mit MT Aerospace Augsburg: „Wir haben einen Konsens über die Synergien erzielt. Vega-C und Ariane 6 werden so miteinander verbunden sein, dass die erste Stufe von Vega der Strap-On-Booster für Ariane 6 ist, die beide zusammen stimuliert werden. Je mehr wir einen Launcher optimieren, desto mehr optimieren wir den anderen.“⁸ Daraus geht hervor, dass der Booster einer größeren Rakete als Stufe einer anderen Rakete verwendet werden kann. Da wir nun wissen, dass die Nuklearrakete M51 einen Mantel aus Leichtbaustoffen wie Carbon hat und diese Rakete vom gleichen Dachkonzern ebenso wie die Ariane ständig weiterentwickelt wird, so besteht schon die Gefahr, dass der in Augsburg bei MT Aerospace und dem DLR entwickelte Carbon-Booster für die Ariane 6 auch direkt oder indirekt für eine Weiterentwicklung der M51 verwendet wird. Zumal auch das Ingenieurspersonal von Astrium phasenweise sowohl bei der Entwicklung der Weiterentwicklung der M51 wie auch bei der Ariane 5 und jetzt bei der Ariane 6 eingesetzt wird – also in Phasen von mehreren Jahren von der Arbeit an der M51 zur Ariane wechselt und wieder zurück.⁹

Durch die Herstellung des Boosters

für die Ariane 6 aus Carbonfasern kann also das passieren, was wir bei der Boosterproduktion für die Ariane 5 vermutet haben, dass der Booster auch für eine neue Variante der M51 verwendet wird. Ähnlich hat sich Airbus Defence and Space mit seinem Werk in Bordeaux im Jahr 2014 für die für die Wicklung des Boosters der Ariane 6 aus Carbon beworben unter Hinweis auf seine Erfahrung bei der Wicklung des Antriebskörpers der 1. Stufe der M51 aus Kohlefaser/Epoxidmaterial Material.10

Eines kann man wahrscheinlich sicher sagen: Sollte sich die von MT Aerospace zusammen mit dem DLR entwickelte neue Technologie zur Wicklung der Carbonfasern bewähren und tatsächlich zu einer Kosteneinsparung von 30 Prozent führen, so wird diese Technologie auch bei der Ariane- und Vega-Produktion in Colferro und auch bei der Fertigung der M51 in Frankreich zum Zuge kommen. Die Produktion der Ariane 6, deren deutscher Hauptauftragnehmer MT Aerospace in Augsburg ist und bei der auch das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt DLR massiv mitmisch, sollte also in Zukunft genau beobachtet werden.

Anmerkungen

- 1 „Atomwaffen allgemein, Gewaltfreie Aktion - Atomwaffen Abschaffen“. GAAA, April 2011.
- 2 „Krieg statt Frieden - Die Rüstungsproduktion der EADS, Ohne Rüstung Leben, April 2009.
- 3 „Aufstieg und Fall der Europäischen Raumfahrt: Die Ariane 5 – Der Fiebertraum im Shuttle-Fieber“, Scienceblogs, 17. Juli 2015.
- 4 Roller, Nathalie. „Neue Raketen braucht das Land“, Telepolis, 5. Dezember 2006.
- 5 Wikipedia: „M51 (Missile)“ (12. August 2017).
- 6 Acetam und andere neue Treibstoffe, Bernd Leidenbergers Blog, 22. Juni 2013.
- 7 Andrea Wenzel. „Großauftrag für Ariane-Raketen sichert Jobs bei MT Aerospace“, Augsburger Allgemeine, 26. Juni 2017.
- 8 Peter B. de Selding. „Q&A | Avio CEO Ranzo on sharing the pie with Germany, and keeping SpaceX from an Italian contract“, SpaceNews.com, 28. November 2016.
- 9 Nach „M-5 - France Nuclear Forces“, Global Security. Zugriffen 5. November 2017.
- 10 Stefan Barenky. „Airbus teste le bobinage d'Ariane 6. Air & Cosmos, 21. März 2014.

In den Ariane-Städten lagert die Rüstungsindustrie

Drittens. Die „Ariane-Städte“ stehen nicht nur für Standorte von Ariane-Produktionen, sondern sind fast durchweg Standorte großer Rüstungskonzerne.¹² So werden in der Mitgliederliste der CVA Madrid und Sevilla als Standorte von Airbus Defence and Space aufgeführt. In der „Ariane-Stadt“ Cannes befindet sich der Sitz von Thales Alenia Space, ein Konzern, der bei Wikipedia den Branchen Raumfahrt, Rüstung und Navigation zugeordnet wird.¹³ Die Städte Bordeaux, Lampoldshausen, Les Mureaux, Ottobrunn und Vernon werden in der Mitgliederliste der Communauté des Villes Ariane/CVA als Standorte der ArianeGroup aufgeführt.

Die ArianeGroup bezeichnet sich in einer Selbstbeschreibung als „das weltweit führende Unternehmen auf dem Gebiet des Raumtransports im Dienste institutioneller wie kommerzieller Kunden und gewährleistet dabei Europas strategische Unabhängigkeit im All“.¹⁴ Strategisch bedeutet im bürgerlichen Jargon in der Regel militärisch und im militärischen Jargon bezeichnen strategische Waffen oder strategische Raketen sehr oft große Kernwaffen. Und so beschreibt die ArianeGroup ihr Unternehmensprofil ganz offen:

„Als Garant für Europas unabhängigen und zuverlässigen Zugang zum Weltraum sind wir Hauptauftragnehmer der europäischen Ariane-Trägerraketenfamilien und der ballistischen Trägerraketen für Frankreichs nukleare Abschreckung. Unsere Tätigkeiten erstrecken sich auf den gesamten Lebenszyklus von Trägerraketen – von der Konzipierung über die Entwicklung und Produktion bis hin zur Vermarktung (durch unser Tochterunternehmen Arianespace). Wir sind zuständig für die Produktion und Nutzung der Ariane 5, der zuverlässigsten kommerziellen Trägerrakete am Markt, und entwickeln als Konstruktionsverantwortlicher die künftige Trägerrakete Ariane 6.“¹⁵

Die ArianeGroup ist also Hauptauftragnehmer auch der französischen Atomraketen und bündelt alle Aktivitäten und Kompetenzen von Airbus und Safran im Bereich der zivilen und militärischen Trägerraketen:

„Die ArianeGroup wurde von Airbus und Safran mit dem gemeinsamen Ziel gegründet, die europäische Raumfahrtindustrie an die Spitze zu führen.

Sie wird zu gleichen Teilen von den beiden Konzernen gehalten und bündelt alle ihre Aktivitäten und Kompetenzen im Bereich der zivilen und militärischen Trägerraketen. Die ArianeGroup besteht aus elf Tochtergesellschaften und Mehrheitsbeteiligungen. Der Konzern beschäftigt mehr als 9.000 hochqualifizierte Mitarbeiter in Frankreich und Deutschland. Die ArianeGroup wurde 2016 gegründet, ihre Wurzeln reichen jedoch mehr als 70 Jahre zurück und umfassen das Vermächtnis ihrer Vorgängerunternehmen, Pionieren der europäischen Raumfahrt.“¹⁶

Wenn die Wurzeln der ArianeGroup mehr als 70 Jahre zurückreichen, so wird hier ganz vage der Zeitraum vor 1946 ins Auge gefasst. Und zu den „Pionieren der europäischen Raumfahrt“ zählt Wernher von Braun im öffentlichen Diskurs oftmals immer noch. Eines der wichtigsten Vorgängerunternehmen der ArianeGroup war Astrium und Astrium Space Transportation. Der Wikipedia-Eintrag zu dieser Firma bezeichnet sie als „Hersteller von U-Boot-gestützten Trägersystemen (siehe M51 SLBM) für Nuklearsprengköpfe der französischen Streitkräfte.“¹⁷

Liest man den nachfolgenden Eintrag bei Wikipedia zu den

Standorten von Astrium, so stellt man eine frappierende Übereinstimmung mit der Liste der Ariane-Städte der Communauté des Villes Ariane/CVA fest: „Rund 4400 Mitarbeiter waren für Space Transportation in Frankreich (Les Mureaux bei Paris, Saint-Médard-en-Jalles bei Bordeaux) und in Deutschland (Ottobrunn bei München, Lampoldshausen bei Heilbronn, Immenstaad bei Friedrichshafen und Bremen) tätig.“¹⁸ Bis auf Immenstaad zählen alle hier genannten Standorte von Astrium Space Transportation auch zu den Ariane-Städten der CAV.¹⁹

Arianespace vermarktet auch Rüstungsprojekte

Viertens. Mitglieder der Gemeinschaft der Ariane-Städte (CVA) sind nicht nur Städte, sondern zum Beispiel auch Unternehmen und Verbände – und um diese Unternehmen und Verbände und deren Interessen scheint es hauptsächlich zu gehen. So sind zum Beispiel nicht nur die Stadt Augsburg, sondern auch die Firma MT Aerospace in Augsburg Mitglied der CVA. In einem gemeinsam von der Stadt und der CVA herausgegebenen Informationsblatt²⁰ heißt es:

„Augsburg profitiert von der Mitgliedschaft in der CVA und schafft Synergieeffekte zwischen Industrieunternehmen und Stadtverwaltung. Hier entstehen Geschäftsverbindungen, die den Wirtschaftsstandort Augsburg fördern.

Mit der MT Aerospace beherbergt Augsburg ein Unternehmen, das unter anderem Tanks, Feststoffboostergehäuse und Strukturen für die Ariane-Raketen produziert. Aus diesem Grund ist die Stadt bereits in der Aufbauphase der CVA beigetreten.“

Mitglieder der Gemeinschaft der Ariane-Städte (CVA) sind auch die europäische Weltraumorganisation European Space Agency ESA und die französische Weltraumbehörde Centre national d'études spatiales (CNES), beide mit Hauptsitz in Paris. Auch dadurch ergibt sich eine gewisse Militarisierung der CVA.

Zur europäischen Weltraumorganisation ESA zählen 22 Mitgliedstaaten, Kanada als assoziiertes Mitglied und Bewerberstaaten mit Kooperationsvertrag wie die Türkei, Ukraine und Israel. Mit einem Etat von über fünf Mrd. Euro finanziert sich die ESA aus den Staatshaushalten der Mitglieder. Die Vergabe von ESA-Aufträgen an die Industrie richtet sich nach dem Finanzierungsanteil des zugehörigen Mitgliedstaates.²¹ Die Informationsstelle Militarisierung (IMI) stellte schon im Jahr 2008 fest, dass sich die ESA „seit einigen Jahren zunehmend affirmativ gegenüber einer wachsenden Rolle Europas bei der militärischen Nutzung des Alls zeigt und entsprechenden EU-Plänen auf wissenschaftlicher bzw. technischer Ebene zuarbeitet“.²²

Die französische Raumfahrtagentur CNES bezeichnet sich als Centre national d'études spatiales (zu deutsch: Nationales Zentrum für Weltraumforschung) und ist für das gesamte Arianeprogramm zuständig einschließlich Weltraumbahnhof Kourou und weiteren Bodenstationen in Brasilien, im Südatlantik, in Gabun und Kenia. Das CNES ist neben der zivilen Forschung auch für militärische Forschung zuständig und betreibt zum Beispiel das Syracuseprogramm für militärische Kommunikationssatelliten. Seit 1993 untersteht es formell sowohl dem französischen Forschungsministerium als auch dem Verteidigungsministerium.²³

Zuständig für Betrieb und Vermarktung der europäischen Trägerrakete Ariane 5 ist Arianespace. Arianespace war seit 1980 auch für alle Vorgänger der Ariane 5 zuständig. Größter Anteilseigner ist die französische Raumfahrtbehörde CNES,

die 32,5 Prozent des Unternehmens hält. Rechnet man allerdings die Anteile von Airbus Safran Launchers SAS in Höhe von 11,6 Prozent und von Airbus Safran Launchers Holding in Höhe von 27,4 Prozent zusammen, so hält der Rüstungskonzern Airbus Safran Launchers fast 40 Prozent an Ariespace. Das heißt, dass das Joint Venture Airbus Safran Launchers als Hauptauftragnehmer für die Entwicklung und Herstellung der Arianerakete wie auch für die französische Nuklearrakete M51 den größten Anteil an Ariespace hält. An dritter Stelle kommt die Augsburger MT Aerospace AG mit einem Anteil von 8,26 Prozent. Mit großem Abstand folgen die Anteilseigner wie Avio Italien, Airbus Defence and Space Spanien und Niederlande, GKN Aerospace Schweden, Thales Alemannia und Space Belgium – also alles Firmen mit erheblichem Rüstungsanteil. Dies war der Stand laut Wikipedia im Mai 2015.²⁴

Man kann daran sehen, wie große und gefährliche Rüstungskonzerne sich um das Arianeprogramm sammeln und in das Arianegeschäft einsteigen beziehungsweise ihre alten Beteiligungen neu koordinieren. Wir nehmen auch zur Kenntnis, in welcher Gesellschaft sich MT Aerospace Augsburg mit dem drittgrößten Anteil an Ariespace bewegt. Mittlerweile hat die französische Raumfahrtagentur CNES ihren Anteil von inzwischen 35 Prozent an Ariespace auf die ArianeGroup übertragen. Die ArianeGroup, die oben schon erwähnt wurde, hält nun als Nachfolger von Airbus Safran Launchers insgesamt 74 Prozent an der Ariespace.²⁵ Das heißt, die französische Raumfahrtagentur CNES überantwortet die zivile und militärische Raumfahrt der ArianeGroup, also einem Gemeinschaftsunternehmen bestehend aus der Airbus Group, dem nach BAE Systems zweitgrößten Rüstungskonzern Europas, und aus Safran mit den drei Kerngeschäftsbereichen Luft und Raumfahrt (Antriebssysteme und Ausrüstung), Verteidigung und Sicherheit.

Die Nordwest-Zeitung schrieb zum Beispiel unter der Überschrift „Raketen künftig von Ariane-Group“ im Mai 2017:

„Die europäische Trägerrakete Ariane taucht künftig auch im Namen des Herstellers Airbus Safran Launchers auf. Das Unternehmen, in dem auch Ariespace aufgegangen war, kündigte am Mittwoch seine Umbenennung in ‚Ariane-Group‘ an. Das Gemeinschaftsunternehmen des europäischen Luft- und Raumfahrtkonzerns Airbus und des Triebwerksherstellers Safran mit 9000 Beschäftigten – und Aktivitäten auch in Bremen – war vor gut zwei Jahren gegründet worden, um die europäische Trägerraketen-Industrie neu zu ordnen. Es entwickelt die nächste Raketen-Generation Ariane 6. Am Markt gibt es neue Konkurrenten wie SpaceX aus den USA.“²⁶

Ariespace ist tatsächlich in der ArianeGroup aufgegangen und zählt jetzt zu einer ihrer sieben Tochtergesellschaften. Selbstverständlich übernimmt Ariespace auch militärische Aufträge, denn in der Pressemitteilung der Nordwest-Zeitung werden im Zusammenhang der Neuordnung der europäischen Trägerraketenindustrie durch ArianeGroup (inklusive Ariespace) und der Entwicklung der nächsten Generation mit Ariane 6 „neue Konkurrenten wie SpaceX aus den USA“ genannt. Auch das ist vielsagend, denn SpaceX arbeitet auch für das US-Militär. SpaceX transportierte Anfang September 2017 den geheimen Raumgleiter X-37B von Boeing ins All. Spiegel Online schreibt zu möglichen Funktionen:

„X-37B‘ war ursprünglich ein Projekt der Nasa, 2004 hatte es das Pentagon übernommen. Experten rätseln schon länger über die Aufgaben des Shuttles. Es könnte als Aufklärungsgerät, zur Reparatur, zum Transport oder gar zum Kapern von Satelliten dienen. Auch eine Anwendung als unbemannter

Kampfbomber, der vom Weltall aus zuschlagen könnte, wird für möglich gehalten.

Seit einiger Zeit steht der Raumgleiter unter Verantwortung des Rapid Capabilities Office der U.S. Air Force. Dessen Aufgabe: die Entwicklung und Einführung neuer Waffensysteme.“²⁷

In einem Forumsbeitrag bei Spiegel Online zu diesem Artikel wird von „Killersatelliten“ gegen Russland und China gesprochen. Anfang Oktober 2017 wurde ein weiterer militärischer Start von SpaceX vermeldet: „SpaceX startet Rakete mit militärischer Nutzlast“.²⁸ Aus all dem kann man folgern: wenn die Europäer vor allem mit der Ariane 6 mit SpaceX konkurrieren, so sind militärische Verwendungen inbegriffen, was in krassstem Widerspruch zu dem eingangs zitierten zivilen Anstrich steht, den sich die Ariane-Städte zu verpassen versuchen.

Anmerkungen

- 1 „Augsburg – ein Mekka für junge Raumfahrtforscher. Augsburg ist vom 13. bis 19. November 2017 Austragungsort des Interkulturellen Seminars der Gemeinschaft der Ariane-Städte (CVA)“. [Stadt Augsburg](#), 7. November 2017.
- 2 Einfeld, Rainer. Mondsüchtig. Wernher von Braun und die Geburt der Raumfahrt aus dem Geist der Barbarei. 1. Aufl. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, 1996, 286 S.
- 3 Einfeld, a. a. O. S. 26
- 4 Ebd.
- 5 Einfeld, a. a. O. S. 33
- 6 Einfeld, a. a. O. auf dem Einband
- 7 Hildebrandt, Joachim. „Wernher von Braun: Ein Mann der Gegensätze“, [Die Zeit](#). 23. März 2012.
- 8 „DGLR: Auszeichnung – Wernher-von-Braun-Ehrung“, [Deutsche Gesellschaft für Luft- und Raumfahrt DGLR](#). Zugegriffen 24. November 2017.
- 9 Reinke, a. a. O.
- 10 Ebd., Seite 427
- 11 Ebd., Seite 257f.
- 12 siehe „Les entreprises, Communauté des Villes Ariane/CVA“. [Ariane Cities](#). Zugegriffen 13. November 2017.
- 13 [Wikipedia](#): Thales Alenia Space.
- 14 <https://www.ariane.group/de/uber-uns/unternehmensprofil/>
- 15 <https://www.ariane.group/de/uber-uns/unternehmensprofil/>
- 16 <https://www.ariane.group/de/uber-uns/anteilseigner/>
- 17 [Wikipedia](#): Astrium Space Transportation.
- 18 Ebd.
- 19 Siehe „Les entreprises, Communauté des Villes Ariane/CVA“. [Ariane Cities](#). Zugegriffen 13. November 2017.
- 20 „Das CVA-Netzwerk. Ziele des CVA-Netzwerks. Augsburg und das CVA-Netzwerk. Projekte der CVA - Für SchülerInnen. Für Lehrkräfte. Für Studierende, Herausgeber: Stadt Augsburg, Referat Oberbürgermeister, Europabüro mit Europe Direct-Informationszentrum, Communauté des Villes-Ariane (CVA) - Gemeinschaft der Ariane-Städte“. [Stadt Augsburg](#), 7. November 2017.
- 21 Nach [Wikipedia](#): Europäische Weltraumorganisation.
- 22 s. den Kasten: ESA nimmt Abschied von der friedlichen Weltraumnutzung, in: Malte Lühmann. „Aus dem All in alle Welt. Weltraumpolitik für die Militärmacht Europa“, in: [Ausdruck, IMI-Magazin](#) (April 2008).
- 23 Nach: [Wikipedia](#): „Centre national d'études spatiales“ (8. Dezember 2015).
- 24 [Wikipedia](#): „Ariespace“ (13. November 2017).
- 25 Nach [Wikipedia](#): „ArianeGroup“ (29. September 2017).
- 26 „Raketen künftig von Ariane-Group“, [Nordwest-Zeitung](#), 18. Mai 2017.
- 27 „Raumgleiter ‚X-37B‘: SpaceX transportiert geheimen Luftwaffen-Shuttle ins All“, [Spiegel Online](#), 7. September 2017.
- 28 „SpaceX launches rocket carrying military payload“. [MSN](#), 9. Oktober 2017.

Trinationaler Workshop Zivil-Militärische Zusammenarbeit

Vertreter von Militär, Staat, NGOs und Konzernen treffen sich in Hamburg

von Christian Stache

Die Freie und Hansestadt Hamburg erfreut sich in diesem Jahr als Tagungsort scheinbar besonderer Beliebtheit. Vom 17. bis zum 19. Oktober 2017 fand an der Führungsakademie der Bundeswehr in der Elbmetropole der erste sogenannte Trinationale Workshop Zivil-Militärische Zusammenarbeit (ZMZ) statt. Das Kommando Territoriale Aufgaben, die für die ZMZ im Inland zuständige militärische Einheit der Bundeswehr, lud zum Austausch und zur Vernetzung an die Kadenschmiede des deutschen Militärs. Laut Bundeswehr-Journal folgten der Einladung rund 200 Teilnehmer.¹

Die Veranstaltung geht zurück auf eine „ministerielle Festlegung“² zwischen dem deutschen Bundesverteidigungsministerium und dem österreichischen Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport vom Juni 2015. Die politische Bedeutung des Treffens ist aber nicht nur aufgrund dieser hochrangigen Vereinbarung, sondern auch angesichts der Gäste, des Programms und der Zielsetzung nicht zu unterschätzen.³

Meet and Greet in geschlossener Gesellschaft

Die Konferenzteilnehmer_innen und -referenten_innen stammten aus Deutschland, Österreich und der Schweiz.⁴ Neben zahlreichen Soldaten der 15 deutschen Landeskommandos, des Zentrums ZMZ und des Kommandos der Streitkräftebasis der Bundeswehr sind auch Repräsentanten großer Hilfsorganisationen, wie z.B. des Deutschen und Österreichischen Roten Kreuzes und der Johanniter-Unfall-Hilfe der Einladung nachgekommen. Das Gleiche gilt für verschiedene deutsche und ausländische Staatsbedienstete. Zum Beispiel wohnten die Verteidigungsattachés der beteiligten Länder der Tagung ebenso bei wie Vertreter des Bundesverteidigungsministeriums. Auch die Hamburger Polizei schickte ihre Abgesandten. Sie war gleich mit vier Referenten prominent unter den Rednern vertreten. Zur Begrüßung gaben der Hamburger Senator für Inneres und Sport, Law-and-Order-Mann Andy Grote (SPD), der Inspekteur Streitkräftebasis der Bundeswehr, Generalleutnant Martin Schelleis, und der Kommandeur der Führungsakademie, Konteradmiral Carsten Stawitzki, ihr Stelldichein.⁵

Der SPD-Politiker, der bei der Nachwuchsrekrutierung für die Hamburger Polizei auf ehemalige Soldaten setzt,⁶ bemühte sich in seiner Ansprache, das Meeting zu begründen. Er verwies auf den Bundeswehreinsatz im Inneren bei der Hamburger Sturmflut von 1962 und pries den damaligen Einsatz unter Leitung des späteren Bundeskanzlers Helmut Schmidts (SPD) als „die Geburtsstunde der Zivil-Militärischen Zusammenarbeit bei Großschadenslagen“.⁷ Das Kommando Territoriale Aufgaben blies in seiner offiziellen Pressemitteilung in dasselbe Horn: Es gehe „immer um den Schutz der Bevölkerung“.⁸

Die Öffentlichkeit musste hingegen dem Event fernbleiben. Man wolle in „in kameradschaftlicher Atmosphäre“⁹ miteinander reden. Daher wurden für die Zusammenkunft und das dazugehörige Kulturprogramm – z.B. der Auftritt des Militärmusikkorps am ersten Abend beim „festlichen Abendpro-

gramm“¹⁰ im Nobelrestaurant Parlament im Hamburger Rathaus¹¹ – „nur Anmeldungen von Personen akzeptiert, die zu dem eingeladenen Personenkreis gehören“.¹²

Im Programm: Grenzüberschreitende Kooperation und G20-Auswertung

Der dreitägige Kongress umfasste ein üppiges Programm. Am ersten Tag hielten Generalmajor Jürgen Knappe (Kommandeur des Kommandos Territoriale Aufgaben der Bundeswehr) und seine Pendanten, Divisionär Hans-Peter Kellerhals (Kommandant Territorialregion 4) aus der Schweiz und Brigadier Robert Prader (stellvertretender Kommandant des Kommando Landstreitkräfte) aus Österreich Einführungsvorträge zum Kongress-Thema.

Den Schwerpunkt des zweiten Konferenztags bildeten zwei Seminar-Panels. Am Vormittag lotete zum Beispiel Generalmajor Herbert Bauer (Österreichisches Bundesheer) die Möglichkeiten für grenzüberschreitende Zusammenarbeit von zivilen und militärischen Institutionen aus. Truppenpsychologe René Klein (Kommando Territoriale Aufgaben der Bundeswehr) sprach über Methoden, mit denen Beteiligte bei Einsätzen im Inland psychosozial arbeitsfähig gehalten werden können, und drei Repräsentanten des Technischen Hilfswerks diskutierten am Nachmittag die „Einbindung von spontan Helfenden“.

Der Höhepunkt des zweiten Tages sollte aber zweifellos die Sitzung zur Auswertung des OSZE- und des G20-Gipfels mit Hartmut Dudde sein, dem leitenden Polizeidirektor und Leiter des Vorbereitungsstabs für die beiden Spitzentreffen. Er war für die berüchtigte harte Linie der Polizei während des G20-Gipfels unmittelbar verantwortlich. Dudde legte anhand der beiden Einsätze dar, so heißt es in der Ankündigung, dass die Polizei Hamburg „professionell, mit Fingerspitzengefühl, besonnen und mit Augenmaß, aber auch konsequent“¹³ vorgegangen sei. Die Ansetzung dieses Seminars darf durchaus auch als politisches Signal gewertet werden.

Entsprechend kommentierte Martin Dolzer, Abgeordneter der Partei Die Linke in der Hamburgischen Bürgerschaft und friedenspolitischer Sprecher seiner Fraktion, das Treffen ziviler und militärischer Repressionsorgane und ihrer Partner: Es grenze an Zynismus, die Polizeistrategie beim G20-Gipfel im militärischen Rahmen als großen Erfolg zu feiern. „Es drängt sich immer mehr der Eindruck auf“, so Dolzer weiter, „dass es sich beim Polizeieinsatz und der Amtshilfe durch die Bundeswehr, durch Militär anderer Länder und die österreichische Polizei um eine Art Manöver zur Protestbekämpfung in einer Großstadt gehandelt hat“.¹⁴

In einem weiteren Workshop ging es mit dem Schweizer Divisionär Hans-Peter Kellerhals schließlich um die Frage, „wie Streitkräfte zivile Sicherheitskräfte im Schutz kritischer Infrastrukturen unterstützen können und wie dies gemeinsam trainiert werden kann“. Damit ist ausdrücklich die Kontrolle von Flughäfen, „Interbanken-Zahlungsverkehr“ und „Strom- und Gastransport“¹⁵ gemeint.

Besuche bei Airbus und der Polizei

Am letzten Symposiumstag gingen die Konferenzteilnehmer ins Gelände. Eine Gruppe ließ sich beim Zentralen Katastrophendienststab der Hansestadt über den „Katastrophenschutz“ und „die Sicherheitsvorsorge am Standort Hamburg“ ins Bild



Das Motto der Führungsakademie lautet: *Der Geist bewegt die Materie.* Quelle: Wikipedia

setzen. Anschließend besuchte sie das Polizeipräsidium. Die andere Gruppe traf zunächst den Leiter der Wasserschutzpolizei, Polizeidirektor Karsten Witt, um die „maritime Sicherheitsarchitektur“ Hamburgs kennenzulernen. Im Anschluss stand ein Besuch bei einem Rüstungsgiganten auf dem Plan, der vor Ort einen Sitz hat: Airbus. Dort schilderte Diplomingenieur Fabian von Gleich, verantwortlich für die strategische Ausrichtung des Konzerns in Hamburg, „Elemente zivil-militärischer Zusammenarbeit aus Sicht eines Industriebetriebes“ – Produktpräsentation und Werksführung inklusive. „Aus Sicht des Unternehmens“ seien „Katastrophenschutz, Forschung und Lehre sowie Führung und Management“¹⁶ von hervorgehobener Bedeutung für die ZMZ in der norddeutschen Metropole. Airbus hat in der Vergangenheit bereits aktiv mit den repressiven Staatsapparaten zusammengearbeitet, unter anderem beim G20-Gipfel.¹⁷

Mit der Konferenz in der Hansestadt wurde eine Reihe von neun Koordinierungstreffen, die zwischen 2008 und 2016 unter dem Titel „Assistenzeinsätze und Unterstützungsleistungen“ in Österreich ausgerichtet worden waren,¹⁸ in ein neues Format überführt. Zwei weitere „Workshops“ sind bereits für die beiden kommenden Jahre nach der Premiere in Hamburg geplant, zuerst in der Schweiz (2018), dann in Österreich (2019). In der Schweiz tritt ab 2018 ein neues Militärgesetz in Kraft und gemäß der Schweizer Wochenzeitung (WOZ) drohe der „Beizug von SoldatInnen zur Unterstützung ziviler Behörden [...] zur Normalität zu werden“¹⁹.

Militarisierung in Theorie und Praxis

Der Zweck der internationalen Veranstaltung habe laut Ankündigung der Bundeswehr darin bestanden, zum einen „gemeinsame Themen und Erfahrungen in der grenzüberschreitenden Zivil-Militärischen Zusammenarbeit in Katastrophenfällen“ zu erörtern und „einen weiteren und vertieften Wissensaustausch zu fördern“. Zum anderen sei es darum gegangen, in der Praxis „die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im deutschsprachigen Raum zwischen den territorialen Kommandobehörden, nationalen zivilen Behörden und Hilfsorganisationen auf Bund-, Länder- und Kantonebene“ weiter zu intensivieren.²⁰

Mit anderen Worten: Die Verzahnung von militärischen und zivilen, staatlichen und nicht-staatlichen Institutionen sollte ausgebaut und vertieft werden. Dass damit der Einfluss des

Militärs auf die zivilen Strukturen weiter wächst, d.h. die Militarisierung im Staat und in der Zivilgesellschaft zunimmt, war offensichtlich und ein wesentliches politisches Ziel der Veranstaltung in der Hansestadt und ähnlicher Initiativen.²¹

Das Fazit des Linkspartei-Politikers Martin Dolzer fällt dementsprechend kritischer aus: Beim Trinationalen Workshop sei der Einsatz der Bundeswehr im Inneren zu sicherheitspolitischen Zwecken und der Ausbau der militärisch-polizeilichen Zusammenarbeit ideologisch gerechtfertigt und weiterentwickelt worden. Es stehe zu befürchten, „dass die Aushebelung des Verbots von Bundeswehreinsätzen im Inneren forciert werden soll“.²²

Anmerkungen

- 1 „Trinationaler Workshop zivil-militärische Zusammenarbeit“, www.bundeswehr-journal.de (21.10.2017).
- 2 „Trinationaler Workshop 2017- Zivil-Militärische Zusammenarbeit“, www.kommando.streitkraeftebasis.de (28.04.2017).
- 3 Die folgenden Information zum Workshop stammen aus den veröffentlichten Dokumente und Ankündigungen (sic!) der Bundeswehr und den entsprechend gekennzeichneten Quellen. Aufgrund des klandestinen Charakters der Zusammenkunft konnte nicht verifiziert werden, ob das vorab bekanntgegebene Prozedere auch buchstabengetreu umgesetzt worden ist.
- 4 Im Vorfeld wurden auch Liechtensteiner Teilnehmer für die Veranstaltung angekündigt. Laut Bundeswehr-Journal waren aber nur Gäste aus den drei genannten Staaten anwesend.
- 5 Diese Zusammensetzung ergibt sich u.a. aus den „Informationen für Ihre Hotelbuchung“ des Kommandos der Streitkräftebasis, die sich an die Teilnehmenden des Workshops richten. Die Kongressteilnehmer werden in zwei Hotels im Hamburger Westen untergebracht: im Mercure Hotel Hamburg am Volkspark und Hotel Behrmann an der Elbchaussee.
- 6 „Hamburgs Polizei sucht Nachwuchs bei der Bundeswehr“, www.abendblatt.de (12.09.2016).
- 7 „Es geht immer um den Schutz der Bevölkerung / 1.Trinationaler Workshop zur zivil-militärischen Zusammenarbeit in Hamburg“, www.presseportal.de (20.10.2017).
- 8 Ebd.
- 9 „Trinationaler Workshop 2017- Zivil-Militärische Zusammenarbeit“, www.kommando.streitkraeftebasis.de (28.4.2017)
- 10 „Programmablauf - 1. Trinationaler Workshop ZMZ 2017“, www.kommando.streitkraeftebasis.de (5.10.2017).
- 11 Bundestags-Drucksache 18/113531, Anlage 7.
- 12 „1. Trinationaler Workshop ZMZ 2017“ - Anmeldung zur Seminararteilnahme, www.kommando.streitkraeftebasis.de.
- 13 „Übersicht der Seminare 1-5“, www.kommando.streitkraeftebasis.de (12.7.2017).
- 14 „Polizeieinsatz bei G20 ein Erfolg – nach militärischen Kriterien?“, www.linksfraktion-hamburg.de (18.10.2017).
- 15 „Übersicht der Seminare 6-10“, www.kommando.streitkraeftebasis.de (5.10.2017).
- 16 „1. Trinationaler Workshop ZMZ: Gruppen“, www.kommando.streitkraeftebasis.de (12.7.2017).
- 17 „Airbus-Airport als Schaltzentrale“, www.weser-kurier.de (01.07.2017).
- 18 Workshops Assistenzeinsätze und Unterstützungsleistungen, <http://campus.milak.at/asse/index.php>.
- 19 „Der G20-Gipfel als Vorzeigebispiel“, www.woz.ch (Nr. 43/2017 vom 26.10.2017).
- 20 „Trinationaler Workshop 2017- Zivil-Militärische Zusammenarbeit“, www.kommando.streitkraeftebasis.de (28.4.2017)
- 21 Siehe dazu z.B. den „Abschnitt Sicherheitsvorsorge und Resilienz als gesamtgesellschaftliche Aufgabe vorantreiben“ im Weißbuch der Bundeswehr 2016 (S. 59f.).
- 22 „Polizeieinsatz bei G20 ein Erfolg – nach militärischen Kriterien?“, www.linksfraktion-hamburg.de (18.10.2017).

Ein Beispiel für Nato-Kriegspropaganda

Studie zu Desinformationskampagnen gegenüber der Luftwaffe

von Christopher Schwitanski

Im Mai 2017 veröffentlichte das deutsche Luftwaffen-Kompetenzzentrum der Nato (Joint Air Power Competence Centre - JAPCC) eine umfangreiche Studie mit dem Titel *Mitigating Disinformation Campaigns Against Air Power*, welche sich mit der öffentlichen Wahrnehmung der Luftwaffe auseinandersetzt und Empfehlungen gibt, wie sich diese in Zukunft besser beeinflussen lässt. Unter dem gleichen Titel war von besagtem Kompetenzzentrum 2015 bereits die jährlich stattfindende Joint Air and Space Power Konferenz abgehalten worden, welche u. a. zur Vernetzung von Teilnehmern aus Wirtschaft, Militär und Politik dient. Die nun veröffentlichte Studie fußt auf einer von den Autoren eingerichteten Datenbank mit Medienberichten¹ aus verschiedenen Nato-Mitgliedstaaten sowie Bevölkerungsumfragen zur Akzeptanz von Militär, Luftwaffe und Auslandseinsätzen. Um nachzuvollziehen, wie die Zustimmung für diese in einzelnen Mitgliedstaaten schwankt, wurde in fünf Einzelstudien die Situation in den USA, Großbritannien, Frankreich, Italien und Deutschland untersucht. Weiterhin wurde der Einsatz der Luftwaffe in vergangenen Nato-Kriegen hinsichtlich seiner Akzeptanz in den Mitgliedstaaten bewertet. Dabei wird die Zustimmung zu den einzelnen Kriegen in Abhängigkeit von den Kommunikationsaktivitäten der Nato unter dem Schlagwort „Strategische Kommunikation“ bewertet.

Ausgehend von einer Auswertung der Medienberichterstattung kommen die Autoren zu der Einschätzung, dass die Berichterstattung über Kriegseinsätze der Nato-Luftwaffe zu Ungunsten der Nato verzerrt und sie außerdem immer wieder Falschinformationen von Nato-Gegnern ausgesetzt seien. Diese Gemengelage habe dazu geführt, dass in der Öffentlichkeit ein falsches Bild vorherrsche, dem zufolge der Einsatz der Luftwaffe mit einer viel zu großen Anzahl ziviler Opfer einhergehe und Drohnen als jüngste Errungenschaft der Luftwaffe grundsätzlich rechtlich und ethisch in Frage gestellt würden. Laut den Autoren der Studie ist diese Entwicklung auf verschiedene Faktoren zurückzuführen. Zum einen seien hierfür erfolgreich gestreute Falschinformationen von Russland und extremistischen Gruppen verantwortlich, gegen die die Nato in mehreren arabischen und nordafrikanischen Staaten kämpft sowie von Nato-feindlichen (zumeist politisch linken) Gruppen in den Mitgliedstaaten. Zum anderen trage allgemeine Uninformiertheit der Medien und der Bevölkerung der Nato-Staaten in militärischen Fragen ebenfalls zu dieser Entwicklung bei.

Im weiteren Text wird nicht näher auf den methodischen Hintergrund der Studie und der zugehörigen landesspezifischen Untersuchungen eingegangen, sondern einige zentrale inhaltliche Aspekte in den Blick genommen, um ein besseres Verständnis der Kommunikationsaktivität der Nato, welche seit einigen Jahren unter dem Begriff Strategische Kommunikation erfolgt, zu ermöglichen. Dazu wird nicht der Inhalt der gesamten Studie wiedergegeben, sondern zunächst einige wiederkehrende Themen und Deutungsmuster aufgegriffen, die

aus einer militärkritischen Perspektive in besonderem Maße relevant für eine Einordnung der Nato-Kommunikation erscheinen. Daran anschließend erfolgt eine Diskussion der Nato Kommunikationsaktivität vor dem Hintergrund der im Folgenden präsentierten Ergebnisse.

Diskreditierung von Nato-Kritikern

Einen großen Stellenwert räumen die Autoren der Studie der Thematisierung von Nato-kritischen Stimmen ein, wobei sich insbesondere auf Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und Medien bezogen wird. Dabei hält man sich mit der Benennung konkreter NGOs und Medien (mit wenigen Ausnahmen) zurück und bezieht sich häufig auf eine nicht näher bestimmte Menge westlicher Nichtregierungsorganisationen und Medien. Diesen wird jeweils ein anti-Nato Bias bzw. anti-amerikanischer Bias, also eine einseitige und tendenziöse Berichterstattung unterstellt: „Viele NGOs haben einen starken, gegen die Nato gerichteten Bias und tendieren dazu, jeglichen westlichen Einsatz von Gewalt oder militärische Operationen negativ darzustellen.“² Und in Bezug auf die Medien heißt es: „Unter praktischen Bedingungen sind die Medien beides, Freund und Feind, aber sie bleiben ein Akteur, mit dem sich westliche Nationen auseinandersetzen müssen. Allerdings ist ein anti-Nato und insbesondere ein anti-amerikanischer Bias in der Medienberichterstattung üblich und kann einen Einfluss darauf haben, wie die Öffentlichkeit militärische Einsätze wahrnimmt.“³ Im letzten Zitat wird der ambivalente bis ablehnende Blick auf die Medien deutlich, welcher sich auch an anderer Stelle wiederholt zeigt. Während die Medien in der Studie wiederholt für ihre verzerrte, weil Nato-kritische Berichterstattung kritisiert werden, sind Medien im Umkehrschluss dann als „Freund“ zu bewerten, wenn sie im Sinne der Nato berichten. Darüber hinaus sei auf Seiten der Medien generell eine mangelnde Expertise zu beobachten, die bis hin zur Entstehung von Falschinformationen führen könne: „Fehlinformationen können auftreten, weil die berichtende Agentur, die Medien oder NGOs ein minimales Verständnis von militärischen Einsätzen oder Bedingungen haben mögen – was häufig der Fall ist.“⁴

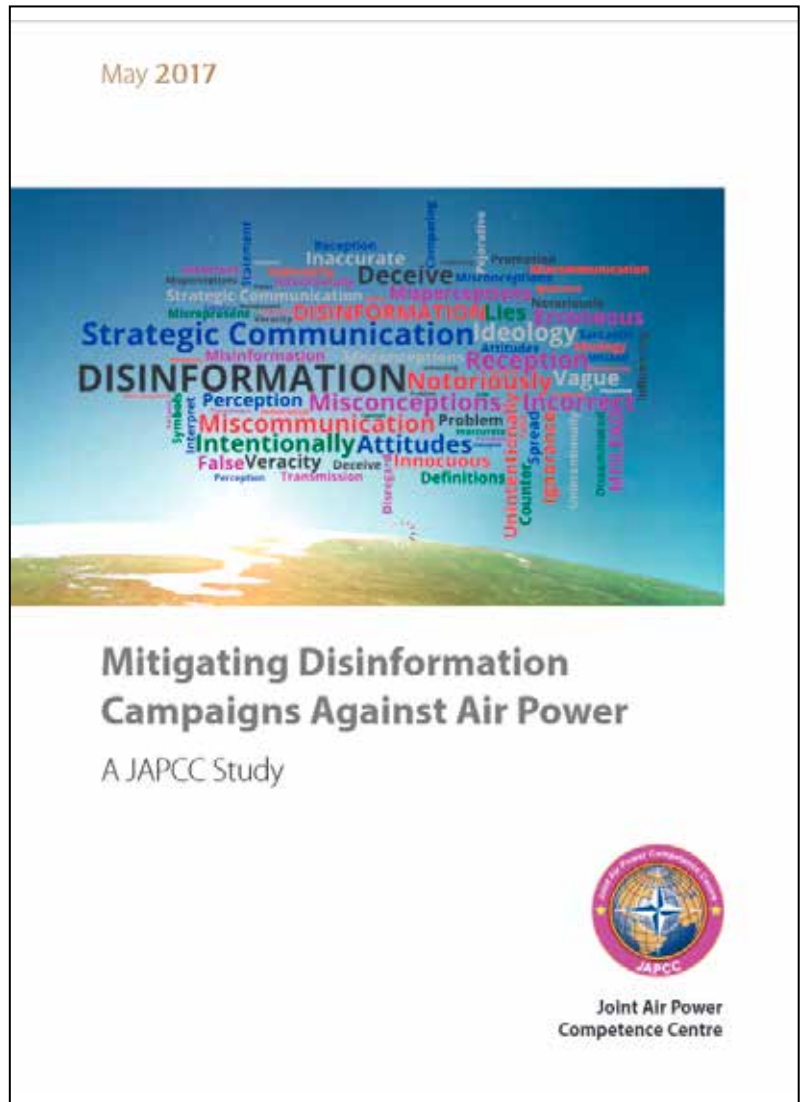
Ein Grund für die wahrgenommene Nato-kritische Ausrichtung politischer Gruppen und Nichtregierungsorganisationen wird in ihrer Beeinflussbarkeit durch gegnerische Kommunikationsaktivität gesehen, welche beispielsweise zur Ablehnung der Atomwaffenstationierung in Deutschland durch die Friedensbewegung geführt habe: „Verstärkt durch die Welle anti-amerikanischer Propaganda und Falschinformation in den 1960er und 1970er Jahren half der sowjetische Geheimdienst einen großen Teil der europäischen Friedensbewegung zu radikalisieren und brachte sie dazu, die Nato zu diffamieren und die Stationierung von Nato-Atomwaffen in Europa abzulehnen.“⁵ Ähnliche Darstellungen finden sich auch in Bezug auf NGOs und politische Gruppen, deren Aktivität auf Nato-feindlichen Falschinformationen beruhe: „Ebenso wie ein Medien Bias gibt es ein ernstes Problem mit einem anti-Westlichem Bias in vielen NGOs und öffentlichen Interessensgruppen. Westliche Freiheiten erlauben die Bildung zahlreicher Gruppen, deren Überzeugungen und Medien die westlichen Werte stark ablehnen.“⁶ Wie im weiteren Verlauf des Textes deutlich wird, stün-

den diese „Gruppen“ auch der Nato und dem Einsatz der westlichen Luftwaffe ablehnend gegenüber, wodurch suggeriert wird, dass eine Ablehnung der Nato mit einer Ablehnung westlicher Werte einher gehe. Im Falle der „anti-westlichen“ und „anti-Nato“ Gruppierungen werden beispielhaft die Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW) genannt, die größte berufsbezogene Friedensorganisation und Trägerin des Friedensnobelpreises. Die Ergebnisse des von den IPPNW 2014 veröffentlichten Buches *Body Count*, in dem eine Quantifizierung der Kriegstoten in Afghanistan, Irak und Pakistan vorgenommen wird, werden in der Studie als verzerrte „Behauptungen“ abgetan.⁷

Mit der hier wiedergegebenen Argumentation wird jegliche Kritik an der Nato als illegitim diskreditiert, weil sie entweder aufgrund eines anti-Nato Bias, mangelnder Expertise oder wegen des Einflusses von Falschinformationen und Propaganda erfolge. Dem Umstand, dass sich beispielsweise für die Ablehnung der Nato und der Atomwaffenstationierung in Deutschland vernünftige Argumente finden lassen, wird dagegen kein Platz eingeräumt. So wird einer Kritik an der Nato von vornerein jede Berechtigung abgesprochen, bzw. Argumentationsmuster geboten, um diese zu diskreditieren. Besonders auffällig ist in diesem Zusammenhang die Beziehung der Nato zu den Medien, wobei erstere als Opfer der Medien und einer angeblichen unverhältnismäßig kritischen Medienberichterstattung stilisiert wird. Eine solche Inszenierung des Militärs als Opfer der Medien ist dabei kein neues Phänomen⁸, interessant ist in diesem Zusammenhang aber die implizite Annahme, dass die Qualität von Journalismus und Medien davon abhängen, ob diese wohlwollend oder kritisch über die Nato berichten. Eng damit verbunden ist die Forderung, stärkeren Einfluss auf die Medien und die Berichterstattung zu nehmen und diese stärker für die eigene Perspektive zu vereinnahmen (siehe weiter unten im Text).

Relativierung von Kriegstoten

Einer der zentralen Kritikpunkte, mit dem die Nato-Luftwaffe sich laut den Autoren der Studie konfrontiert sieht und welcher insbesondere auch für die öffentliche Wahrnehmung relevant sei, sind die Berichte über zivile Tote. Dementsprechend wird diese „Problematik“ auch innerhalb der Studie besonders gewichtet. Es wird zwar angemerkt, dass zivile Opfer im Krieg unvermeidlich sind, aber die kritische Haltung der Öffentlichkeit wird mit mangelndem Wissen und dem Einfluss gegnerischer Desinformationskampagnen erklärt, aufgrund derer die Luftwaffe „[...] regelmäßig [...] als willkürlich, enorm tödlich und verantwortlich für massiven Kollateralschaden und zivile Verluste [dargestellt wird].“⁹ Die Argumentationslinien, mittels derer die öffentliche Wahrnehmung der Luftwaffe angefochten wird, sind vielseitig. Zum einen werden sämtliche Berichte über zivile Tote aus Gebieten, die nicht von der Nato oder Verbündeten kontrolliert werden (hierunter fallen große Teile sämtlicher außereuropäischer Kriegsgebiete), als feindliche Propaganda abgetan, bzw. als unglaubwürdig dargestellt, da diese nicht nachprüfbar seien: „In Pakistan, Jemen und Somalia ist der Boden in der Hand von Terroristen und radikalen Gruppen und jede Analyse der Medien stammt ent-



weder von NGO-Zahlen [bezogen auf zivile Opfer] oder von den Terroristen selbst, was diese Zahlen bestenfalls fragwürdig macht.“¹⁰ Im Umkehrschluss wird das sogenannte „Battle Damage Assessment“ (BDA), also die Erfassung der verursachten Schäden durch das Militär, als die einzig verlässliche Quelle für die Erfassung ziviler Todesopfer dargestellt. Davon abgesehen, dass von militärischer Seite als einem am jeweiligen Konflikt beteiligten Akteur keine neutrale Berichterstattung zu erwarten ist kommt hinzu, dass diese Erfassung über feindlichem Gebiet (wo sich Luftangriffe mehrheitlich ereignen) lückenhaft ist und in vielen Fällen (wie den von der CIA veranlassten Drohnenangriffen) überhaupt keine Informationen an die Öffentlichkeit gelassen werden.

Des Weiteren wird versucht den Anschein zu wahren, es handle sich beim Luftkrieg um ein zielgenaues und daher wenig problematisches Vorgehen. Dieser Logik folgend werden zwar einzelne bekannte Fälle von Bombenabwürfen thematisiert, bei denen erwiesenermaßen zahlreiche Zivilisten starben, diese werden aber dadurch relativiert, dass sie als Ausnahmen aufgrund von Fehlern bei der Zielauswahl dargestellt werden. Hierzu im Widerspruch stehende Angaben werden (wie das Beispiel des Buches *Body Count* zeigt) dagegen als unseriös und falsch abgetan. Gerade bei der Frage nach zivilen Toten wird ein besonderes Spannungsverhältnis zur Arbeit verschiedener NGOs gesehen, welche in der Regel deutlich höhere Zahlen präsentieren als die Nato selbst. Beispielhaft zeigt sich dies in einer Rückschau auf den Jugoslawienkrieg, im Rahmen dessen die Kommunikation der Nato seitens der Autoren als

wenig erfolgreich bewertet wird: „Während die Nato nur 20-30 Fälle mit zivilen Verlusten eingestand, verließen sich die Medien auf die NGO-Schätzungen von 90 Fällen mit zivilen Verlusten mit annähernd 500 zivilen Toten – Zahlen, die von den westlichen Medien generell als glaubwürdiger akzeptiert wurden als die Schätzungen der Nato. Während und nach dem Einsatz vertrauten die westlichen Medien stärker den NGOs und ihren Informationen als der Nato, womit sich ein zukünftiges Problem für die Glaubwürdigkeit der Nato in den Medien darbot.“¹¹ In dem Zitat wird ein weiterer Aspekt der Thematisierung von Kriegstoten aus einer rein kommunikativen Perspektive deutlich. Anstatt sich mit dem Wahnsinn des Krieges, der sich nicht zuletzt in dessen zivilen Opfern widerspiegelt, auseinanderzusetzen, wird deren Quantifizierung zu bloßen Akten mehr oder weniger erfolgreicher Kommunikationskampagnen heruntergespielt. Zu einer ähnlichen Einschätzung kommt auch die Sozialwissenschaftlerin Caroline Holmqvist in einer Analyse der Strategischen Kommunikation der USA in Afghanistan: „Das ist die düstere Logik, welche es erlaubt Fälle von Fehlverhalten und Übergriffe verübt durch die US-Truppen als Senden der `falschen` Botschaft zu präsentieren.“¹² Und diese so zu verharmlosen.

Zurückweisen der Kritik an Drohnen und völkerrechtlich geächteten Kriegswaffen

Eng verknüpft mit der Ablehnung der Luftwaffe in der Öffentlichkeit im Allgemeinen ist laut der Studie die Ablehnung von Drohnen und „gezielten Tötungen“ im Besonderen. Diese wird ebenfalls durch ein mangelndes Wissen auf Seiten der Medien und der Öffentlichkeit erklärt und sei laut Bevölkerungsumfragen in Europa besonders hoch. Wobei auch in Bezug auf dieses Thema den Medien eine verzerrte Berichterstattung unterstellt wird, was sich beispielsweise in Deutschland zeige: „Die Berichterstattung über RPA [remotely piloted aircraft] in den führenden deutschen Zeitungen ist oft emotional gewesen und zeigt starke anti-amerikanische Vorurteile [als Beispiel hierfür werden Artikel aus der Zeit und dem Spiegel genannt].“¹³ Am Beispiel der Ablehnung von Drohnen durch Nichtregierungsorganisationen und politische Gruppen wird ein weiterer Argumentationsstrang entwickelt, mit dem versucht wird die Ablehnung von Drohneneinsätzen auf rechtlicher Ebene zu delegitimieren. Gruppen, die rechtliche Einwände gegen Drohnen erheben, wird – zusammengefasst unter dem Schlagwort Lawfare-Bewegung¹⁴ – unterstellt, dass der Rechtsweg bloß instrumentalisiert und ausgenutzt werde, um der Nato zu schaden: „Dieser Ansatz nutzt ein zentrales Element der Demokratie aus, die Achtung des Gesetzes.“¹⁵ Ähnlich wie in den obigen Beispielen wird auch hier der Umstand ignoriert, dass es berechtigte rechtliche Vorbehalte gegen den Einsatz von Drohnen und den hiermit verbundenen Tötungen gibt. Statt sich damit auseinanderzusetzen wird auch hier suggeriert, dass die Ablehnung von Drohnenangriffen bloß aus einer Nato-feindlichen Haltung oder fehlendem Fachwissen heraus erfolge. Dieser Logik folgend werden auch Bemühungen kritisiert, weitere Kriegswaffen zu verbieten. Bezüglich der Ächtung von Streubomben heißt es beispielsweise: „Eine extrem nützliche Waffe für den konventionellen Krieg kann von den meisten Nato-Luftwaffen nicht länger legal genutzt werden.“¹⁶ Die Kritik am völkerrechtlichen Vertrag zum Verbot von Streubomben als eine bloße Einschränkung der militärischen Möglichkeiten der Nato ignoriert dabei das eigentlich dahinter stehende Anliegen: das Leid der Zivilbevölkerung aufgrund

von mangelnder Zielgenauigkeit, einer Vielzahl an Blindgängern und grausamen Verletzungen zu verringern.¹⁷

Zusammenfassung und Ausblick

Zu Beginn dieser Schlussbetrachtung muss angemerkt werden, dass sich nicht mit Sicherheit sagen lässt, wie groß das Gewicht der hier thematisierten Studie für die weitere Entwicklung der Kommunikationskapazität innerhalb der Nato ist. Vor dem Hintergrund, dass dem Kampf um den Informationsraum innerhalb des Militärs in den letzten Jahren eine zunehmende Bedeutung zugeschrieben wird und die Studie von einer für die Weiterentwicklung der Nato-Luftstreitkräfte zentralen Einrichtung publiziert wurde, spricht einiges dafür, dass es sich hierbei nicht bloß um eine Randerscheinung handelt, sondern deren Inhalte sowie die geforderten Maßnahmen dementsprechend ernst zu nehmen sind. Es besteht daher auch die Möglichkeit, dass sich die wiedergegebenen Argumentationsmuster in der Auseinandersetzung der Nato mit öffentlicher Kritik wiederfinden lassen.

Die diskutierten Beispiele verbindet im Kern, dass sie verdeutlichen wie Kriegspropaganda auf Seiten der Nato betrieben wird, mit dem Ziel die Deutungshoheit über die eigene militärische Aktivität zu gewinnen, beziehungsweise aufrecht zu erhalten. Die hier dargestellten Argumentationsmuster dienen letztlich der Verharmlosung militärischer Gewalt (in diesem Fall schwerpunktmäßig durch die Luftwaffe) und damit sowohl der Legitimation laufender als auch zukünftiger Kriege. Gerade das Bemühen um Deutungshoheit spiegelt sich darin, dass Quellen, Informationen und Argumente, die der eigenen Position widersprechen pauschal diskreditiert und als verzerrt, schlecht informiert und durch gegnerische Propaganda oder Falschinformationen beeinflusst abgetan werden. Anstatt sich also argumentativ mit kritischen Positionen auseinanderzusetzen wird versucht diese abzuwehren, um das eigene Narrativ aufrechtzuerhalten. Es ist auch wenig verwunderlich, dass Beispiele westlicher Kriegspropagandalügen in der Studie keinen Platz finden, wobei die sogenannte Brutkastenlüge im zweiten Golfkrieg ebenso wie die angeblichen Massenvernichtungswaffen als Legitimation für den Irak-Krieg nur zwei der prominentesten Beispiele wären.

Vor diesem Hintergrund wird im Folgenden noch ein Blick auf einige Empfehlungen geworfen, bezüglich der weiteren Entwicklung der Nato-Propagandaaktivität unter dem Schlagwort strategische Kommunikation, mit denen die Studie abschließt. Eine zentrale Schlussfolgerung besteht darin, dass das Vertrauen der Zivilbevölkerung in den Nato-Mitgliedstaaten in den Einsatz der Luftwaffe wesentlich mit dem generellen Vertrauen in das nationale Militär und die Nato zusammenhänge. Dementsprechend wird empfohlen die zivil-militärischen Beziehungen zu intensivieren. Zu diesem Zweck wird vorgeschlagen die personelle Kapazität im Bereich von Public Relations und Public Diplomacy auszubauen und sich im Zuge dessen um engere Beziehungen (und damit implizit auch Einfluss) zu Journalisten und Parlamentariern zu bemühen. In Bezug auf Journalisten heißt es beispielsweise: „Ein effektiver erster Schritt, um die Öffentlichkeit zu unterrichten, wäre es, Mitglieder der Medien zu unterrichten, welche dann in der Lage sind, dieses Wissen durch präzise Berichterstattung an die Öffentlichkeit weiter zu geben.“¹⁸ Dass auf Seiten der Nato sehr klare Vorstellungen davon herrschen dürften, was „präzise Berichterstattung“ umfasst und was nicht, dürfte an dieser Stelle ebenso klar sein wie die Frage worüber die Öffentlichkeit

„unterrichtet“ werden sollte und worüber nicht. Ein weiterer Vorschlag betrifft die Einrichtung eines eigenen Medienteams mit enger Verbindung zu den öffentlichen Medien, sowie eigener Strukturen für die Selbstdarstellung gegenüber dem Ausland, vergleichbar mit der United States Information Agency (USIA), welche während des kalten Krieges maßgeblich für die amerikanische Auslandspropaganda zuständig war.

Abschließend wird noch betont, die Hauptbotschaft, welche die Nato in ihrer Kommunikationsaktivität in den Vordergrund stellen müsse, sei folgende: „Die Nato bekämpft wirklich böse Menschen, die die Menschenrechte verletzen.“ Die Reduzierung der Nato-Kriegspolitik auf derart simple Narrative erscheint geradezu symptomatisch für die Nato-Kriegspropaganda. Hält man sich die Berichterstattung in weiten Teilen der Medien im Zuge der vergangenen Nato-Kriege vor Augen, so wird nicht nur die Absurdität der Einschätzung, dass die Medien unverhältnismäßig kritisch über die Nato berichteten deutlich. Es zeigt sich auch, dass derart simple und undifferenzierte Freund-Feind Narrative erfolgreich zur Kriegslegitimation an die Öffentlichkeit herangetragen werden. Sämtliche Bemühungen seitens der Nato, den Einfluss auf Medien und öffentliche Meinung weiter zu verstärken gilt es daher entschieden abzulehnen.¹⁹ Denn eine Informationspolitik, welche den eigenen militärischen Zielen untergeordnet ist, dient nicht dem objektiven Informieren der Öffentlichkeit, sondern der eigenen Kriegspolitik.

Anmerkungen

- 1 Diese ist nicht einsehbar, wodurch die Nachvollziehbarkeit der hierauf aufbauenden Ergebnisse nicht gewährleistet ist.
- 2 James Sterling Corum, Matthieu Chillaud, Conrad C. Crane, Eugenio Cusumano, Philipp Fraund und Mark Hilborne. 2017.

Mitigating Disinformation Campaigns against Airpower. The Joint Air Power Competence Centre. (S. 29). Sämtliche Übersetzungen der englischsprachigen Originaltexte wurden vom Autor vorgenommen.

- 3 Ebd. (S. 40)
- 4 Ebd. (S. 28)
- 5 Ebd. (S. 26)
- 6 Ebd. (S. 42)
- 7 Ebd. (S. 42)
- 8 Vgl. Elter. 2005. Die Kriegsverkäufer: Geschichte der US-Propaganda, 1917-2005. Suhrkamp. (S. 170)
- 9 Corum et al. 2017. Mitigating Disinformation Campaigns against Airpower. The Joint Air Power Competence Centre. (S. 8)
- 10 Ebd. (S. 18)
- 11 Ebd. (S. 16)
- 12 Holmqvist. 2013. War, 'strategic communication' and the violence of non-recognition. Cambridge Review of International Affairs 26(4), 631-650. (S. 645)
- 13 Corum et al. 2017. Mitigating Disinformation Campaigns against Airpower. The Joint Air Power Competence Centre. (S. 162)
- 14 Der Begriff setzt sich aus den Wörtern law (Gesetz) und warfare (Kriegführung) zusammen, womit suggeriert werden soll, dass die Nato hier auf rechtllichem Weg bekämpft werde.
- 15 Corum et al. 2017. Mitigating Disinformation Campaigns against Airpower. The Joint Air Power Competence Centre. (S. 44)
- 16 Ebd. (S. 45)
- 17 Vgl. International Committee of the Red Cross. 2017. The convention on cluster munitions – a treaty to end decades of civilian suffering. (S. 3 ff.)
- 18 Corum et al. 2017. Mitigating Disinformation Campaigns against Airpower. The Joint Air Power Competence Centre. (S. 181)
- 19 Für eine beispielhafte Analyse der Vereinnahmung von Medien durch das Militär vgl. Bussemer. 2003. Medien als Kriegswaffe – Eine Analyse der der amerikanischen Militärpropaganda im Irakkrieg. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (B 49-50/2003). (S. 20-28)

McKinsey: Milliarden für (Cyber-)Rüstung

Am 30. November 2017 veröffentlichte die Münchner Sicherheitskonferenz eine Studie zum EU-Rüstungssektor, mit deren Anfertigung die Unternehmensberatungsfirma McKinsey beauftragt wurde. Neben Fragen wie der Harmonisierung der staatlichen Rüstungsnachfrage und der Bildung europäischer Rüstungsgrößkonzerne beschäftigt sich das McKinsey-Papier „More European, More Connected and More Capable“ vor allem mit dem Umfang und der Richtung künftiger Rüstungsausgaben. Nassforsch gehen die Forscher dabei davon aus, dass das sog. 2%-Ziel, also dieser Anteil am Bruttoinlandsprodukt, spätestens 2024 von allen EU-Staaten erreicht wird (Deutschland aktuell ca. 1,2%). Damit stünden auf einen Schlag jährlich 116 Mrd. US-Dollar mehr zur Verfügung, die vor allem in Investitionen in Cyber- und Informationstechnik gesteckt werden sollten. Generell sollten Rüstungsinvestitionen von der aktuellen

Zielgröße von 20% der Gesamtausgaben bis 2024 auf Anteil von 30% steigen. In Zahlen würde das bedeuten, dass für Rüstungsinvestitionen jährlich statt 48 Mrd. Dollar dann satte 116 Mrd. Dollar verausgabt würden (es ist fraglich, ob die 20% aktuell erreicht werden, was sich allerdings nicht prüfen lässt, da die EU-Verteidigungsagentur lediglich Zahlen von 2014 bereithält, als es „nur“ 17,8% waren).

Ob diese Werte auch nur ansatzweise erreicht werden, bleibt abzuwarten. Allerdings finden die Grundaussagen der McKinsey-Studie bereits seit einiger Zeit nahezu überall Anklang und auch das aktuelle Papier wurde mit einer überaus wohlwollenden medialen Begleitmusik in die Welt hinausposaunt. Zumindest die Richtung scheint damit vorgegeben, wenn auch über das konkrete Ausmaß womöglich noch gestritten werden könnte. Doch auch das dürfte ausreichen, dass sich die Herren in den

Chefetagen des im Entstehen begriffenen Europäischen Rüstungsindustriellen Komplexes bereits jetzt die Hände reiben. (jw)



2026: (Informations-)Krieg NATO vs. Russland

von Jürgen Wagner

Kontinuierlich betreibt die NATO die Aufrüstung ihrer Ostflanke – nicht zuletzt in Deutschland richtet man sich auf eine dauerhafte Konfrontation mit Russland ein. Drei Aspekte stehen bei dieser Entwicklung derzeit besonders hervor: Einmal die wachsende Rolle, die dem Kampf um den sogenannten Informationsraum seitens der NATO seit einiger zugebilligt wird; zweitens, wie konkret im deutschen Heer Szenarien für einen Krieg mit Russland durchgespielt werden, in denen zudem dem Kampf um den Informationsraum eine zentrale Rolle zugebilligt wird; und schließlich lässt sich drittens feststellen, dass Propagandaschlachten und dergleichen zwar alte Phänomene sind, dass wir es aber heute mit Entwicklungen von grundlegend neuer Qualität zu tun haben. So stellt auch die „Bundesakademie für Sicherheitspolitik“ (BAKS) in ihrem Arbeitspapier „Informationskriege: Eine Herausforderung für die Bundeswehr“ (Nr. 24/2017) nüchtern fest: „Informationen selbst sind zum Angriffsziel und Mittel geworden; der Informationswettbewerb und der Kampf um die Deutungshoheit sind ein entscheidender Faktor in der modernen Kriegsführung geworden.“

1. Kampf um den Informationsraum

Seit dem Auftritt des damaligen Bundespräsidenten Joachim Gauck bei der Münchner Sicherheitskonferenz 2014 will Deutschland seinen Anspruch auf eine Weltmachtrolle insbesondere dadurch verwirklichen, dass mehr militärische „Verantwortung“ übernommen wird. Dementsprechend ließ es sich das Land auch nicht nehmen, eine Führungsrolle bei der gegen Russland gerichteten Aufrüstung der NATO-Ostflanke zu spielen. So übernahm Deutschland unter anderem den Aufbau einer Ultraschnellen NATO-Eingreiftruppe (VJTF) für Einsätze in Russlands Umfeld. Auch beim Beschluss, unter Bruch der NATO-Russland-Akte je ein Bataillon à 1.000 Soldaten in vier osteuropäischen Ländern zu stationieren, kämpft Deutschland buchstäblich an vorderster Front, indem es die in Litauen stationierten Soldaten befiehlt. Auch perspektivisch wird nicht mit einer Entspannung im Verhältnis zu Russland gerechnet, wie wieder die „Bundesakademie für Sicherheitspolitik“ versichert: „Wir sollten uns nicht der Illusion hingeben bzw. den Eindruck aufkommen lassen, dass der derzeitige Konflikt mit Russland von vorübergehender Dauer sei und wir in absehbarer Zeit wieder zur Normalität zurückkehren könnten.“ (BAKS-Arbeitspapier 27, November 2017)

In dieser sich zuspitzenden Auseinandersetzung habe Russland – so zumindest westliche Deutung der Realität – seit 2014 einen aggressiven Informationskrieg vom Zaun gebrochen: „In seinem Krieg gegen den Westen greift Russland auf verschiedene Instrumente zurück. Eine Reihe staatlich kontrollierter Medien (im In- und Ausland) werden zu Propagandazwecken genutzt – mit dem Ziel, das Vertrauen westlicher Gesellschaften in die eigenen Institutionen und politischen Eliten zu untergraben. [...] Moskau greift zunehmend auf Mittel der virtuellen Kriegsführung zurück, sowohl direkt (durch seine

eigenen Geheimdienste) als auch indirekt (durch Unterstützung von Hacker-Netzwerken). [...] In der Konfrontation mit dem Westen bedient sich Russland jener Methoden, die in der Vergangenheit vornehmlich gegen ehemalige Sowjetstaaten („Nahes Ausland“) oder nicht-

westliche Staaten verwendet wurden. Dies trifft insbesondere auf mit massiver Propaganda kombinierte, aggressive Cyberangriffe zu, die auf Einmischung in interne Angelegenheiten und eine Beeinflussung politischer Prozesse abzielen (wie der Fall Lisa in Deutschland oder die Anti-Macron-Kampagne in Frankreich).“ (BAKS-Arbeitspapier Nr. 27/2017)

Vor diesem Hintergrund fassen NATO und Bundeswehr unter den Begriffen „Hybride Kriegsführung“ und „Strategische Kommunikation“ aktuell verschiedene Maßnahmen zusammen, um die angeblich allein von Russland ausgehende „Informationsoffensive“ zu kontern. Allerdings hat diese westliche Lesart der Geschehnisse gleich mehrere Schönheitsfehler: So bedienen sich gerade NATO-Staaten schon lange „hybrider“ Mittel, um in verschiedensten Ländern missliebige Machthaber zu stürzen. Außerdem wurde der Kampf um den Informationsraum schon deutlich vor der jüngsten Eskalation mit Russland weit oben auf die NATO-Agenda gesetzt und zwar primär mit dem Ziel, für ihre Interventionsagenda Zustimmung an der zunehmend bröckelnden Heimatfront zu kreieren: „In militärischen Operationen geringer oder mittlerer Intensität wie KFOR seit 1999 im Kosovo oder ISAF bis 2014 in Afghanistan spielt die Deutung des Konflikts in der Öffentlichkeit eine entscheidende Rolle.“ (BAKS-Arbeitspapier 24/2017)

Allerdings lässt sich andererseits durchaus feststellen, dass dem Themenbereich aufgrund der Eskalation im Verhältnis mit Russland in jüngster Zeit mehr und mehr Bedeutung beigemessen wird. Sichtbarster Ausdruck dessen war 2014 die Gründung eines „NATO-Kompetenzzentrums für Strategische Kommunikation“ in Riga. Bei diesen mittlerweile 24 Kompetenzzentren handelt es sich um die „Speerspitzen“ zur Weiterentwicklung der NATO-Kriegsführung. Ganz frisch ist das neueste Kompetenzzentrum „Abwehr Hybrider Bedrohungen“, das im September 2017 in Finnland seine Arbeit aufnahm. Die Begründung, weshalb dies erforderlich sei, brachte die Deutsche Welle ([3.10.2017](#)) folgendermaßen auf den Punkt: „Die EU und die NATO haben sich verbündet, um in Nordeuropa gegen hybride Bedrohungen zu kämpfen. Denn nicht nur Panzer, sondern auch Tweets können heutzutage zum Kriegsgerät werden.“

2. Bühler-Papier: Rüstung gegen Russland

Als Grundlage für die verschärfte anti-russische Hochrüstung der Bundeswehr dienen aktuell die „Vorläufigen konzeptionellen Vorgaben für das künftige Fähigkeitsprofil der Bundeswehr“, die von der Abteilung Planung im Verteidigungsministerium unter Generalleutnant Erhard Bühler erarbeitet wurden. Das Papier gilt als wichtigste Vorarbeit für die „Konzeption der Bundeswehr“ (KdB), die eigentlich im Sommer 2017 hätte verabschiedet werden sollen, auf Wunsch der Regierung aber verschoben wurde, um nicht zum Wahlkampfgegenstand zu werden. Deshalb ist davon auszugehen, dass die KdB umgehend nach der aktuellen Hängepartie bei der Bildung einer neuen Regierung in Kraft treten dürfte.

Das abgekürzt nach seinem Verfasser als Bühler-Papier benannte und im März 2017 unterzeichnete Dokument ist zwar nicht-öffentlich, wurde allerdings ausführlich in zwei Ausgaben der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (FAZ) behandelt. Demzufolge solle die Interventionsfähigkeit im Ausland aufrechterhalten werden, aber daneben müsse sich die Bundeswehr auch wieder für große Landkriege rüsten. Ursache hierfür sei „die zunehmende Konfrontation mit Russland.“ (FAZ, 6.4.2017) Gemäß den konzeptionellen Vorgaben soll die Bundeswehr künftig drei schwere Divisionen in die NATO einbringen und ins Gefecht führen können. Die FAZ (19.4.2017) schreibt: „Bis 2026 soll eine erste Division die volle Einsatzfähigkeit erreicht haben. Das würde bedeuten, dass knapp 20 000 Soldaten in drei gepanzerten Brigaden inklusive Divisions- und Brigadetruppen in den Kampf geschickt werden können. Dazu ist die Bundeswehr derzeit nicht in der Lage. [...] Ende 2031 sollen auch die beiden anderen Divisionen voll ausgestattet und nach einer Vorlaufzeit von etwa drei Monaten einsatzbereit sein.“

Hierfür sollen die Teilstreitkräfte massiv aufgerüstet werden. Konkret für das Heer bedeutet das unter anderem, dass laut Bühler-Papier höhere Stückzahlen des Schützenpanzers Puma beschafft werden müssten. Auch was den Schützenpanzer Boxer anbelange, sei eine Verdreifachung von aktuell bereits beschafften und bestellten 330 Stück auf dann etwa 1000 erforderlich. Vor allem soll aber die Artillerie massiv aufgestockt werden: „Den größten Zuwachs verzeichnet gemäß den Planungen die Artillerie. Nach dem Kalten Krieg wurde sie von knapp 40 auf drei Bataillone zusammengestrichen. Für Einsätze wie in Afghanistan spielten Geschütze, die Munition über Dutzende Kilometer weit verschießen können, keine große Rolle mehr. Durch die zunehmende Konfrontation mit Russland hat sich das wieder geändert. Künftig soll es 14 Artilleriebataillone geben.“ (FAZ, 6.4.2017) Kurz und bündig wird die klar anti-russische Stoßrichtung der Rüstungsvorhaben schließlich folgendermaßen zusammengefasst: „Damit würden die Divisionen wieder die klassische Struktur aus der Zeit vor 1990 einnehmen.“ (FAZ, 19.4.2017)

3. NATO-Russland: (Info-)Krieg 2026

Angesichts des im Bühler-Papier genannten Datums, 2026 die erste schwere Division für einen Krieg gegen Russland in die NATO einspeisen zu wollen, werden die Inhalte des genau für diesen Zeitpunkt planenden Thesenpapiers „Wie kämpfen die Landstreitkräfte künftig?“ umso gruseliger. Herausgegeben wurde es vom Kommando Heer und verfasst von einem Team unter Leitung von Generalleutnant Frank Leidenberger. Erschienen ist das Thesenpapier, in dem detailliert ein Landkrieg gegen Russland unter den „Rahmenbedingungen des Informationszeitalters“ durchgespielt wird, bereits im Sommer, im Internet zugänglich ist es aber erst seit Ende September 2017.



Der Kampf um den Informationsraum aus Sicht des Heeres.

Quelle: „Wie kämpfen die Landstreitkräfte künftig?“

In dem Dokument geht es darum, ein „Zielbild Landstreitkräfte (LaSK) 2026“ auszuarbeiten, das sich prägend auf die künftige Struktur und Bewaffnung des Heeres auswirken soll: „Die in diesem Papier dargelegten Ideen und Anforderungen werden in einem Operationskonzept vertieft und dann konsequenterweise in neuen Strukturen münden. [...] Das zukünftige Operationskonzept soll dabei die quantitativen und qualitativen Forderungen des Fähigkeitsprofils der Bundeswehr – abgeleitet aus den akzeptierten NATO Planungszielen und den nationalen Aufgaben – mit den hier dargestellten Ideen verknüpfen. Es wird so zum gedanklichen Kernelement der zukünftigen Entwicklung der Landstreitkräfte.“

Der zunehmenden Bedeutung des Informationsraums – sowohl für die Auseinandersetzung auf dem Gefechtsfeld selbst wie auch an der Heimatfront – wird unter anderem folgendermaßen Rechnung getragen: „Jede Präsenz und Aktion von LaSK auf einem zukünftig ‚gläsernen‘ Gefechtsfeld oder Einsatzraum erzeugt reaktiv einen Effekt im Informationsraum, der ‚Kampf‘ um/mit Informationen muss zwingend – und schnell im Sinne einer ‚Golden Hour‘ – geführt werden. [...] Das Gefechtsfeld wird transparenter und komplexer, sowohl im Sinne von verbesserten Aufklärungsfähigkeiten aller Seiten, als auch hinsichtlich der Verbreitung von Meldungen/Nachrichten/Gerüchten quasi weltweit, in alle gesellschaftlichen Bereiche und in die eigene Truppe hinein. Das Gefechtsfeld wird durch die Zusammentreffen von verbesserter Aufklärung, schnelleren Entscheidungs- und Bekämpfungszyklen aufgrund taktischer NetOpFü und zielgenauerer und verbesserter Wirkmittel letaler, selbst für gut geschützte Kräfte. [...] Taktische Cyber-Kräfte unterstützen offensiv und defensiv den Einsatz von Landstreitkräften und [...] ermöglichen auch [...] den Angriff auf gegnerische Systeme und die offensive Beeinflussung von Entwicklungen im Informationsraum.“

Beschrieben wird daraufhin, wie aus Sicht des Heeres ein künftiger (Informations-)Krieg gegen Russland ablaufen könnte. Es beginnt mit dem Auflaufen der von Deutschland aufgebauten Ultraschnellen Eingreiftruppe, was aber nicht die erhoffte abschreckende Wirkung erzeugt: „Der Beschluss zur

Aktivierung und Verlegung der VJTF (stand by), bestehend im Kern aus dem DEU Einsatzdispositiv (EDP), wurde aufgrund einer überraschenden Lageentwicklung notwendig. [...] Dennoch kommt es nach einer Phase von Desinformation, separatistischen Aktivitäten, lokalen Angriffen von Separatisten und verdeckt operierenden Special Operation Forces zum Angriff der gegnerischen Hauptkräfte.“

Als Reaktion auf diesen russischen Angriff startet die NATO daraufhin ihrerseits eine Offensive – auf dem Gefechtsfeld stellt sich das dann wie folgt dar: „Zur Vorbereitung des Gegenangriffs befiehlt der BrigKdr das Auslösen des langfristig vorbereiteten Lähmens des gegnerischen FüInfoSys, um den gegnerischen Entscheidungsprozess zu verlangsamen. Parallel werden in offenen Quellen (soziale Netzwerke, Messenger Services, Nachrichtenkommentare etc.), eine Vielzahl von Meldungen platziert, die auf ein Ausweichen der NATO-Kräfte hindeuten und so die eigene Absicht verschleiern helfen.“

Doch, wie bereits mehrfach erwähnt, soll der (Informations-) Krieg nicht allein auf dem Gefechtsfeld, sondern auch an der Heimatfront ausgefochten werden: „Nachdem sich der Erfolg des Gegenangriffs abzeichnet, befiehlt der BrigKdr eine offensive und mehrsprachige Informationskampagne, die durch Bilder, Text, Videos etc. die Erfolge der NATO-Truppen herausstreicht und zeigt, dass Kollateralschäden vermieden werden, aber auch eigene Verluste nicht verschweigt. Zeitgleich werden ausgesuchte Angehörige des Gegners und deren Angehörige adressiert. Durch diese zeitnahe ehrliche und offene Berichterstattung wird gegnerischer Propaganda entgegengewirkt, die öffentliche Meinung sowohl in den NATO-Staaten als auch beim Gegner beeinflusst und die Informationshoheit umstritten oder gewonnen.“

Deutlicher ist wohl nach dem Ende der Blockkonfrontation noch nie ein Krieg mit Russland öffentlich einsehbar durchgespielt worden. Bemerkenswert daran ist, dass das Heereskommando der Veröffentlichung im Internet explizit zugestimmt hat, es also interessiert daran zu sein scheint, dass seine Kriegsthesen bekannt werden. Lange war dies nicht sonderlich erfolgreich, die Medien ließen das spektakuläre Thesenpapier links liegen. Nun haben die Bemühungen allerdings Früchte getragen – und wohl genau in der vom Heereskommando intendierten Art und Weise. Denn der Spiegel (Nr. 48/2017) nutzte das Thesenpapier nun als Aufhänger, um pflichtschuldig auf den angeblich immensen Rüstungsbedarf der Streitkräfte hinzuweisen: „Leidenberger räumt in seinem Papier selbst ein, dass die Truppe ‚erst in Jahren‘ so weit sein werde.“

Dies nutzt das Blatt als Steilvorlage, um Werbung für einen zweiten Bericht im Auftrag der Münchner Sicherheitskonferenz zu machen, in dem eine EU-Rüstungsinitiative gefordert wird, die einen Schwerpunkt auf den Informationsbereich legen müsse: „120 bis 140 Milliarden Dollar würde es kosten, die europäischen Streitkräfte zu modernisieren. Bisherige Systeme könnten von dem Geld digitalisiert, mit Sensorik ausgestattet und vernetzt werden. Ein großer Teil des Geldes würde dann nicht mehr in Hard-, sondern in Software fließen.“

4. Infokrieg: Zäsur oder Kontinuität?

Abschließend drängt sich noch die Frage auf, ob es sich hier nicht um einen alten Hut handelt – Propaganda, Täuschungen und dergleichen gibt es schließlich schon seit Ewigkeiten. In dieser Hinsicht dürfte die „Bundesakademie für Sicherheitspolitik“ aber recht haben, wenn sie mit Blick auf die aktuellen Entwicklungen von einer „Zäsur“ spricht. Ein wesentlicher

Grund dafür liegt darin, dass die NATO in einem permanenten Informationskrieg mit Russland eingetreten ist, der zeitlich wie räumlich weit vor der Schwelle „klassischer“ Kriege ausgetragen wird: „Klassischerweise wird zwischen Friedens- und Kriegszeiten unterschieden – eine Grenze, die im Zeitalter des Informationskriegs zu verschwimmen droht. Doch bereits vor dem Ausbruch eines hochintensiven Konflikts stellt sich die Frage, wie dieser von einem gegnerischen Akteur im Cyber- und Informationsraum vorbereitet wird und welche Vorkehrungen dafür getroffen werden. [...] Betrachtet man Kriege durch diese theoretische Brille, so beobachten wir, dass die Bevölkerung, oftmals auch nur Minderheiten oder einzelne Bevölkerungsteile, in die Informationskriege einbezogen und zum Ziel gemacht werden, indem sie einer kontinuierlichen Propaganda ausgesetzt ist. Dies geschieht lange bevor ein bewaffneter Konflikt ausbricht und Streitkräfte überhaupt involviert sind.“ (BAKS-Arbeitspapier 24/2017)

Als zweiter prägender Faktor kommt hinzu, dass es die Digitalisierung ermöglicht, auf viel direktere Weise nicht nur im Gefechtsfeld, sondern insbesondere auch im Feindesland mit der Bevölkerung in Kontakt zu treten: „Vom Mittelalter bis heute werden Bevölkerungen und gegnerische Soldaten mittels psychologischer Kriegsführung und somit mittels Informationen beeinflusst. Die Möglichkeiten, die der psychologischen Kriegsführung mit der heutigen Technik gegeben sind, stellt in ihrer Subversion und in ihrer Dimension jedoch eine Zäsur dar. [...] Neu ist beispielsweise die technologische Seite, das digitale Informationsumfeld, das Menschen miteinander in einem riesigen globalen Netzwerk verbindet und grenzenlosen Austausch so einfach gemacht hat wie nie zuvor in der Geschichte der Menschheit. [...] Im selben Maße wird auch die Exponierung der Bevölkerung gegenüber digitaler Propaganda, *hate speech* oder Verschwörungstheorien zunehmen.“ (ebd.)

Und genau diese „Exponierung der Bevölkerung“ will sich die BAKS schließlich drittens zunutze machen, um den Informationskrieg direkt im russischen Feindesland zu führen: „Wichtiger Bestandteil unserer Maßnahmen gegen Russland sollte das verstärkte Einbinden der russischen Zivilgesellschaft sein, sowohl in Russland selbst als auch im Ausland (unter anderem der russischen Diaspora), zum Beispiel durch die Förderung von unabhängigen Initiativen in den Medien, der politischen Debatte, des gesellschaftlichen Handelns etc. Obgleich sie keinen direkten Versuch darstellen, einen Regimewechsel in Russland herbeizuführen, könnten derartige Bestrebungen langfristig zur Entstehung alternativer politischer Eliten in Russland beitragen. Auch wenn dies aufgrund des rigorosen Vorgehens des Kremls gegen die politische Opposition, Zivilgesellschaft, Nichtregierungsorganisationen und unabhängigen Medien Russlands immer schwieriger wird, sollte deren Umsetzung mittels kreativer technologischer und rechtlicher Lösungen angestrebt werden, wie zum Beispiel Fördermittel, Netzwerkarbeit, Satellitenfernsehen, soziale Medien, Internetportale und das Umgehen von VPN-Sperren.“ (BAKS-Arbeitspapier 27/2017)



Am 18. und 19. November veranstaltete die Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. ihren Jahreskongress zum Thema „Krieg im Informationsraum“. Dieser Beitrag basiert auf einem der dort gehaltenen Vorträge.

Krieg im Informationsraum

Bericht vom IMI-Kongress 2017

von IMI

Dass sich der jährliche Kongress der Informationsstelle Militarisation (IMI e.V.) im November 2017 dem „Krieg im Informationsraum“ widmete, hatte verschiedene Gründe. Der augenfälligste Anlass dürfte die Aufstellung des Kommandos Cyber- und Informationsraum Mitte 2017 gewesen sein. Dem zugehörigen Organisationsbereich mit gut 13.000 Dienststellen steht ein eigener Inspekteur vor, womit er den Teilstreitkräften Heer, Marine und Luftwaffe nahezu gleichgestellt ist. Darüber hinaus zeigte sich auch in der praktischen Arbeit der IMI in den letzten Jahren verstärkt, dass gerade in der internationalen Politik und in Konflikten wie in der Ukraine und Syrien mit vielfältigen, oft manipulierten Nachrichten oder Informationen umzugehen ist. Spekulationen über die Urheber und Motive von Cyberattacken und Leaks sind Teil der Geopolitik und der verschärften Spannungen zwischen den USA und Russland geworden. Immer deutlicher zeigen sie ihr Potential, auch zu handfesten militärischen Konflikten zu eskalieren. Augenscheinlich wurden auch viele Menschen von diesen Themen angesprochen, in der Spitze fanden bis zu 140 Zuhörer*innen den Weg ins Tübinger Schlatterhaus.

Die Ausrufung des Informationskriegs...

Ein weiterer Anlass für die Themenwahl war ein wenig beachtetes Dokument, welches das Europäische Parlament (EP) im November 2016 verabschiedet hatte und das einleitend vorgestellt wurde. Darin wird die Behauptung aufgestellt, dass sowohl der Islamische Staat wie auch Russland einen „Informationskrieg“ gegen die Europäische Union führen würden und dass dieser Teil einer hybriden Kriegführung wäre, „die dazu dient, die politische, wirtschaftliche und soziale Lage von im Fokus stehenden Ländern zu destabilisieren, ohne ihnen formell den Krieg zu erklären.“ Das EP fordert mit Nachdruck auf, diesen „Informationskrieg“ anzuerkennen und Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Diese reichen von der Finanzierung von Maßnahmen, um im russischen Informationsraum „unabhängige Medienunternehmen, Denkfabriken und nichtstaatliche Organisationen insbesondere in der Muttersprache der Zielgruppe“ zu unterstützen, bis hin zur verstärkten Mobilisierung der Geheimdienste und der Strafverfolgungsbehörden gegen die Quellen „europafeindliche[r] Propaganda“ innerhalb der EU. Sowohl bei der Beobachtung „feindliche[r] Informationsmaßnahmen“ und damit zusammenhängender Finanzströme, als auch bei der Erarbeitung von Fähigkeiten, diese zu unterbinden, sei eine enge und kontinuierliche Zusammenarbeit mit der NATO anzustreben.

Die drei anschließenden Vorträge griffen Beispiele bereits jetzt bestehender Schieflagen in der Berichterstattung durch klassische und „neue“ Medien auf. *Christopher Schwitanski* zeigte zunächst anhand einer Netzwerkanalyse von Uwe Krüger, dass führende Journalisten und Redakteure sog. Leitmedien, insbesondere der Süddeutschen Zeitung, der Welt, der Frankfurter Allgemeinen Zeitung und der Zeit eng mit NATO-eigenen oder Nato-nahen Thinktanks vernetzt sind und sich hieraus eine

wohlwollende Berichterstattung zugunsten des transatlantischen Bündnisses teilweise erkläre. In der anschließenden Diskussion wurde ergänzt, dass sich viele Medienschaffende selbst als politische Akteure verstehen und dabei eher der Elite zugehörig fühlen und deren Standpunkte

vertreten würden. Außerdem wurde darauf hingewiesen, dass viele Nachrichten nicht auf eigener Recherche vor Ort, sondern auf Meldungen einer sehr überschaubaren Zahl von Agenturen beruhe, was einer genaueren Betrachtung hinsichtlich dadurch entstehender Schieflagen wert wäre.

Joachim Guillard verglich daraufhin die Berichterstattung über die Kämpfe um die Stadt Mossul einerseits und Aleppo andererseits. Obwohl die Stadt Mossul viel umfangreicher zerstört worden und bis heute ein Großteil der Flüchtlinge nicht zurückgekehrt sei, hätten zivile Opfer und sonstige Folgen der Luftangriffe in der Berichterstattung keine große Rolle gespielt. Die schrittweise Einnahme der Stadt durch Verbündete Deutschlands und der USA sei vielmehr mit Begriffen wie „Fortschritt“ oder „Erfolg“ konnotiert worden und Bilder siegreicher, vordringender Bodentruppen hätten dominiert. Ganz anders sei hingegen die kurz zuvor begonnene Rückeroberung Aleppos durch die syrische Armee und deren Verbündete dargestellt worden. Dass sich die Offensive nur auf den Ostteil der Stadt beschränkte, sei zum Beispiel häufig untergegangen. Im Mittelpunkt standen hier Berichte über zivile Opfer, häufig von Bildern unterfüttert, die von Organisationen wie den White Helmets geliefert wurden, die gemeinsame Sache mit den Islamisten machten. Diese radikal-islamistischen und tw. Al-Kaida-nahen Kräfte seien beispielsweise vom Spiegel als „Aleppos letzte Hoffnung“ bezeichnet worden.

Jacqueline Andres stellte anschließend eine Studie der NATO zu „sozialen Medien als Instrument der hybriden Kriegführung“ vor. Darin würden vorrangig Beispiele der Aktivitäten Russlands, seiner Verbündeten und des Islamischen Staates in sozialen Medien beschrieben. So sei es der Syrian Electronic Army gelungen, in den Twitter-Account der Associated Press einzudringen und dort eine Meldung zu veröffentlichen, nach der US-Präsident Obama bei zwei Explosionen im Weißen Haus verletzt worden sei. Obwohl die Falschmeldung schnell entlarvt wurde, gab es an der US-Börse daraufhin einen rapiden Kursverfall und Milliarden Verluste. Über vergleichbare eigene Maßnahmen berichte die NATO deutlich weniger, allerdings enthalte die Studie Angaben, die NATO habe soziale Medien auch als Quelle für die Zielortung genutzt, so seien etwa im Libyenkrieg Informationen über Truppenbewegungen von vor Ort an die NATO übermittelt worden. Abschließend wurde anhand der zwei aus verschiedenen Kontexten entstandenen Kampagnen zivilgesellschaftlicher Gruppen, „Kony 2012“ und „#BringBackOurGirls“ beschrieben, wie – vermeintlich für die Betroffenen vor Ort sprechend – Zustimmung für die umfangreiche Stationierung US-amerikanischer Truppen auf dem afrikanischen Kontinent generiert wurde.

...die Geheimdienste...

Claudia Haydt sprach anschließend über Leaks und Whistleblowing als Instrumente der Geopolitik und beschrieb zunächst die Schwierigkeit, hier auf der Grundlage gesicherter Fakten zu sprechen. Sowohl Quelle, Echtheit des Materi-



als, Wahrheitsgehalt und tatsächliche Zielgruppe seien meist unklar. Sie nannte deshalb v.a. Beispiele aus Südkorea, wo die Einflussnahme der Geheimdienste auf innenpolitische Auseinandersetzungen mittlerweile gut aufgearbeitet sei. Diese hätten im Wahlkampf 2012 mit gefälschten Leaks über Twitter und Facebook den Gegnern der konservativen Präsidentin Park die Zusammenarbeit mit Nordkorea vorgeworfen. Aufgedeckt wurde dieser Skandal u.a. von einer kleinen linken Partei, der UPP. Dieser sei daraufhin ihrerseits eine „Verschwörung zum gewalttätigen Angriff auf den südkoreanischen Staat“ vorgeworfen worden, der mit vermeintlichen Leaks untermauert worden sei. Es folgten ein Parteienverbot und die Inhaftierung führender Mitglieder. Auf der anderen Seite seien Informationen über den Ausbau einer US-Basis in Südkorea über eine US-amerikanische Plattform veröffentlicht worden, was zu massiven Protesten führte. In die internationale Öffentlichkeit hätten diese Auseinandersetzungen es kaum geschafft, dafür habe sich diese zugleich intensiv mit dem sog. Sony-Hack beschäftigt, bei dem angeblich die Produktionsfirma eines Films in den USA gehackt wurde, der den nordkoreanischen Machthaber lächerlich machte. Haydt stellte anhand dieses Beispiels die Frage, ob man nicht viele Themen und Nachrichten auch als (bewusst oder unbewusst erzeugtes) „Rauschen“ verstehen müsste, in dem relevantere Nachrichten, wie der Konflikt um den Ausbau von US-Militärbasen in Südkorea, untergehen.

Anschließend stellte *Moritz Tremmel* verschiedenen Aktivitäten der westlichen Geheimdienste v.a. auf der Grundlage der Snowden-Leaks vor. Einerseits gäbe es bei westlichen Geheimdiensten die Mentalität „alles zu sammeln“, also sämtliche Kommunikation zu verfolgen und möglichst lange zu speichern. Hierzu würden einerseits Kommunikationsdienstleister wie Microsoft, Google, Yahoo etc. zur Offenlegung der Daten ihrer Nutzer*innen angehalten bzw. gezwungen. Andererseits würden zentrale Knotenpunkte weltweiter Kommunikation, wie etwa in Frankfurt, abgehört. Da es vielen Geheimdiensten untersagt sei, Daten über die „eigenen“ Bürger*innen selbst zu sammeln, würden diese Daten meist über die Kooperation der Dienste gewonnen und gegenseitig ergänzt. Selbst wenn diese Überwachung meist auf die Metadaten (Absender, Adressat, Zeit, Dauer, usw.) fokussiert und nicht die Inhalte der Kommunikation umfasst, sei dies nicht zu unterschätzen, da Metadaten viel besser automatisiert auszuwerten seien und auch diese zumindest in einigen Teilen der Welt Grundlage für Tötungsentscheidungen werden könnten. Neben dieser anlass- und verdachtsunabhängigen Massenüberwachung existiere noch das gezielte Hacking, bei dem sich Geheimdienste Sicherheits-

lücken zunutze machen, um in die Systeme von Gegner*innen einzudringen und dort u.a. nach belastendem oder diskreditierendem Material zu suchen. Während man sich gegen die Massenüberwachung mit Verschlüsselung recht einfach zur Wehr setzen könnte, erfordere das gezielte Hacking einen äußerst professionellen Umgang mit IT-Systemen und sei nie vollständig auszuschließen.

... und der NATO.

Ein weiterer Programmpunkt setzte sich mit der Perspektive der NATO auf den Informationsraum auseinander. Hierzu

wurde von *Sven Wachowiak* ein Strategiedokument aus dem Jahr 2007 vorgestellt, in dem führende Militärs im Bündnis bereits davor gewarnt hatten, dass die Mitgliedsstaaten die Kontrolle der Informationsflüsse und die Hoheit bei der Gestaltung der öffentlichen Meinung zu verlieren drohten. Durch eine eigene Informationsstrategie bzw. Informationsoperationen sei es nötig, „das Ruder wieder zu übernehmen“, um der Weltöffentlichkeit klar zu machen, dass es sich bei der NATO um „eine Macht des Guten“ handele, für die es zentral sei, nach einem Ereignis „auf den Bildschirmen präsent zu sein, bevor es der Gegner ist“.

Hieran knüpfte *Jürgen Wagner* mit Strategiedokumenten jüngeren Datums an, in denen ganz klar von „Informationen als Waffe“ die Rede ist. So habe eine eigene Konferenz stattgefunden, wie mit „Informationskampagnen“ gegen Luftkriegführung umzugehen sei. Als wichtiger Akteur werde dabei eine sog. „Lawfare-Bewegung“ ausgemacht, die den Einsatz bestimmter Waffen verbieten will und angeblich von Russland unterstützt werde, weil dieses die Überlegenheit der NATO-Luftwaffen fürchte. Auch terroristische Gruppen versuchten, Luftangriffe zu verunglimpfen, indem sie behaupteten, dass Luftangriffe viele Zivilisten töten würden. Als dritter Akteur wurden NGOs ausgemacht, von denen einige dazu tendierten, „jeglichen Einsatz von Gewalt negativ darzustellen“. Diese Konstellation sei kürzlich auch bei einer gemeinsamen Übung von EU und NATO mit dem Kürzel PACE durchgespielt worden, bei der simuliert wurde, dass die zunehmende Präsenz der jeweiligen Seestreitkräfte im Mittelmeer wachsender Kritik und Cyberangriffen ausgesetzt wären. Akteure waren hier eine an Russland angelehnte Nation namens Froterre, ein terroristischer Pseudostaat namens NEXTA und die von Froterre unterstützte Antiglobalisierungsgruppe AGG, die auf sozialen Medien gegen die NATO gehetzt und regelmäßig „Krawalle im Gewand von Demonstrationen“ vorbereitet habe. Über die Gegenmaßnahmen von NATO und EU gebe das entsprechende Szenario wenig Aufschluss, nach Angaben der Bundesregierung seien jedoch einzelne Informationsmaßnahmen der Gegner als Bündnisfall nach Artikel fünf des NATO-Vertrages behandelt worden.

(Un-)Sagbarkeit von Widersprüchen

Den Samstag beendete der Bildende Künstler *Franz Wanner* mit einem videografischen Vortrag, der Ausschnitte seiner Filme einbezog. Wanner hatte sich mit mehreren Rüstungsunternehmen und militärischen Forschungseinrichtungen auseinandergesetzt und war nach eigenen Angaben dabei

sehr schnell „an Grenzen gestoßen“, solange er sich „an herkömmliche Quellen gehalten“ hatte. Am Beispiel des Ludwig Bölkow Campus in Ottobrunn bei München zeigte er, wie die nationalsozialistische Geschichte und der militärische Charakter des Ortes verschleiert werden. Während der Campus öffentlich damit werbe, Studiengänge für „grüne Luftfahrt“ anzubieten, die in Wirklichkeit nicht existierten, würden hier u.a. Bundeswehripilot*innen ausgebildet und an militärischen Drohnen geforscht. Grundsätzlich gehe er der Frage nach, wie es gelinge, „sich als Gesellschaft selbst als friedfertige Demokratie zu erleben und gleichzeitig einen ganz expansiven Militarismus zu betreiben, der sehr viele Felder betrifft.“ In diesem Zusammenhang verwies er darauf, dass NATO und Bundeswehr bereits seit Jahren versuchten, eine „Battle Management Language“ zu entwickeln, eine Sprache für Mensch-Maschine Systeme, die keine Mehrdeutigkeiten und keine Widersprüche erlaube bzw. kenne.

Cyberwar...

Der Sonntag widmete sich zunächst im engeren Sinne der militärischen Sicht auf Cyberkrieg und Kommunikationstechnik. *Hans-Jörg Kreowski*, emeritierter Professor für theoretische Informatik, gab zunächst einige Beispiele für erfolgreiche Cyberattacken, etwa im Kontext des Georgienkrieges oder Stuxnet, der iranische Gaszentrifugen manipulierte. In diesen Fällen legt der konkrete Kontext eine Urheberschaft – einmal Russlands, einmal der USA – nahe; grundsätzlich ließe sich diese jedoch kaum eindeutig nachweisen. Der Cyberwar bzw. die Vorbereitung hierauf setze voraus und beinhalte, dass mit viel Geld Sicherheitslücken aufrechterhalten und gehandelt werden. Die Folgen reichten von Unbequemlichkeiten etwa durch Verschlüsselungstrojaner auf Privatrechnern bis hin zu Angriffen „in dramatischem Umfang“ und mit enormen Ausmaßen, auch hinsichtlich „der Vernichtung von Menschenleben“. Die hierfür notwendigen Fähigkeiten müssten entwickelt werden und prägten bereits teilweise das Fach Informatik. „Die ganze Welt rüstet gigantisch auf“, so Kreowski. Demgegenüber warb er für das Konzept des „Cyberpeace“. Voraussetzung hierfür wäre, dass die Fähigkeiten und Ressourcen, die aktuell in die Vorbereitung des Cyberkriegs fließen, für die Beseitigung von Sicherheitslücken aufgebracht würden. Das würde sowohl Gesellschaften und kritische Infrastrukturen wie auch private Anwender*innen vor militärischen, staatlichen und kriminellen Angriffen schützen. Abschließend ging Kreowski auf die Begriffsgeschichte ein. Spionage und Propaganda habe es immer gegeben, im Zweiten Weltkrieg hätte das Ver- und Entschlüsseln elektronisch übermittelter Daten an Bedeutung gewonnen und die Grundlage heutiger Geheimdienste gelegt. Die Absicherung von und Angriffe auf militärische Führungssysteme wären bis in die 1990er Jahre unter der Bezeichnung „Informationskrieg“ und dann als „Cyberkrieg“ bezeichnet worden. Heute kehre der Begriff des Informationskrieges zurück und meine neben der Absicherung militärischer Kommunikation zunehmend auch Aktivitäten, die auf die Beeinflussung der öffentlichen Meinung zielen.

... und militärische Landschaften.

Hieran anschließend stellte *Christoph Marischka* v.a. anhand historischer Beispiele und mit einem räumlichen Ansatz die Kommunikationsinfrastruktur von Bundeswehr und NATO vor. Dabei zeige sich, dass diese bereits in der Vergangen-

heit einen hybriden Charakter aufgewiesen habe, indem sie öffentliche Infrastruktur, wie Kabel und Richtfunkstrecken der Bundespost genutzt und durch zusätzliche eigene Richtfunkstrecken ergänzt habe. Außerdem sei auch der Strategiewechsel von NATO und Bundeswehr an der Infrastruktur der Kommunikation erkennbar. So sei das Führungssystem der Luftwaffe früher deutlich defensiver ausgerichtet gewesen und habe darauf abgezielt, eindringende Flugzeuge von Osten zu erkennen und von im Westen Deutschlands gelegenen Kommandozentralen Gegenmaßnahmen einzuleiten. Heute würde versucht, die Führungssysteme der verschiedenen Teilstreitkräfte und NATO-Mitgliedsstaaten zu vereinheitlichen und diese über Satelliten aus der Ferne zu koordinieren. Auch in diese offensive Kommunikationsstruktur seien privatwirtschaftliche Unternehmen wie Airbus und das Deutsche Zentrum Luft- und Raumfahrt (DLR), das sich gerne einen zivilen Anstrich gibt, eingebunden.

Andreas Seifert stellte sich daraufhin der Frage: „Wer verdient eigentlich am Cyberkrieg?“ und fokussierte sich dabei auf eher kleinere und unbekanntere Firmen. Hierzu stellte er zunächst den Branchenverband AFCEA vor. In Deutschland präsentiere sich dieser als „Anwenderforum für Fernmeldetechnik, Computer, Elektronik und Automatisierung“, eigentlich stehe die Abkürzung jedoch für „Armed Forces Communications and Electronics Association“. Viele der beteiligten Unternehmen befänden sich neben dem Großraum München in Köln und Bonn. AFCEA veranstalte pro Jahr 20 bis 30 Messen, Konferenzen und Fachforen, an denen sich Menschen aus dem Militär, der Politik, der Forschung und der Wirtschaft beteiligen. Kürzlich etwa habe ein solches Forum unter dem Titel „Automatisierte Meinungsbeeinflussung – Manipulation in offenen Medien“ stattgefunden. Vorgetragen hätten u.a. ein Vertreter des Verfassungsschutzes zu Social Engineering und ein Soldat des Zentrums für Operative Kommunikation zum Thema „Bundeswehr und Katzenvideos – Social Media als militärisches Wirkmittel“. Tatsächlich seien bei AFCEA neben den Produzenten von Hardware und eingebetteten Systemen auch Firmen vertreten, die kleinteilige Dienstleistungen im Bereich der Prüfung, des Managements und der Kommunikation für die Bundeswehr erbringen, wie Seifert an vielen Beispielen veranschaulichte. Am Beispiel der Drohne Eurohawk und eines mit DLR und Airbus durch Satelliten erstellten Höhenmodells der Erde wurde jedoch auch auf IT-Großprojekte eingegangen, mit denen Unternehmen auf einen Schlag hunderte Millionen Euro verdienten. Bei einer drastischen Erhöhung des Rüstungsetats sei v.a. auch davon auszugehen, dass viel Geld in die Ausbildung und zusätzliches Personal fließen dürfte. Dies bedeute angesichts der Suche nach neuen Formen der Rekrutierung und des angestrebten „atmenden Personalkörpers“ eben auch die engere Zusammenarbeit mit teilweise kleinen Unternehmen, die besser – und verstärkt auch personell – einbezogen werden sollten.

Spontan wurde das letzte Panel durch einen Beitrag von *Emanuel Matondo* erweitert, der die Folgen des Exports von Überwachungstechnologie aus Deutschland nach Angola sehr persönlich veranschaulichte. Seit 2005 habe die angolansische Regierung die zunehmenden Aktivitäten von Zivilgesellschaft, Opposition und Journalist*innen zunehmend mit Sorge betrachtet. 2008 sei dann die technische Infrastruktur des Militärgeheimdienstes spürbar ausgebaut worden und es sei immer wieder die Rede von deutschen Ingenieur*innen gewesen, die Installationen und Schulungen in Angola durchführten. Seit dieser Zeit würde auch der Mobilfunk im Umfeld des Präsi-

denten gestört, was die Bevölkerung frustrierte. Mittlerweile werde davon ausgegangen, dass Siemens / Nokia Networks und Rohde & Schwarz aus München führend am Ausbau des Überwachungsapparates in Angola beteiligt seien. Die Menschen in Angola wären spürbar eingeschüchtert, gingen seither bei Telefonaten davon aus, abgehört zu werden, und fühlten sich auch bei ihren Aktivitäten in sozialen Netzen eingeschränkt.

Widerstand und Gegenöffentlichkeiten

Zum Abschlusspodium „Widerstand im Zeitalter von Cyberwar und Strategischer Kommunikation“ waren Personen geladen, die im weiteren Sinne als Medienschaffende zu bezeichnen wären. *Anna Hunger*, von der Wochenzeitung „Kontext“, beschrieb die eher klassische journalistische Arbeit in einer Redaktion, die allerdings klein ist und somit den engen persönlichen Austausch innerhalb der Redaktion ermögliche. Auch aus finanziellen Gründen habe diese keine Agenturen abonniert und suche sich ihre Themen deshalb neben der sonstigen Presse auch durch Anrufe und Schreiben von Leser*innen aus, denen dann nachgegangen werde.

Judith Lauterbach, vom freien Radio Wüste Welle, sah den Unterschied zu herkömmlichen Medien darin, dass in den Sendungen des freien Radios unmittelbar betroffene und aktive Menschen zu Wort kämen. Dadurch sei die Berichterstattung vielleicht einseitig bzw. partiisch, aber auch authentisch und glaubwürdig. Auf sog. „soziale Medien“ sei zumindest sie dadurch gar nicht angewiesen und damit auch nicht so stark gefährdet, Falschmeldungen aufzusitzen. Freie Radios seien ein „Mitmach-Medium“ und damit Teil einer Demokratisierung der Öffentlichkeit.

Tobias Pflüger als IMI-Vorstandsmitglied, Aktivist und Bundestagsabgeordneter bezeichnete gründliche Recherche als Voraussetzung politischer Arbeit, die eben häufig in der Aufbereitung von Informationen bestehe. Es sei auch immer wichtig, sich Standorte und Firmen vor Ort anzusehen. Andererseits müsse man auch als Informationsquelle damit rechnen, von Medien instrumentalisiert zu werden und sich genau überlegen, wem man z.B. Interviews gibt.

Dass man auch kreativ mit Informationen umgehen kann, zeigte anschließend ein Aktivist auf, der über *Adbusting* sprach. Dabei werden Werbeplakate manipuliert, um ihre ursprüngliche Nachricht umzukehren oder zu pervertieren. Die Bundeswehr sei hierfür ein sehr dankbarer Kooperationspartner, sobald sie an die Öffentlichkeit gehe. Sie operiere mit sehr einfachen Slogans auf der Grundlage positiv besetzter Begriffe wie „verteidigen“. Würden diese mit negativ konnotierten Begriffen wie „Ausbeutung“ kontrastiert, wäre das zwar eine Verfälschung der eigentlichen Nachricht, die der Wirklichkeit aber vielleicht sogar näher kommt. Als Quelle seien die Aktivist*innen auf alternative Medien angewiesen und das Adbusting könne diese auch nicht ersetzen, da es auf sehr kurze, prägnante Aussagen angewiesen wäre, die nicht als Grundlage für politisches Handeln ausreichen oder den persönlichen Kontakt ersetzen könnten.

Einen größeren Raum nahmen auch sog. Verschwörungstheorien, die oft von rechten Spektren verbreitet und vermarktet werden, ein und wie diese von „verschleierte[n] Wahrheiten“ unterschieden werden könnten. Wenn Darstellungen Angst machen, Hilflosigkeit vermitteln und eine kleine Gruppe von Menschen für alles verantwortlich machen, wären das tendenziell Hinweise auf eine Verschwörungstheorie, so etwa *Hunger*. Zugleich handele es sich hier auch um einen Kampfbegriff, der

Positionen und Personen diskreditieren kann und manchmal auch soll. Mehrdeutigkeit sei jedoch – anders als vom Militär gedacht – ein wesentliches Merkmal menschlicher Sprache und deshalb der Umgang hiermit eine Notwendigkeit und ein Teil der Medienkompetenz, die man u.a. in demokratischen Medien wie freien Radios erlernen kann, wie *Lauterbach* ergänzte. Dass auch staatliche Repression mittlerweile spürbar in den öffentlichen Diskurs einwirkt, sprach *Pflüger* am Beispiel des Internetportals „Linksunten“ an. Das vage Konstrukt eines nicht existierenden Vereins, der dann verboten wurde, sei mit Berichten über vermeintliche Waffenfunde flankiert worden. Die zugrunde liegende Argumentation, dass strafrechtlich relevante Aussagen hier geduldet wurden, wäre ebenso z.B. auf Facebook anzuwenden, wo Aufrufe zur Gewalt gerade auch aus der rechten Ecke alltäglich wären, niemand aber jemals ein Verbot in Betracht ziehen oder gutheißen würde.

Überraschende Gemeinsamkeiten

In der anschließenden Diskussion wurde u.a. dazu aufgerufen, das existierende Bild von Medien auf den Kopf zu stellen und dass sich jeder Mensch als Journalist*in fühlen sollte. Dem wurde allerdings auch im Sinne einer notwendigen Qualitätssicherung widersprochen. Natürlich konnte die Abschlussdiskussion keine endgültige Klärung dahingehend bringen, wie Widerstand in Zeiten des Informationskriegs zu gestalten sei, jedoch gelang es das gegenseitige Verständnis von Medienschaffenden und Aktivist*innen zu erhellen. Auch was das Thema „Krieg im Informationsraum“ anging, wurde während des gesamten Kongresses mehrfach betont, dass die IMI nur erste Ansätze zu dessen Verständnis sammeln wollte und konnte. Trotzdem zeigten sich unabgesprochene und überraschende Parallelen zwischen den einzelnen Zugängen, von denen einige hier abschließend genannt werden sollen:

1. Dass Gegner, denen Propaganda bzw. Informationskrieg vorgeworfen wird, identifiziert werden, setzt die Annahme einer eigenen moralischen Überlegenheit und Wahrheitstreue voraus, die inhaltlich kaum unterfüttert, sondern eben durch den Verweis auf die Manipulation durch den Gegner ersetzt wird.

2. Obwohl sich die aktuell mit dem Begriff des Informationsraums vollzogene Fusionierung von Cyberkrieg und Propaganda bereits länger vollzieht, werden die Aktivitäten des IS und Russlands derzeit als wesentliche Legitimationsfigur verwendet, wobei keine qualitative Differenzierung zwischen beiden Akteuren erfolgt. Westliche und internationale zivilgesellschaftliche Akteure und ihre Argumente werden in frappierender Klarheit als deren Komplizen und Werkzeuge dargestellt und als Feinde im Informationsraum identifiziert.

3. Argumente gegen die eigene Regierung, die EU oder die Nato werden als bezahlte und gesteuerte Propaganda der Gegner disqualifiziert und in keiner Weise inhaltlich adressiert.

4. Die Strategische Kommunikation (Propaganda) von EU und NATO wird eher als „Rauschen“ wahrnehmbar, das Akteure kontinuierlich positiv oder negativ konnotiert und von Ereignissen größerer Relevanz ablenkt.

5. Beim „Cyber“- und „Informationsraum“ handelt es sich um eine hybride Infrastruktur, die bereits seit ihrem Entstehen von einem Wechselspiel staatlicher, privatwirtschaftlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure geprägt ist. Der Krieg im Informationsraum politisiert diese Akteure im Sinne Carl Schmitts: Wer nicht für uns ist, ist gegen uns und wir (egal wer) sind die Guten.

Geopolitik und Handel

Die russisch-lateinamerikanischen Beziehungen

von Mirko Petersen

Die Verbindungen zwischen Russland und Lateinamerika sind ein eher wenig beachtetes Thema in der internationalen Medienlandschaft. Doch in letzter Zeit änderte sich dies bis zu einem gewissen Grad. Im Zuge der schweren politischen und ökonomischen Krise in Venezuela erwies sich Russland als einer der treuesten Verbündeten der Regierung von Nicolás Maduro¹, woraufhin die Berichterstattung über die Zusammenarbeit zwischen Moskau und Caracas zunahm.

In diesem Artikel wird ein allgemeinerer Blick auf die Beziehungen zwischen Russland und Lateinamerika geworfen. Bei diesen Beziehungen spielen sowohl geopolitische Ziele im Kontext der Auseinandersetzungen zwischen Russland und den USA (sowie zwischen den Vereinigten Staaten und verschiedenen lateinamerikanischen Ländern) als auch pragmatischer Handel eine Rolle. Im ersten Abschnitt des Artikels wird ein kurzer historischer Rückblick vorgenommen und auf die sowjetisch-lateinamerikanischen Interaktionen geblickt. Anschließend werden die russisch-lateinamerikanischen Beziehungen seit den ersten Jahren des 21. Jahrhunderts in den Mittelpunkt gerückt, ehe der Artikel mit einigen abschließenden Reflektionen endet.

Kalter Krieg: „Handel statt Wandel“

Zwischen dem zaristischen Russland und Lateinamerika bestand nur wenig Kontakt. Die ersten Jahre nach der Oktoberrevolution von 1917 deuteten zunächst auf eine Verschlechterung der wenigen existierenden Beziehungen hin, da sich verschiedene lateinamerikanische Regierungen auf die Seite der Konterrevolution stellten. Die 1919 gegründete Kommunistische Internationale sah den Fernen Osten als vielversprechenderes Terrain für die Verbreitung der Revolution außerhalb Europas an und schenkte Lateinamerika nur wenig Aufmerksamkeit.² Nur mühsam konnte sich die Sowjetunion in den 1920er Jahren einige Wirtschaftskontakte in Lateinamerika, speziell in Argentinien, aufbauen.³

Erst Mitte der 1930er Jahre verbesserte sich das Standing der UdSSR in Lateinamerika merklich und viele kommunistische Parteien konnten in den politischen Systemen der Region Fuß fassen. Dies hing speziell mit der neuen Strategie der sog. Volksfronten zusammen, d.h. mit dem Ziel der kommunistischen Parteien, breite Bündnisse gegen den Aufstieg des Faschismus zu bilden. Diese von der Sowjetunion ausgegebene Strategie befreite den Kreml aus seiner diplomatischen Isolation in der Region.⁴ Die Phase, in der die Sowjetunion und die kommunistischen Parteien in Lateinamerika an Ansehen gewannen, endete mit dem Beginn des Kalten Krieges: Antikommunismus wurde zu einem zentralen Aspekt der Ideologie der Vereinigten Staaten, die ein immer höheres Maß an Kontrolle über Lateinamerika ausübten.⁵ Das Argument der Verteidigung gegen die „rote Gefahr“ diente den USA als Argument für viele Eingriffe in die lateinamerikanische Politik während des Kalten Krieges.

Die Kubanische Revolution von 1959 eröffnete der Sowje-

tunion neue Möglichkeiten in Lateinamerika. Nach anfänglicher Skepsis lösten die kubanischen Revolutionäre bald eine Welle der Euphorie in der Sowjetunion aus. Kuba wurde auch zum Schauplatz einer der berühmtesten Episoden des Kalten Krieges, der sog. Kuba-

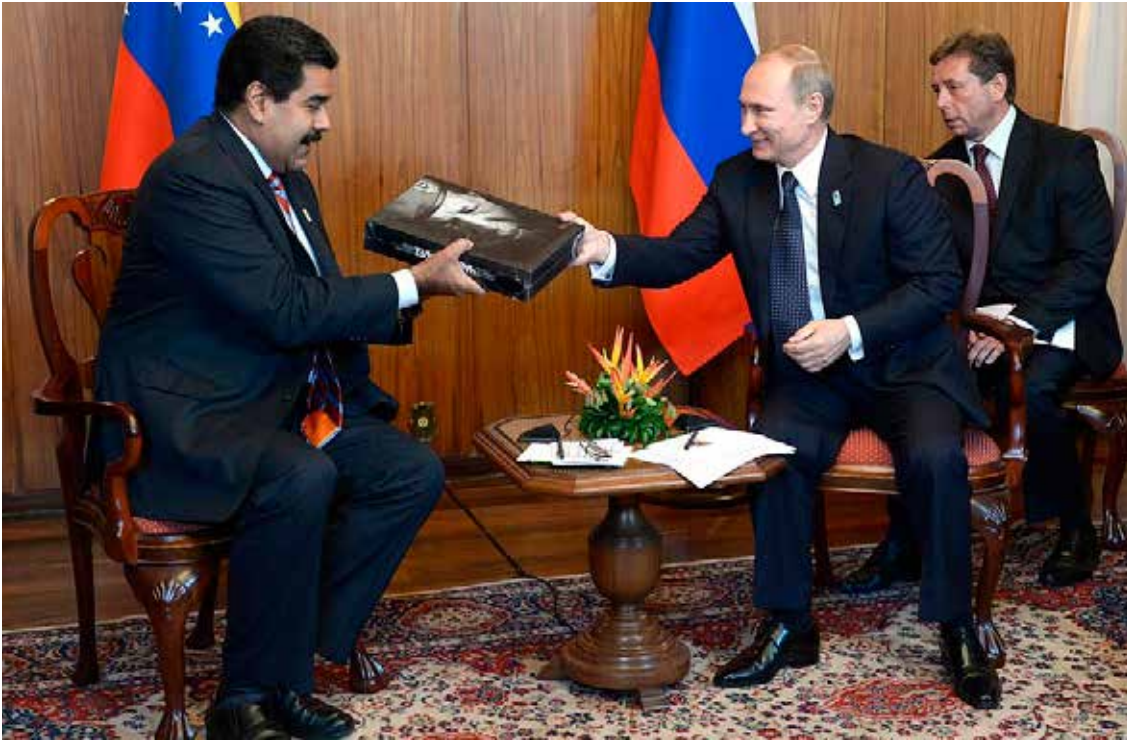
Krise von 1962, als die Welt am Rande eines Atomkrieges stand. Als der damalige sowjetische Staatschef Nikita Chruschtschow in dieser Krise einlenkte und die zuvor auf Kuba stationierten Raketen abzog, kam es zu deutlichen Spannungen zwischen der UdSSR und dem Regime Fidel Castros. Während Kuba in der Folgezeit die Ausbreitung von Revolutionen in der sog. Dritten Welt befürwortete, setzte die Sowjetunion vermehrt auf die Ausweitung von Beziehungen mit jeglicher Art von Regime in Lateinamerika. Dies ging so weit, dass die UdSSR gute Wirtschaftsbeziehungen zu brutalen Militärdiktaturen mit klar antikommunistischer Ausrichtung unterhielt. Am prägnantesten war dies im Falle der letzten argentinischen Militärdiktatur (1976-1983), die 30.000 Todesopfer forderte. Zwischenzeitlich, im Jahr 1980, wurde die Sowjetunion zur größten Abnehmerin von argentinischem Getreide.⁶ Der Anthropologe Marc Edelman hat die Haltung der UdSSR gegenüber Lateinamerika, speziell seit der Breschnew-Ära (seit 1964), etwas zugespitzt deshalb mit dem Titel „Handel statt Wandel“⁷ beschrieben.

Russland, Lateinamerika und die multipolare Weltordnung

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion fokussierte sich der Handel des Hauptnachfolgestaates Russland zunächst in erster Linie auf Westeuropa und die Vereinigten Staaten. Die Verbindungen nach Lateinamerika wurden vollkommen vernachlässigt. Erst Mitte der 1990er Jahre ging die russische Regierung dazu über, ihre Handelskontakte wieder stärker zu diversifizieren.⁸ Der damalige russische Außenminister Jewgeni Primakow, einer der größten Verfechter der Diversifizierungspolitik, unternahm 1997 eine Lateinamerikareise und besuchte Argentinien, Brasilien, Kolumbien und Costa Rica.⁹

Einen besonderen Schub für die russisch-lateinamerikanischen Beziehungen stellten die politischen Richtungswechsel in Russland und verschiedenen lateinamerikanischen Ländern rund um den Jahrtausendwechsel dar. In Russland übernahm Wladimir Putin das Amt des Präsidenten von Boris Jelzin. Nach anfänglichen Versuchen, die Beziehungen zu Europa und den Vereinigten Staaten zu verbessern, kam es besonders seit etwa 2003/2004 zu verstärkten Problemen zwischen Russland und dem Westen. Zu dieser Zeit suchte Moskau u.a. den Schulterchluss mit einigen lateinamerikanischen Regierungen, die das Ergebnis eines Linksrucks in der Region waren. Dieser Linksruck begann mit der 1998 erfolgten Wahl von Hugo Chávez in Venezuela. Anschließend folgten u.a. die Wahlsiege von Lula da Silva in Brasilien, Néstor Kirchner in Argentinien und Evo Morales in Bolivien. Im Folgenden werden speziell die Beziehungen Russlands zu Venezuela und Brasilien genauer betrachtet.

Zunächst waren die Annäherungen zwischen Russland unter Putin und Venezuela unter Chávez noch zögerlich. Doch als sich die Beziehungen zwischen Russland und dem Westen verschlechterten, war Chávez' antiimperialistische Rhetorik in



Russlands Präsident Wladimir Putin, der von Venezuelas Staatspräsident Nicolás Maduro ein Buch über Hugo Chavez überreicht bekommt. Quelle: kremlin.ru

Moskau durchaus willkommen. Beide Länder betonten fortan immer wieder ihr gemeinsames Streben nach einer multipolaren Weltordnung, in der die Macht der USA eingeschränkt wird. Seit dem gescheiterten Putsch gegen Chávez im Jahr 2002, setzte dieser speziell auf Aufrüstung durch Waffen aus Russland. Seit 2004 haben Venezuela und Russland auf diesem Gebiet Verträge in Höhe von 4,4 Milliarden US-Dollar abgeschlossen. Ein weiteres wichtiges Feld der Zusammenarbeit ist Energie. Russische Unternehmen beteiligen sich an der Öl- und Gasausbeutung in dem lateinamerikanischen Land.¹⁰

Insgesamt stattete Hugo Chávez Russland neun Besuche ab. Wenngleich die Reiseaktivitäten russischer Regierungsmitglieder nicht die gleiche Frequenz erreichten, so muss doch speziell der Besuch Dimitri Medwedews in Venezuela im November 2008 hervorgehoben werden. Auf einer Lateinamerikareise besuchte der damalige russische Präsident neben Brasilien, Kuba und Peru auch Venezuela. Im Zuge dieses Besuches setzten die beiden Staaten ein gemeinsames Zeichen Richtung Washington: die russische und die venezolanische Marine führten ein gemeinsames Manöver unter Führung eines russischen Kriegsschiffes durch. Dieses Manöver muss als Antwort auf die verstärkte Präsenz US-amerikanischer Schiffe im Schwarzen Meer im Kontext Georgien-Krieges Mitte 2008 interpretiert werden.¹¹

Wie hier bereits angedeutet, verstehen sich Russland und Venezuela als geopolitische Partner. Dies zeigt sich speziell daran, dass Venezuela als einer von lediglich vier Staaten die Unabhängigkeit der mit Moskau verbündeten abtrünnigen georgischen Provinzen Abchasien und Südossetien anerkennt. Zudem votierte die República Bolivariana nach der Aufnahme der Krim durch Russland 2014 als einer von lediglich elf Staaten in der UNO gegen die territoriale Integrität der Ukraine. Eine ähnliche geopolitische Allianz hat Russland mit Nicaragua aufgebaut, das sich in den genannten Fragen (Abchasien, Südossetien und Krim) ebenfalls auf die Seite Moskaus schlug. Entlohnt wird Managua seit 2007 durch russische Spenden in den Bereichen Rüstung, Infrastruktur und Landwirtschaft im Wert von inzwischen 151 Mio. US-Dollar.¹² Es ist anzunehm-

men, dass Russland im Fall des Baus eines interozeanischen Kanals in Nicaragua darauf hofft, von dem strategischen Bedeutungsgewinn des mittelamerikanischen Landes zu profitieren.

In jüngster Zeit war v.a. russische Hilfe für den Chávez-Nachfolger Nicolás Maduro gefragt, der die von seinem Vorgänger aufgebauten Kontakte mit dem Kreml intensiv weiterführt. Während Maduro vielerorts in Europa, Nord- und Lateinamerika in Bezug auf die gewaltsame politische Auseinandersetzung mit der Opposition kritisiert wurde (bis hin zu offenen Drohungen eines direkten militärischen Eingreifens der Vereinigten Staaten), stellte sich Russland bedingungslos auf die Seite der venezolanischen Regierung und warnte vor einem illegitimen Eingreifen von außen. In Anlehnung an die vom Westen unterstützten Umstürze in Georgien, der Ukraine und Kirgisien (2003-2005) sprach das russische Außenministerium von Versuchen, eine „farbige Revolution“ in Venezuela zu initiieren. Der russische Energieriese Rosneft kündigte zudem eine Ausweitung seines Engagements an. Darüber hinaus schickt Russland Weizen nach Venezuela, um die angespannte Versorgungssituation zu verbessern, die sich durch US-Sanktionen gegen das Land weiter verschlechtert hat. Mit einem Staatsbesuch in Russland im Oktober 2017 bekräftigte Maduro das enge Bündnis zwischen Caracas und Moskau. Auf diesem Treffen wurde auch eine großzügige Umstrukturierung der venezolanischen Schulden gegenüber Russland besprochen.¹³

Der wichtigste Handelspartner Russlands in Lateinamerika ist jedoch nicht Venezuela, sondern Brasilien. Russland exportiert hauptsächlich Dünger, mineralische Brennstoffe und Aluminium in das größte Land Lateinamerikas und importiert von dort v.a. Fleisch, Saatgut und Zucker.¹⁴ Speziell während den beiden Amtszeiten von Lula da Silva (2003-2011) formulierte Brasilien den Wunsch nach mehr Unabhängigkeit von den USA und den Anspruch, ein wichtiges Zentrum in einer multipolaren Weltordnung zu bilden – wenngleich nicht mit der gleichen rhetorischen Radikalität wie Venezuela. Die Zusammenarbeit mit Russland zur Konstruktion einer solchen Weltordnung manifestierte sich speziell in der Gründung des

BRICS-Forums gemeinsam China, Indien und Südafrika.

Doch bereits unter der Lula-Nachfolgerin Dilma Rousseff schraubte Brasilien seine globalen Ansprüche wieder zurück. Diese Tendenz verstärkt sich nun unter Michel Temer, der seit August 2016 (umstrittener) Präsident des Landes ist. Der Handel mit Russland leidet unter der veränderten außenpolitischen Orientierung Brasiliens jedoch keineswegs. Im Gegenteil: Das Jahr 2017 wird mit einem Handelsvolumen von voraussichtlich 4,4 Milliarden US-Dollar das beste in der Geschichte der russisch-brasilianischen Wirtschaftsbeziehungen werden.¹⁵ Im Juni 2017 war Temer auf Staatsbesuch in Russland, wo er gemeinsam mit Wladimir Putin über Pläne für die zukünftige Zusammenarbeit sprach.¹⁶

Ähnliches lässt sich in der Entwicklung der Beziehungen zwischen Russland und Argentinien beobachten. Die Amtsübernahme des konservativen Mauricio Macri im Dezember 2015 hatte keine negativen Auswirkungen auf die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Buenos Aires und Moskau. Schon kurz nach dem Amtsantritt Macris waren beide Seiten darum bemüht, die unter den Regierungen von Néstor und Cristina Kirchner aufgebauten Verbindungen weiterhin zu pflegen. Allgemein ist Russland schon länger darum bemüht, neben seinen Bündnissen mit US-kritischen Regierungen wie Venezuela, Nicaragua, Kuba und Bolivien ebenfalls pragmatische Handelsverbindungen zu lateinamerikanischen Staaten aufzubauen, die sich außenpolitisch vornehmlich an Washington orientieren wie z.B. Mexiko oder Peru.¹⁷ Die Soziologin Claudia Detsch bringt es auf den Punkt, wenn sie schreibt: „Dort, wo die Gegnerschaft zu den Vereinigten Staaten für eine strategische Partnerschaft nicht ausreicht, stellen eben handfeste ökonomische Argumente die Basis für eine Annäherung. Auf diese Weise haben sich die Russen inzwischen privilegierte Beziehungen zur Mehrzahl der größeren lateinamerikanischen Länder gesichert.“¹⁸

Fazit: Zwischen Geopolitik und pragmatischem Handel

Zusammenfassend lässt sich also festhalten, dass die russisch-lateinamerikanischen Beziehungen durch eine Mischung aus geopolitischen und rein wirtschaftlichen Motiven geprägt sind – ähnlich wie es bereits bei den sowjetisch-lateinamerikanischen Beziehungen während des Kalten Krieges der Fall war. Die geopolitischen Aspekte lassen sich klar in die Auseinandersetzungen zwischen Russland und den USA nach dem Ende des Kalten Krieges einordnen. Der Journalist Klaus Ehringfeld hält in Bezug auf die Rolle des Kremls in Lateinamerika fest: „Die russische Regierung nutzt bewusst das Vakuum, das die USA in den vergangenen Jahren in der Region hinterließen und revanchiert sich zugleich für die Ausdehnung der US-Einfluss-sphäre in Osteuropa.“¹⁹

Darüber hinaus unterhält Russland pragmatische Wirtschaftsbeziehungen mit vielen lateinamerikanischen Ländern, unabhängig von ihrer ideologischen Orientierung. Für eine gute Konjunktur dieser Art von Beziehungen sprechen zwei Faktoren. Zum einen sind durch die russischen Gegensanktionen gegen den Westen einige Lücken auf dem russischen Markt entstanden, die teilweise durch lateinamerikanische Produkte geschlossen werden können.²⁰ Zum anderen sind auch traditionelle Verbündete der USA in Lateinamerika von der Abschottungspolitik Donald Trumps gegenüber dem Süden irritiert und möchten sich möglichst viele außenwirtschaftliche Optionen offen halten.

Anmerkungen

- 1 Siehe hierzu: Petersen, Mirko: Russland und Venezuela: Zusammenarbeit für eine multipolare Weltordnung (amerika21.de, 24.08.2017).
- 2 Vgl.: Edelman, Marc: Die Revolution, die aus der Kälte kam. Die Sowjetunion und die kommunistischen Parteien Lateinamerikas (1917-1953), in: Ders. und Klaus Fritsche: Weder Schaf noch Wolf. Sowjetunion – Lateinamerika 1917 – 1987, Bonn: ILA, 1988, S. 11–33, hier: S. 12-13.
- 3 Vgl.: Vacs, Aldo César: Discreet Partners. Argentina and the USSR since 1917, translated by Michael Joyce, Pittsburgh: University of Pittsburgh Press, 1984, S. 3-7.
- 4 Vgl.: Edelman: Die Revolution, die aus der Kälte kam, s.o., S. 24.
- 5 Zu den ideologischen Veränderungen in Lateinamerika zwischen dem Ende des Zweiten Weltkrieges und dem Beginn des Kalten Krieges, vgl.: Bethell, Leslie/Roxborough, Ian: Latin America between the Second World War and the Cold War: Some Reflections on the 1945-48 Conjuncture, in: Journal of Latin American Studies, Jg. 20, Nr.1, 1988, S. 167-189.
- 6 Vgl.: Vacs: Discreet Partners, s.o., S. 50.
- 7 Edelman, Marc: Handel statt Wandel. Die sowjetisch-lateinamerikanischen Wirtschaftsbeziehungen, in: Ders. und Klaus Fritsche: Weder Schaf noch Wolf, s.o., S. 65-86.
- 8 Vgl.: Davidov, Vladimir M.: Rusia en América Latina (y vice versa), in: Nueva Sociedad Nr. 226, 2010, S. 4-12, hier: S. 5-6.
- 9 Vgl.: Blank, Stephen: Russia in Latin America. Geopolitical Games in the US Neighbourhood, Russia. Nei. Visions Nr. 38, Russia – NIS Center, Paris, 2009, S. 8.
- 10 Vgl.: Petersen: Russland und Venezuela, s.o.
- 11 Vgl.: ebd.
- 12 Vgl.: CNN Español (20.04.2017): Lazos militares: ¿Qué se traen Rusia y Nicaragua?
- 13 Petersen: Russland und Venezuela, s.o.; Kliver, Christian: Russland warnt vor Einmischung in Venezuela ([amerika21](http://amerika21.de), 27.05.2016); CNN Español (04.09.2017): ¿Por qué Rusia le está enviando tantas toneladas de trigo a Venezuela?; Telesur (04.10.2017): Más de 15 años de acuerdos entre Venezuela y Rusia; Greger, Malte: Russland und Venezuela einigen sich auf Schuldenumstrukturierung (amerika21.de, 13.11.2017).
- 14 Vgl.: brazilgovnews.gov.br (17.06.2017): Brazil-Russia trade reaches US\$ 4.3 billion a year.
- 15 Vgl.: ebd.
- 16 Vgl.: kremlin.ru (21.06.2017): Russian-Brazilian Talks
- 17 Vgl.: Petersen, Mirko: A Rusia con amor. Rusia y Argentina en el G20 (Revista Anfibia, 2016).
- 18 Detsch, Claudia: Der russische Bär tanzt Salsa oder Ein Hauch von Kaltem Krieg. Wie Russland seine strategische Kooperation mit Lateinamerika und der Karibik in den Bereichen Rüstung und Energie vorantreibt, Friedrich-Ebert-Stiftung Ecuador, Kurzbereichte aus der internationalen Entwicklungszusammenarbeit, Januar 2009, S. 3.
- 19 Ehringfeld, Klaus: Strategische Partnerschaft. Russland macht sich in Lateinamerika breit (handelsblatt.com, 24.11.2008).
- 20 Vgl. hierzu: Noack, David X.: Lateinamerika und Russland für den Ausbau der Handelsbeziehungen (amerika21.de, 10.04.2016); Ders.: Russland hat neue Handelspartner in Lateinamerika gefunden (amerika21.de, 10.08.2017). Als Beispiele für die Veränderungen der russischen Importe können genannt werden: Fleischimporte aus Chile statt aus Deutschland, den USA und Kanada, Äpfel aus Mexiko statt aus Polen sowie Apfelsinen aus Argentinien statt aus Spanien.

Kirgisistan und Tadschikistan

Konflikte in der zentralasiatischen post-sowjetischen Peripherie

von David X. Noack

Die zentralasiatischen Staaten Kirgisistan und Tadschikistan sind heute die ärmsten Republiken, die aus der früheren Sowjetunion hervorgingen. Gelegen zwischen Kasachstan im Norden, China im Osten, Afghanistan im Süden und Usbekistan im Westen spielen die beiden Länder aufgrund ihrer geopolitischen Lage eine besondere Rolle bei russischen Versuchen, den Einfluss in Zentralasien wiederherzustellen und den Vormarsch der USA (und – mit Abstrichen – anderer westlicher Akteure) zurückzudrängen. Einflussofferten Chinas, Indiens, des Irans, Pakistans sowie der Türkei verkomplizieren die Lage zusätzlich. All diese Faktoren verschärfen die vorhandenen Konflikte in der Region und bergen ein erhebliches Eskalationspotenzial, wie im Folgenden dargestellt werden soll.

Komplexe Gemengelage

Die Voraussetzungen beider Staaten sind höchst unterschiedlich. Kirgisistan beispielsweise ist ein multikultureller Staat. Die ethnischen Minoritäten des Landes werden immer wieder zum internationalen Politikum, da sich die Regierungen Deutschlands, Russlands und Usbekistans als Schutzherren ihrer ethnischen Minderheiten sehen und die uighurisch geprägte Nachbarprovinz Xinjiang ein Unruheherd innerhalb der VR Chinas ist. Drei Viertel der kirgisischen Bevölkerung hängen dem sunnitischen Islam an und etwa 20 % wiederum der christlich-orthodoxen Kirche.

Weitaus verworrener ist die Lage im südlichen Nachbarland. Durch die äußerst gebirgige Beschaffenheit Tadschikistans entstanden in den verschiedenen Tälern des Landes höchst unterschiedliche regionale Identitäten.¹ Hinzu kommen ethnische Trennlinien: Im dünn besiedelten Osten leben hauptsächlich Paschmiris und Kirgisen, im dichter besiedelten Westen wiederum ethnische Tadschiken und Usbeken. Als eines der wenigen einigenden Elemente dient die Religion: Die große Mehrheit der Bevölkerung hängt dem sunnitischen Islam als Glauben an.

Über Jahrhunderte war das Ferganatal das wirtschaftliche Zentrum Zentralasiens. Die Wirtschaft Tadschikistans und Kirgisistans im Ferganatal verband zunächst eine lange gemeinsame Geschichte innerhalb der Sowjetunion. Nach dem Zerfall des Vielvölkerstaates konzentrierten sich Minen, Energiefirmen und diverse Leichtindustriebetriebe auf den kirgisischen Teil des Gebiets. Tadschikistan wiederum beherbergt Textilverarbeitungsbetriebe und eigene Minen.² Die ungleiche Verteilung von wirtschaftlichen Ressourcen führte zu vielen Problemen in den Staaten der zentralasiatischen post-sowjetischen Peripherie.

Tadschikistan: Vom Bürgerkrieg zur Diktatur des Sicherheitsapparates

Die Tadschikische Republik entstand im Oktober 1924 zunächst als eine Autonome Sozialistische Sowjetrepublik (ASSR) innerhalb des Verbundes der Usbekischen SSR. Erst

1929 verließ die Tadschikische ASSR Usbekistan und wurde zu einer innerhalb der Sowjetunion eigenständigen SSR. Die Behörden im Land forcierten in den 1920er und 1930er Jahren die Umsiedlung ethnischer Tadschiken von den dichtbesiedelten Tälern im Norden und Zentrum

des Landes hin zu den weitestgehend entvölkerten Gebieten im Süden nahe der afghanischen Grenze.³ Eine von ethnischen Tadschiken dominierte Teilrepublik sollte dann als Einflushebel auf die Tadschiken in Afghanistan sowie auf Persien dienen.⁴

Die Sowjetmacht versuchte, die verschiedenen Clans und Gruppierungen des Landes auszubalancieren. Trotz alledem hat sich die nördliche Stadt Leninabad (heute: Chudschand) zum ökonomischen Zentrum des Landes entwickelt und deswegen kamen die meisten höheren politischen und wirtschaftlichen Funktionäre in der realsozialistischen Epoche aus dieser Gegend. Chudschand liegt im landwirtschaftlich enorm wichtigen Ferganatal, wo seit eineinhalb Jahrhunderten intensiv Baumwolle angebaut wird. In diesem Gebiet wohnen viele Tadschiken und Usbeken sowie eine bedeutende russische Minderheit. Aus der südlich gelegenen Kulob-Region wiederum stammten viele Sicherheitsbeamte aus der Zeit der Tadschikischen SSR (1929–1991).⁵ Diese regionale Verteilung von Verantwortung führte mit dem Ende der Sowjetunion zu massiven Problemen.

In den zentralasiatischen Ländern gab es in den 1980er Jahren keine starken Massenbewegungen für die Unabhängigkeit. Zur Zeit der Sowjetunion hatten massive Investitionen das zuvor russisch-koloniale Gebiet grundlegend verändert. In vielen Sowjetrepubliken gab es Ende der 1980er Jahre Industriebetriebe, eine entwickelte Landwirtschaft und eine funktionierende Infrastruktur. Der Übergang in den Kapitalismus stürzte große Teile der Bevölkerung Zentralasiens in bittere Armut. Die lokalen Eliten der jeweiligen Länder konkurrierten um die einheimischen Ressourcen und fünf verschiedene politische Systeme entstanden. In Kasachstan, Usbekistan und Turkmenistan – den drei postsowjetischen Staaten der Region mit der meisten Industrie und den größten Rohstoffvorkommen – konnten die Landesparteiheads der KPdSU ihre Staaten weiterregieren und autoritäre Staaten mit Quasi-Einparteiensystemen entstanden. Die auch ökonomisch peripheren und rohstoffarmen Republiken Kirgisistan und Tadschikistan wiederum glitten in ein soziales und politisches Chaos ab.

In Tadschikistan beispielsweise kam es zu dem längsten post-sowjetischen Bürgerkrieg, in welchem sich verschiedene lokale Gruppen bekämpften. Verkompliziert wurde die Auseinandersetzung, da Usbekistan und Russland militärisch in den Konflikt auf Regierungsseite eingriffen.⁶ Die Vereinigte Tadschikische Opposition (VTO) wiederum konnte auf Unterstützung der afghanischen Mudschaheddin und Pakistans setzen. Durch die Moskauer Protokolle im Juni 1997 endete der Tadschikische Bürgerkrieg; die innenpolitischen Kräfte, die zu Sowjetzeiten den Sicherheitsapparat dominierten hatten, konnten sich politisch durchsetzen und die aus der VTO hervorgegangene Islamische Partei der Wiedergeburt Tadschikistans zog im Jahr 2000 ins Parlament ein.

Neben dem Bürgerkrieg in Tadschikistan tobte auch im benachbarten Afghanistan ein interner Konflikt, an welchem sich verschiedene äußere Mächte beteiligten. Die verschiede-

nen Konfliktparteien beider Bürgerkriege mischten sich auch in die Konflikte in den jeweiligen Nachbarländern ein. Im Herbst 1993 beispielsweise überquerten afghanische Mudschaheddin gemeinsam mit tadschikischen Rebellen die afghanisch-tadschikische Grenze und griffen russische Truppen an. Circa 25 russische Soldaten starben bei diesem Zwischenfall. Die russische Regierung nahm dies zum Anlass, das Engagement der russischen Armee in Tadschikistan sogar noch weiter auszubauen.⁷

Mit dem ethnisch-usbekischen afghanischen General Dostum hatte Russland sogar noch einen Verbündeten innerhalb der Grenzen Afghanistans nach dem Sturz des alten mit Moskau verbündeten Regimes. Dostum gelang es, einen Einflussbereich um die Stadt Mazar-i-Sharif aufzubauen, welcher in den russischen Medien (halb scherzhaft) auch „Dostumistan“ genannt wurde. Mit Dostums Reich ragte der russische Einfluss bis zu den Nordrändern des Hindukusch-Gebirges. Doch der Einfluss blieb nicht dauerhaft – die Taliban eroberten Mazar-i-Sharif im Jahr 1997.

Doch durch den Friedensschluss in Tadschikistan schien der russische Einfluss in diesem zentralasiatischen Staat vorerst gesichert. Hinzu kam, dass das völkerrechtswidrige Vorgehen der NATO auf dem Balkan zu einem Schulterchluss der Staaten der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten führte.⁸ Den Kosovokrieg der NATO gegen Jugoslawien verurteilte die tadschikische Regierung scharf – ähnlich wie die Regierungen von Belarus, Kirgisistan und Russland.⁹

Doch die russische Hegemonie sollte nicht dauerhaft gesichert bleiben. Mit dem verstärkten Engagement der NATO in Zentralasien infolge der Besetzung Afghanistans¹⁰ verbesserte auch Tadschikistan seine Beziehungen mit dem westlichen Militärbündnis sowie westlich dominierten Organisationen. 2001 begann Tadschikistan Beitrittsverhandlungen mit der Welthandelsorganisation WTO. Im Jahr 2002 trat das autoritär regierte Land als letzter der post-sowjetischen zentralasiatischen Staaten dem NATO-PfP-Programm bei.¹¹ Im gleichen Jahr genehmigte die Weltbank ein Armutsreduzierungsprogramm für Tadschikistan.

Kirgisistan: Neoliberales Vorzeigeland im Chaos von Farbrevolutionen

Komplett anders verlief die Entwicklung im nördlichen Nachbarland Tadschikistans. Obwohl alle zentralasiatischen Staaten aus der Sowjetunion nahezu ohne Schulden hervorgegangen waren – Russland hatte alle Auslandsschulden der früheren Sowjetunion auf sich genommen – forcierte der erste kirgisische Präsident nach der Unabhängigkeit, Askar Akajew, eine Liberalisierungspolitik in verschiedenen Bereichen der Wirtschaft des Landes. Im agroindustriellen Sektor wollte Akajew durch Privatisierungen beispielsweise die historisch gewachsene ungleiche Verteilung von Agrarland zwischen ethnischen Russen und Kirgisen neu ordnen. Doch auch im Industriebereich hielt sich Akajew in den 1990er Jahren an die Vorgaben des Internationalen Währungsfonds (IWF). Im September 1993 schrieb die Süddeutsche Zeitung, dass Kirgisistan zu den „Musterknaben“ des IWF zählen würde.¹² 1998 wurde das Land dann außerdem noch das erste zentralasiatische Mitglied der Welthandelsorganisation (WTO), was einen weiteren Liberalisierungsschub bedeutete.¹³

Die Folgen der neoliberalen Schocktherapie für die kirgisische Wirtschaft und den Staatshaushalt des zentralasiatischen Landes sprechen für sich. Bereits im Jahr 2002 nahm die kir-

gisische Regierung Verhandlungen mit dem Pariser Club zur Schuldentilgung auf und Experten schätzten ein, dass das Land in die Kategorie der hochverschuldeten armen Länder (Heavily Indebted Poor Countries, HIPC) fiel.¹⁴ Die wirtschaftsliberale Politik von Akajew führte unter anderem dazu, dass das Land nach 15 Jahren Unabhängigkeit die höchste Pro-Kopf-Verschuldung aller zentralasiatischen Staaten vorwies.¹⁵

Alles in allem entstand in den 1990er Jahren ein „globalisiertes Protektorat“ in Kirgisistan, welches das kleine Land hochgradig von Organisationen wie dem Weltwährungsfonds und der Weltbank abhängig machte. Das Staatswesen erodierte und Stiftungen aus anderen Ländern, wie beispielsweise die der türkisch-religiösen Gülen-Bewegung, nahmen einen bedeutenden Platz in der kirgisischen Gesellschaft ein. Saudi-arabische Organisationen beispielsweise finanzierten den Aufbau von Moscheen.¹⁶ Aus Deutschland eröffneten die Friedrich-Ebert- und die Konrad-Adenauer-Stiftung Büros in Bischkek. Der deutsche NABU (Naturschutzbund) übernimmt seit dieser Zeit als privater Träger wichtige Naturschutzaufgaben im Land. Die deutsche bundeseigene Entwicklungshilfeorganisation Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) ist seit 1992 in Kirgisistan präsent. Seit 1996 fördert die GIZ das „Deutschtum“ in dem Land, unter anderem mit Sozialhilfeprojekten und der „Elitenförderung“. Der „Volksrat der Deutschen Kirgistans“, die Interessensvertretung der deutschsprachigen Kirgisen, ist seit 1998 Mitglied der „Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen“ (FUEV), einer Vorfeldorganisation der deutschen Außenpolitik.

Westliche Medien hatten Kirgisistan in den 1990er Jahren dennoch immer wieder als eine „Oase der Demokratie in Zentralasien“ bezeichnet.¹⁷ Akajew hatte Kirgisistan „zu einer Art Musterstaat unter den Reformländern Mittelasiens gemacht“, schrieb die Frankfurter Rundschau im Jahr 1997.¹⁸ Diese angebliche Vorbildfunktion ließ es zum ersten Mal in der deutschen Öffentlichkeit rechtfertigbar erscheinen, den EU-Einfluss bis in diese Region auszudehnen. Deutsche Wirtschaftsvertreter forderten 1997, dass Kirgisistan Teil einer zentralasiatischen Wirtschaftsunion werden solle.¹⁹ Solch eine Union hätte dann – an Russland vorbei – an die EU angebunden werden können. Auf einer Konferenz der Herbert-Quandt-Stiftung der BMW AG im Berliner Hotel Adlon im Jahr 1999 sagte der damals amtierende kirgisische Premierminister Amangeldi Muralijew, „wir träumen davon, Teil Europas zu sein“.²⁰ Das passte ins Konzept – die für die EU „richtigen“ Eliten hatten das Land übernommen.

Während Deutschland vor allem wirtschaftlich, kulturell und politisch Präsenz zeigte, drangen die USA auch militärisch in die Region vor. Unter der Schirmherrschaft des US-Militärs entstand 1995 das CentrAsBat-Format, in welchem kasachische, kirgisische und usbekische Soldaten gemeinsam trainierten. Doch CentrAsBat verschwand schnell wieder in der Bedeutungslosigkeit. Russland gewann eine stärkere sicherheitspolitische Rolle in der Region.

Der Kosovokrieg führte auch in Kirgisistan zu einer ablehnenden Haltung. Am 25. März 1999 erklärte der kirgisische Verteidigungsminister, dass sich sein Land in „voller Solidarität“ mit der Haltung Russlands befinde und die Positionierung seines Landes im Kontext der GUS gesehen werden müsse.²¹ Während die NATO-Einmischungen auf dem Balkan das südosteuropäische Gebiet als westliche Einflusszone sicherten, führte das Vorgehen dazu, dass viele post-sowjetische Politiker auf Distanz zum atlantischen Bündnis gingen.

Das geopolitische Moment des 2001 begonnenen „Kriegs



Ferganatal. Quelle: Wikipedia/ Ljuba Brank

gegen den Terror“ wiederum nutzten deswegen die westlichen Staaten, um ihren Einfluss in Zentralasien militärisch, politisch und auch wirtschaftlich auszubauen. So errichtete die US-Armee in Usbekistan und Kirgisistan Militärbasen, die deutsche Bundeswehr wiederum ausschließlich in Usbekistan und die Armeen der NATO-Staaten Frankreich und Spanien sowie des westlichen Verbündeten Südkorea nutzten die Basen in Kirgisistan mit.

Doch Akajew ging trotz der Militärstationierung und des kurzfristigen Aufschwungs der Beziehungen zwischen Kirgisistan und den USA auf zunehmende Distanz zur NATO. 2003 stimmte der kirgisische Präsident einem Militärabkommen mit Russland zu, welches zur damals – laut Experten – „bedeutendsten Stationierung russischen Militärs seit dem Ende der Sowjetunion“ führte.²² Außerdem verwehrt die kirgisische Regierung der NATO, AWACS-Aufklärungsflugzeuge in Kirgisistan zu stationieren.²³ Durch die nicht konsequente Pro-NATO-Politik und die strategisch wichtige Lage Kirgisistans geriet das Land in den Fokus von US-Geheimdienstplänen und den Ambitionen von Vorfeldorganisationen der US-Außenpolitik.

Nachdem so genannte „Farbrevolutionen“ bereits 2003 in Georgien und 2004/2005 in der Ukraine pro-atlantische, neoliberale und anti-russische Nationalisten an die Regierung gebracht hatten, konzentrierten sich die Bemühungen diverser westlicher Organisationen auf Kirgisistan. Mithilfe von Demonstrationen und der Besetzung von Regierungsgebäuden gelang es der Opposition, die Regierung zu übernehmen. Mike Stone, Projektleiter der US-Organisation ‚Freedom House‘ erklärte nach dem Regierungsumsturz gegenüber einer britischen Zeitung: „Mission erfüllt!“²⁴

Als neuer Präsident zog Kurmanbek Bakijew in den kirgisischen Präsidentenpalast ein. Der neue Staatschef legte einen Fokus auf verbesserte Beziehungen zum US-Militär im eigenen Land und die Unterstützung des NATO-Engagements in Afghanistan. Die Farbrevolutionen schienen den US-amerikanischen Einfluss bis in das Herzland Eurasiens vorgeschoben zu haben.

Doch der Sieg des US-amerikanischen Einflusses blieb kein endgültiger. Nachdem die Auswirkungen der internationalen Wirtschaftskrise der kirgisischen Wirtschaft besonders zusetzten, wandte sich die Regierung von Bakijew verzweifelt an Moskau und erhielt im Frühjahr 2009 finanzielle Zusagen von über zwei Milliarden US-Dollar und einen teilweisen Schuldenschnitt.²⁵ Eine Neuorientierung der kirgisischen Außenpo-

litik hatte begonnen. Forciert wurde diese nochmal durch einen weiteren Umsturz im Jahr 2010, hinter welchem Experten auch russische Geheimdienste vermuteten.²⁶

Grenzkonflikte, der „Islamische Staat“ und Separatismus in Mittelturkestan

Immer wieder kommt es aufgrund der frühsowjetischen und bis heute gültigen Grenzziehung zwischen den zentralasiatischen Staaten zu Konflikten. Vor allem im Ferganatal führen Auseinandersetzungen beispielsweise um Wasserrechte zu bewaffneten Zwischenfällen. Im Januar 2013 entführten Usbeken in der usbekischen Exklave Soch 16 Kirgisen, nachdem angeblich kirgisische Soldaten auf usbekische Demonstranten geschossen hatten. Die Entführten kamen nach Verhandlungen wieder frei.²⁷ Soch soll auch als Basis für die Islamische Bewegung Usbekistans (IMU) dienen, eine islamistische Bewegung, die im Tadschikischen Bürgerkrieg auf der Seite der VTO kämpfte und im Sommer 2015 ISIS die Treue schwor.

Im Juli 2015 kam es zu einer Schießerei in der kirgisischen Hauptstadt Bischkek. Die Behörden behaupteten, es habe sich um eine erfolgreiche Operation gegen Terroristen der ISIS-Terrormiliz gehandelt.²⁸ Circa 350 Kirgisen und 500 Tadschiken sollen auf der Seite von ISIS auf dem irakisch-syrischen Kriegsschauplatz kämpfen. Auch im zentralasiatischen Raum steigen die Befürchtungen vor einem wachsenden Einfluss von ISIS.

Auf die steigende Terrorgefahr antwortet die kirgisische Regierung unter anderem mit einem Aufrüstungsprogramm der Armee des Landes. Da der peripher-kapitalistische Staat jedoch wenige eigene Mittel hat, erhält Kirgisistan Hilfe von seinen Partnern in der Eurasischen Union und der Organisation des Vertrages für kollektive Sicherheit (OVKS).²⁹ Im Februar 2016 unterzeichnete der kasachische Präsident ein Abkommen über „freie militärtechnische Hilfe“ für Kirgisistan. Das kleine Nachbarland Kasachstans erhält kostenlos Kleinwaffenmunition, Granaten und Ersatzteile für das Flugabwehrraketensystem S-75M3. Mit dem Abkommen werde angeblich der Sicherheit Zentralasiens geholfen.³⁰ Doch eine Aufrüstung wird keine der sozialen und wirtschaftlichen Probleme des Landes lösen.

Auch die zwischenstaatlichen Konflikte der post-sowjetischen Staaten Zentralasiens sind kompliziert: Zu einem Scharmützel zwischen kirgisischen und tadschikischen Einheiten, bei welchem auch Mörser eingesetzt wurden, kam es im Januar 2014. Bei dem Zwischenfall gab es mehrere Verletzte auf beiden Seiten. Anlass dafür war angeblich ein Bauunternehmen auf einer Straße in einem Gebiet mit umstrittenem Grenzverlauf.³¹

Im März 2016 kam es zu einem weiteren Zwischenfall in den usbekisch-kirgisischen Beziehungen, als Usbekistan Truppentransporter in einem umstrittenen Gebiet stationierte. Ein Vertreter Kirgisistans sagte daraufhin, Usbekistan beabsichtige, sich das umstrittene Gebiet einzuverleiben und betonte, dass die Stationierung von Militär in umstrittenem Gebiet eine Verletzung internationaler Normen darstelle. Gerüchte machten die Runde, Usbekistan bringe Truppen in Stellung, um die kirgisische Regierung zu stürzen. Diese rief die OVKS um Hilfe an und diese entsandte einen Vertreter in die Region. In den Tagen nach der Eskalation konnten beide Seiten den Konflikt durch Gespräche lösen.

Als eine weitere Problemregion in der zentralasiatischen Peripherie gilt Berg-Badachschan (auch genannt Gorno-Badachschan). Die autonome Provinz der iranischen ethnischen

Gruppe der Pamiris gilt als Armenhaus von Tadschikistan – mehr als 70 % der Bewohner leben unter der absoluten Armutsgrenze von weniger als umgerechnet 8 Euro im Monat.³² Aus Mangel an wirtschaftlichen Perspektiven blühen die organisierte Kriminalität, das Warlord-Wesen und der Separatismus in der Region. Bereits seit den 1990er Jahren ist die Region eine Haupttransitroute für afghanische Drogen auf dem Weg nach Europa.

Ein weiterer „Hotspot“, an welchem verschiedene Entwicklungen Zentralasiens zusammenlaufen, ist die Region Batken im Südwesten Kirgisistans. In der Provinz befinden sich infolge der frühsowjetischen Grenzziehung mehrere usbekische und tadschikische Exklaven. Zu einem besonders eigenartigen Konflikt kam es im Jahr 2013, als bei einem Zwischenfall in Batken bewaffnete usbekische Zivilisten 30 bis 40 kirgisische Grenzsoldaten als Geiseln nahmen.³³ Die jeweiligen Staaten haben bis heute keinen Mechanismus gefunden, wie der komplizierte Grenzverlauf sinnvoll kontrolliert werden kann.

Aufgrund der prekären Staatlichkeit fanden auch immer wieder Terroristen in der Region Zuflucht. In den Jahren 1999, 2000 und 2001 gab es Zwischenfälle mit der IMU in den Exklaven in der Batken-Region.³⁴ 2006 kam es erneut zu einem Angriff auf einen tadschikischen Grenzposten in Batken, wobei Experten dahinter ebenso Islamisten vermuteten.³⁵

Ein weiterer Faktor, der immer wieder für zwischenstaatliche Probleme sorgt, ist das Wasser. Ein Grund dafür ist der Baumwollanbau, der einerseits viel Wasser benötigt und andererseits ein wichtiger Wirtschaftsfaktor vor allem in Usbekistan ist.

Nach einer über 60-jährigen Vorgeschichte begannen im Oktober 2016 die Bauarbeiten am Rogundamm in Mitteltadschikistan. Die zwei Jahrzehnte nach dem Ende des Tadschikischen Bürgerkrieges standen die bereits begonnenen Bauarbeiten still und das Staudammprojekt führte zu diplomatischen Verwicklungen zwischen Usbekistan und Tadschikistan. Die usbekische Seite befürchtet, dass das verarmte Nachbarland geneigt sein könnte, den Wasserzufluss als politische Waffe einzusetzen.³⁶ Der Zwist hat schon des Öfteren zur Einstellung von usbekischen Gasexporten nach Tadschikistan geführt. Kurz vor seinem Tod im vergangenen Jahr warnte der usbekische Präsident Islam Karimow sogar vor möglichen „Wasserkriegen“ in der Region. Die Mailänder Firma Salini Impregilo erhielt letztendlich den Zuschlag für das 4,9-Milliarden-US-Dollar-Projekt, von dem sich die Regierung in Duschanbe die Energieunabhängigkeit verspricht.³⁷

Im Falle Kirgisistans ist der Streit um neue Staudämme vor allem ein Konflikt um die Gestaltung der Energiepolitik des Landes und somit auch um die Beziehungen zwischen Kirgisistan und Russland. So schlossen die Regierung Moskaus und Bischkeks im Jahr 2012 einen Vertrag ab, der die Errichtung eines Staudamms und mehrerer Wasserkraftwerke am Naryn, einem Quellfluss des Sir-Darjas, vorsah. Die Vorhaben sollten rund 2,7 Milliarden Euro kosten. Doch die russische Seite verschleppte die Projekte und Ende 2015 kündigten Vertreter der russischen staatlich kontrollierten Stromkonzerne Inter-Rao und RusHydro an, dass sie aufgrund der Wirtschaftskrise in der Russischen Föderation die Vorhaben nicht umsetzen könnten. Kirgisistan sucht nun nach neuen Investoren für das Staudammprojekt.³⁸ Auch an diesem Beispiel zeigt sich, dass die russische Vorherrschaft in der Region ihre Grenzen in der Schwäche der russischen Wirtschaft hat.

Die weit verbreitete Armut und Perspektivlosigkeit sowie schlechte wirtschaftliche Bedingungen und prekäre Staatlichkeit sind der Nährboden auf welchem in der zentralasiatischen

post-sowjetischen Peripherie Terrorismus, Separatismus und weitere Probleme gedeihen können. Die komplizierten Grenzverläufe, Wasserprobleme und schwierigen Beziehungen zwischen den einzelnen zentralasiatischen Staaten vermehren darüber hinaus die Probleme, unter denen die Menschen der Region leiden.

Kirgisistan und Tadschikistan in der EaU und auf dem Weg in die EaU

Im Schatten der globalen Wirtschaftskrise ab 2007 begannen die Regierungen mehrerer GUS-Staaten, ein neues Wirtschaftsbündnis der post-sowjetischen Staaten aus der Taufe zu heben. Zunächst fanden sich 2010 Belarus, Kasachstan und Russland zur Eurasischen Zollunion zusammen. Diese ging dann in die Eurasische Union über, welcher im August 2015 auch Kirgisistan beitrug.

Auf dem Weg in die Eurasische Union (EaU) konnte die Regierung Kirgisistans Russland viele Konzessionen abringen. So erhielt das kleine zentralasiatische Land im Jahr 2009 einen Zuschuss von 150 Millionen US-Dollar und einen Präferenzkredit im Umfang von 300 Millionen Dollar. Nach seiner Wiederwahl schrieb der russische Präsident Wladimir Putin die 489 Millionen Dollar kirgisischer Staatsschulden ab. Als russische Budgethilfe flossen darüber hinaus in den Jahren 2010 bis 2015 185 Millionen Dollar in den kirgisischen Staatshaushalt. Im Jahr 2014 schufen beide Seiten einen Entwicklungsfonds für das zentralasiatische Land im Umfang von 500 Millionen Dollar. Der russische Gaskonzern Gazprom modernisiert außerdem noch das Pipelinennetz Kirgisistans.³⁹

Trotz größerer Investitionen bleibt die kirgisische Wirtschaft hochgradig abhängig von der kasachischen und der russischen. So senden Gastarbeiter aus dem Land in den beiden größeren Bruderstaaten im Norden hunderte Millionen US-Dollar in ihre Heimat. Im Jahr 2014 betrug diese Summe 2,1 Milliarden Dollar, doch nach dem Durchschlagen der russischen Wirtschaftskrise in der ersten Hälfte des Jahres 2015 beliefen sich die Überweisungen auf nur noch 325 Millionen Dollar. Der Handel mit Kasachstan brach in dem Jahr außerdem die Hälfte ein.⁴⁰

Das größte Problem innerhalb der Eurasischen Union für Kirgisistan bleibt der große Nachbar Kasachstan – das einzige EaU-Land, an welches die Bergrepublik angrenzt. Trotz des eigentlich freien Warenverkehrs haben die Behörden des deutlich größeren und wirtschaftlich stärkeren Kasachstans nicht die Tierseuchenkontrollen an der Grenze aufgegeben, was den Export von landwirtschaftlichen Gütern aus Kirgisistan erschwert.⁴¹ Ungeachtet dieser widrigen Bedingungen stehen die meisten kirgisischen Parteien hinter der Eurasischen Union und wollen diese nicht verlassen.

Eine vollkommen andere Grundlage und somit auch eine andere Entwicklung nahm das südliche Nachbarland. Wirtschaftlich gibt es Parallelen, aber politisch bleibt das Land fundamental anders als Kirgisistan. Heute ist Tadschikistan das Land auf der Welt, dessen Wirtschaft am meisten von den Geldsendungen der eigenen Bürger im Ausland abhängt. Laut Angaben von 2012 entsprachen diese Übermittlungen in etwa 47 % des Bruttoinlandsprodukts des Landes. In etwa die Hälfte der arbeitsfähigen Bevölkerung befindet sich außer Landes⁴², die meisten davon leben in Russland.⁴³ Dies gibt der früheren Kolonialmacht und heutigen Großmacht große Einflussmöglichkeiten.

Trotzdem gelang es der russischen Regierung bisher nicht,



Karte von Zentralasien. Quelle: Uwe Dederich / CC BY-SA 3.0, via Wikimedia Commons

Tadschikistan dazu zu bringen, der EaU beizutreten. Durch gemeinsame russisch-katarische Projekte und Wirtschaftsverträge zwischen dem russischen Staat und dem britisch-schweizerischen Großkonzern Glencore versucht die Regierung von Ministerpräsident Medwedew derzeit, den russischen Einfluss in Tadschikistan noch einmal zu erhöhen. Glencore ist das weltweit größte im Rohstoffhandel tätige Unternehmen und spielt eine entscheidende Rolle in der Aluminiumproduktion Tadschikistans. Durch eine Beteiligung Glencores und der staatlichen katarischen Investitionsbehörde bei der Teilprivatisierung des russischen Öl- und Gasgiganten Rosneft erhoffte sich Moskau, entscheidenden Einfluss auf die Wirtschaft Tadschikistans zu erlangen.⁴⁴

Doch trotz dieser Rolle Russlands in der tadschikischen Wirtschaft konnte die Regierung in Duschanbe bisher die Eigenständigkeit wahren und hat sich noch nicht für einen Beitritt zur Eurasischen Union entschlossen. Die russische Wirtschaftskrise führt dazu, dass der russische Staat derzeit nicht – wie noch im Falle Kirgisistans – Budgethilfen, Schuldenschnitte, Präferenzkredite und einen gemeinsamen Entwicklungsfonds anbieten kann. Außerdem bleiben die Erfolge der bisherigen Wirtschaftsintegration der EaU-Staaten bis dato eher mager – u. a. auch wegen der anhaltenden Wirtschaftskrise. Die tadschikische Regierung nimmt wegen all dieser Aspekte aber auch wegen bilateraler Probleme in anderen Fragen eine abwartende Haltung ein.⁴⁵

Trotz alledem ist die Beliebtheit der Eurasischen Union in Tadschikistan sehr hoch. Laut einer im Herbst 2016 durchgeführten repräsentativen Umfrage, die von der Eurasischen Entwicklungsbank in Auftrag gegeben wurde, sprechen sich circa 68 % der tadschikischen Bevölkerung für einen EaU-Beitritt ihres Landes aus.⁴⁶ Viele Experten gehen auch davon aus, dass es darauf hinauslaufen wird – doch derzeit verharret das zentralasiatische Land noch in einer Schwebestellung.

Schlussbetrachtung

Nach dem Ende der Sowjetunion stürzten Kirgisistan und Tadschikistan in ein ökonomisches Chaos. In letzterem Land versuchten dabei verschiedene Einflussgruppen und internationale Akteure in einem Bürgerkrieg gewaltsam ihren Einfluss zu sichern beziehungsweise auszubauen. Kirgisistan wiederum entwickelte sich als neoliberales Experiment zum westlichen „Vorzeigeland“ in der Region. Die wirtschaftliche Schocktherapie führte zu einer weit verbreiteten Armut, einer Deindustrialisierung, dem Abwandern von Arbeitskräften und politischer Instabilität. Ähnlich erging es Tadschikistan durch die Ereignisse des Bürgerkrieges und die Zeit danach.

Heute führen diese Entwicklungen zu verschiedenen innenpolitischen Problemen wie

Separatismus, einer starken Organisierten Kriminalität und dem Ausbreiten der Terrormiliz des so genannten „Islamischen Staates“. Darüber hinaus führen die komplizierten Grenzverläufe, das Management der zentralasiatischen Gewässer und der Anspruch von diversen Regierungen, Schutzmacht über ethnische Minderheiten zu sein, zu diversen bi- und multilateralen Problemen in der Region.

Durch die geographische Lage im Herzland Eurasiens buhlen verschiedene äußere Mächte um Einfluss in den beiden Ländern. Allen voran dominiert militärisch Russland das Gebiet, wobei die politischen und wirtschaftlichen Spielräume der früheren Kolonialmacht begrenzt sind. Die westlichen Länder sind auch weiterhin militärisch präsent, auch wenn die Rolle der NATO relativ abgenommen hat. Politisch und wirtschaftlich ist der Westen aber weiterhin wichtig, wie die dominante Rolle in Schlüsselindustrien von Konzernen aus Großbritannien, Kanada und der Schweiz in beiden Ländern zeigt. Eine erstarkende politische, wirtschaftliche und auch militärische Präsenz wiederum zeigt die VR China. Weitere kleine geopolitische Akteure sind der Iran, Indien, Pakistan und die Türkei.

Die komplizierte Lage durch die sozialen und wirtschaftlichen Verwerfungen, verworrene Grenzverläufe und das schwierige Wassermanagement zeigt das Eskalationspotenzial in dem Gebiet. Die dringendsten innen- und sozialpolitischen Probleme in beiden Ländern können nur durch einen sozial-ökologischen Wandel gelöst werden, der für die breite Masse Perspektiven im eigenen Land eröffnet. In der Frage der komplizierten Grenzziehung sollten die Regierungen beider Staaten unter Vermittlung von OSZE und SCO Wege finden, wie sie damit umgehen. Eine Entmilitarisierung und Neutralisierung der Gebiete analog zu Konfliktlösungen wie beispielsweise zwischen Ecuador und Peru könnte dabei eine Möglichkeit sein.⁴⁷ In der Frage der Wasserkonflikte könnte in Zukunft die Eurasische Union ein geeignetes Forum sein, um Streitfragen zu klären.

Anmerkungen

- 1 Doug Foster: Cleansing violence in the Tajik Civil War: Framing from the dark Side of Democracy, in: National Identities, Jg. 17 (2015), Nr. 4, S. 353–370 (hier: S. 356).
- 2 S. Frederick Starr: Ferghana Valley – The Heart of Central Asia, London 2014, S. 334.
- 3 Botakoz Kassymbekova: Humans as territory: forced resettlement and the making of Soviet Tajikistan, 1920–38, in: Central Asian Survey, Jg. 30 (2011), Nr. 3/4, S. 349–370.
- 4 Ebenda, S. 352.
- 5 Ebenda.
- 6 Monika S. Shepherd: The Effects of Russian and Uzbek Intervention in the Tajik Civil War, in: The Soviet and Post-Soviet Review, Jg. 23 (1996), Nr. 3, S. 285–328.
- 7 Michael Collins Dunn: On the Tajik-Afghan Border The Russians Are Coming—Back, in: Washington Report on Middle East Affairs, 09/1993, S. 55.
- 8 Nach dem Ende der Sowjetunion schlossen sich Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Georgien Kasachstan, Kirgisistan, die Republik Moldau, Russland, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan zur GUS zusammen. Die Ukraine ist nur ein teilnehmendes Mitglied und Georgien schied 2009 aus dem Vertragswerk aus.
- 9 Milan Milenkovic: The Kosovo Case as a Matryoshka Doll: Why did Russia withdraw its troops from Kosovo?, in: The South Slav journal, Jg. 31 (2012), Nr. 3/4, S. 18–32 (hier: S. 23).
- 10 David X. Noack: West- oder Ostanbindung?, in: junge Welt, 16.12.2016.
- 11 Erica Marat: The Military and the State in Central Asia: From Red Army to Independence, London/New York 2010, S. 111.
- 12 Helga Einecke: Dschungel der Reform-Hilfen, in: Süddeutsche Zeitung, 25.09.1993.
- 13 Pepe Escobar: The Tulip Revolution takes root, atimes.com 26.03.2005.
- 14 Anderson/Pomfret: Consequences of Creating a Market Economy, S. 19Fn18.
- 15 Pepe Escobar: The Tulip Revolution takes root, atimes.com 26.03.2005.
- 16 Boris-Mathieu Pétric: Post-Soviet Kyrgyzstan or the birth of a globalized protectorate, in: Central Asian Survey, Jg. 24 (2005), Nr. 3, S. 319–332 (hier: S. 323).
- 17 Birgit Brauer: Musterknabe der Reformen mit Defizit bei Demokratie, in: Handelsblatt 30.01.1998.
- 18 Ingrid Scheithauer: Sie träumen davon, Teil Europas zu sein, in: Frankfurter Rundschau 26.11.1999.
- 19 Hürdenlauf für deutsche Firmen, in: Handelsblatt 29.08.1997.
- 20 Wolfgang Günter Lerch: Der kirgisische Siegfried hält die Nation zusammen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung 21.06.1997.
- 21 Sally N. Cummings: Perceptions in the Commonwealth of Independent States, in: Mary Buckley/Sally N. Cummings (Hg.): Kosovo – Perceptions of War and its Aftermath, New York/London 2001, S. 176–192 (hier: S. 187).
- 22 Sergei Blagov: Moscow marches into Kyrgyzstan, atimes.com 24.09.2003.
- 23 Gulnoza Saidazimova: Kyrgyzstan: Is Bishkek Moving Toward Russia Ahead Of Elections?, eurasianet.org 14.02.2005.
- 24 Richard Spencer: Quiet American behind tulip revolution, telegraph.co.uk 02.04.2005.
- 25 Asyl Osmonaliev: Kyrgyzstan seeks economic lifeline, atimes.com 18.08.2009.
- 26 Die Grenzen amerikanischer Einflussnahme, german-foreign-policy.com 26.04.2010.
- 27 Daniel Wechlin: Nationalistische Spannungen in Zentralasien, nzz.ch 08.01.2013.
- 28 Uwe Halbach: Reaktionen auf den »Islamischen Staat« in Russland und Nachbarländern, SWP-Aktuell, Nr. 85, Oktober 2015.
- 29 Mitglieder der OVKS sind Armenien, Belarus, Kasachstan, Kirgisistan, Russland und Tadschikistan, Beobachter sind Afghanistan und Serbien.
- 30 Zhazira Dyussebekova: Kazakhstan Provides Free Military Armaments, Equipment to Kyrgyzstan, astanatimes.com 10.03.2016.
- 31 David Trilling: Kyrgyzstan & Tajikistan: Border Guards Injured in Shootout, Possibly with Mortars, eurasianet.org 11.01.2014; David Trilling: Kyrgyzstan-Tajikistan: What's Next After Border Shootout?, eurasianet.org 13.01.2014.
- 32 Edda Schlager: Business im Armenhaus – Marktwirtschaftliche Ansätze im tadschikischen Pamir, in: Zentralasien-Analysen, Nr. 34, 29.10.2010, S. 2–5 (hier: S. 2).
- 33 Igor Rotar: Fresh Border Incident Could Provoke New Inter-Ethnic Clashes in the Ferghana Valley, Jamestown Eurasia Daily Monitor, Jg. 10, Nr. 3, 09.01.2013.
- 34 Fresh Border Incident Could Provoke New Inter-Ethnic Clashes in the Ferghana Valley, Jamestown Monitor, Jg. 7, Nr. 145, 30.07.2001.
- 35 Erica Marat: Kyrgyzstan fights One-Day War with unknown Bandits, Jamestown Eurasia Daily Monitor, Jg. 3, Nr. 100, 23.05.2006.
- 36 Alec Forss: Green light for Rogun dam?, atimes.com 16.09.2014.
- 37 Tajikistan starts building world's tallest dam for hydro plant, reuters.com 29.10.2016.
- 38 Daniel Wechlin: Politischer Zwist um Wasser, nzz.ch 22.01.2016.
- 39 George Voloshin: Looming Long-Term Economic Problems Stem From Kyrgyzstan's EEU Membership, Jamestown Eurasia Daily Monitor, Jg. 13, Nr. 28, 10.02.2016.
- 40 Ebenda.
- 41 Catherine Putz: Eurasian Economic Union: A Customs Code and a Kyrgyz Dilemma, thediplomat.com 28.12.2016.
- 42 Remittance man, economist.com 07.09.2013.
- 43 Tadschikistan und der Islamismus: Angst vor Radikalisierung, deutschlandfunk.de 22.01.2016.
- 44 Nicholas Trickett: How Rosneft's Privatization Deal Affects Russia's Eurasian Economic Union Plans for Tajikistan, thediplomat.com 23.02.2017.
- 45 Tajikistan: Feeling the Eurasian Union's Gravitational Pull, eurasianet.org 31.01.2017.
- 46 Ebenda.
- 47 Monica Herz/João Pontes Nogueira: Ecuador vs. Peru: Peacemaking Amid Rivalry, Boulder 2002.



Eine Langfassung dieses Beitrags ist unter dem Titel „Kirgisistan und Tadschikistan. Konflikte und Konfliktpotenziale in der zentralasiatischen post-sowjetischen Peripherie“ als IMI-Studie 2017/14 erschienen und kann von der IMI-Seite heruntergeladen werden.

Profiteure der High-Tech-Vegrenzung

von Christoph Marischka

Mauern, Zäune und Stacheldraht haben gegenwärtig Konjunktur. Als Gründe hierfür werden meist implizit die sog. „Flüchtlingskrise“ einerseits und der „Rechtspopulismus“ andererseits angenommen. Dabei wird jedoch übersehen, dass es sich bei diesen Mauern und Zäunen nur um die banalsten Elemente jener „Festung Europa“ handelt, die bereits seit einem guten Jahrzehnt mit Unsummen aufgebaut wird. Zentrale Akteure und Profiteure sitzen dabei in jenen Ländern und Institutionen, die öffentlich gerne die Abschottungstendenzen „rechtspopulistischer“ Regierungen kritisieren. Während Mauern und Zäune zwischen Bulgarien und der Türkei, Ungarn und Serbien Menschen vom Zutritt zur EU abhalten sollen, setzen diese Maßnahmen – oft in Zusammenarbeit mit diktatorischen Regimen – bereits in den Herkunfts- und Transitstaaten an.

Datenbanken und Biometrie

Ein Beispiel hierfür ist der Aufbau einer Westafrikanischen Polizeidatenbank (WAPIS) durch Interpol, der seit 2012 durch das „Instrument für Stabilität“ der EU-Kommission finanziert wird. 2017 gab diese bekannt, das Programm mit weiteren 25 Mio. Euro zu unterstützen. Von den 5 Mio. Euro, welche die EU 2016 über Interpol ausschüttete, behielt die Behörde 7% Verwaltungskosten ein, 1,4 Mio. wurden für „Human Resources“ und 1,5 Mio. für die technische Ausrüstung und deren Unterhalt ausgegeben. In die Datenbank, die zunächst für Benin, Ghana, Mali und Niger eingerichtet wurde und nun auf Burkina Faso, Tschad und Mauretanien ausgeweitet werden soll, können die beteiligten Staaten verdächtige und gesuchte Personen und Fahrzeuge (auch Boote) einspeisen, die künftig auch bei (Grenz-) Kontrollen in Drittstaaten festgesetzt werden sollen. Als Nutznießer wurden von Interpol jedoch explizit auch Frontex, Europol und EU-Missionen (wie die EUCAP-Missionen in Mali und Niger) vor Ort genannt. Profiteure werden jedoch neben den Innenministerien und Geheimdiensten der wenig demokra-

tischen Staaten Westafrikas v.a. IT-Hersteller und -Dienstleister aus dem globalen Norden sein. Auf den Videos von der Einweihung der WAPIS-Zentrale in Ghana war viel Ausrüstung des US-amerikanischen IT-Unternehmens Hewlett-Packard (HP) zu sehen.

Für die Systemverwaltung, Erfassung und Prozessierung biometrischer Daten tut sich derzeit ein gewaltiger Markt auf, der sich u.a. auf der jährlichen Fachmesse „ID4Africa“ trifft. Unter deren Sponsoren und Premium-Ausstellern finden sich mehrere Firmen, die zuvor im Rahmen des Sicherheitsforschungsprogrammes der EU-Kommission Unterstützung bei gemeinsamen Forschungsprojekten mit Universitäten und EU-Behörden erhielten, wie etwa Safran Morpho, ein Tochterunternehmen des französischen Rüstungskonzerns Safran. Hauptsponsor der Messe war 2016 das belgische Unternehmen Zetes mit 1.100 MitarbeiterInnen und Niederlassungen in 21 Ländern, das mit einem Umsatz von 258 Mio. Euro 2015 seit 2016 mehrheitlich im Besitz von Panasonic ist. Als Referenzen verweist Zetes neben Aufträgen aus Belgien und Deutschland auf die Beteiligung an der biometrischen Erfassung von WählerInnen und Militärangehörigen in mehreren afrikanischen Staaten – zu großen Teilen finanziert durch die UN und andere internationale Organisationen – u.a. in der ehemaligen belgischen Kolonie DR Kongo. Aktuell bemüht sich Zetes mit Verweis auf WAPIS um die Einführung eines biometrischen Ausweises für die ganze Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS). Begründet wird dies v.a. mit Bevölkerungswachstum und Bedrohungen wie dem Terrorismus: „Sicherheitsrisiken machen die Kontrolle der Bevölkerung und von Migrationsbewegungen notwendig.“¹

Rüstungsgüter gegen Rücknahmeabkommen

Doch nicht nur bei der Fluchtverhinderung in den Herkunfts- und Transitstaaten spielen biometrische Systeme eine zunehmende Rolle, sondern auch bei Abschiebungen von Deutschland und Europa aus. Deshalb gehört es mittlerweile zum Standardprogramm bei Besuchen deutscher RegierungsvertreterInnen v.a. in Nordafrika, diese zur biometrischen Erfassung ihrer Bevölkerung zu nötigen und hierfür auch finanzielle Unterstützung zuzusagen. Dies war wesentlicher Inhalt der



Zu den größten Profiteuren der High-Tech-Vergrenzung zählen das Fraunhofer IOSB in Ettlingen bei Karlsruhe...

Nordafrika-Reise des Innenministers de Maizière Anfang 2016 nach Marokko, Algerien und Tunesien. Die Welt.de berichtete damals zum Abschiedeal: „Deutschland und Marokko wollen die Identität marokkanischer Staatsbürger anhand von Fingerabdrücken feststellen, die in Marokko für biometrische Pässe gespeichert werden [...]. Ein Problem ist offenbar, dass Algerien im Gegensatz zu Marokko nicht über so umfassende Datenbanken mit Fingerabdrücken seiner Staatsbürger verfügt, um die Identität von Flüchtlingen zu klären.“² Tunesien wurde Unterstützung beim Aufbau eines Registrierungssystems zugesagt und im Gegenzug zur Rücknahme seiner StaatsbürgerInnen schwere Polizeiausrüstung, darunter Bombenschutzanzüge und Röntgentechnik geschenkt.³ 2017 sollten „mobile Überwachungssysteme mit Bodenaufklärungssystemen“ folgen, so die taz: „5 Nachtüberwachungssysteme, 25 Wärmebildkameras, 25 optische Sensoren und 5 Radarsysteme hat Airbus geliefert, bezahlt von der deutschen Bundesregierung“.⁴ Dabei verschwimmen die Grenzen zwischen der Bekämpfung illegalisierter Migration und herkömmlicher militärischer Rüstung. So berichtete etwa das Handelsblatt bereits 2011 unter dem Stichwort „Grenzsicherung“: „Der Bundessicherheitsrat hat nach Angaben aus Industriekreisen grundsätzlich grünes Licht für deutsche Rüstungs- und Sicherheitsprojekte in Algerien im Volumen von zehn Milliarden Euro gegeben.“ Konkret ging es um den Bau einer Fabrik für Fuchs-Panzer durch Rheinmetall und die Lieferung von Fregatten durch ThyssenKrupp. „Außerdem wollten die EADS-Sicherheitspartie Cassidian, Rhode & Schwarz und Carl Zeiss Verteidigungs- und Sicherheitselektronik für den Grenzschutz in Algerien produzieren“.⁵ Ähnliche Pakete wurden dem Algerien latent feindlich gegenüberstehenden Marokko und Saudi Arabien zugesagt, der Deal mit Saudi Arabien wurde durch die Bundesregierung mit der Entsendung von BundespolizistInnen und BundeswehrosoldatInnen unterstützt, die Kräfte vor Ort u.a. im Umgang mit der Luna-Drohne für den Grenzschutz ausbilden sollten.

Forschung für den militarisierten Grenzschutz

Die Luna-Drohne von EMT wurde von der Bundeswehr auch in Afghanistan eingesetzt. Das Fraunhofer IOSB mit Sitz in Karlsruhe hat basierend auf diesen Einsatzerfahrungen im Auftrag des Verteidigungsministeriums die Bildauswertungssysteme optimiert. Mit diesen ausgestattet nutzt mittlerweile auch die Schweizer Luftwaffe die Drohne für Einsätze im Auf-

trag der Polizei – u.a. gegen Einbruchskriminalität im Bodenseeraum und – zumindest temporär – zur Überwachung der Grenze nach Italien.

Die Fraunhofer Gesellschaft, zu der das IOSB gehört, gilt nach Rechnungen des Rechercheprojektes Security for Sale als jene private Institution, die am umfangreichsten von den Forschungsprogrammen der EU profitierte.⁶ Zu diesen 68 Mio. Euro innerhalb von zehn Jahren kamen demnach noch 50 Mio. aus dem deutschen Programm zur Sicherheitsforschung. Unter den Unternehmen, die am umfangreichsten profitierten, belegten Thales (31,5 Mio.) und Airbus (15 Mio.) den ersten bzw. dritten Platz. Beide Firmen führten im Rahmen der Sicherheitsforschung ihrerseits eng verwobene Projekte mit dem Fraunhofer IOSB durch: Die Klassifikation von Flüchtlingsbooten durch Mustererkennung in Aufklärungsdaten von Satelliten- (Airbus) und Drohnensystemen (Thales). Ein drittes IOSB-Projekt beschäftigte sich gemeinsam mit Airbus und der Carl Zeiss AG mit der Detektion entsprechender Boote durch Sensorbojen auf See.

Der staatlich finanzierte Boom zivil-militärischer Überwachungstechnologie ist an den Firmensitzen auch baulich sichtbar: Thales in Ditzingen direkt an der A81 etwa hat in den vergangenen Jahren immens ausgebaut, keine zwei Kilometer entfernt auf der anderen Seite der Autobahn befindet sich ein Neubau des IT-Konzerns ATOS, der Platz fünf unter den am umfangreichsten von der EU durch Forschungsgelder geförderten Unternehmen einnimmt.

Anmerkungen

- 1 Zetes White Paper: The many Facets of the ECOWAS ID Card – Recommendations for successful Integration.
- 2 „Deutschland und Marokko einig bei schnelleren Abschiebepverfahren“, welt.de vom 21.2.2016.
- 3 „Ausstattungshilfe für Tunesien - Bundesinnenminister Thomas de Maizière übergab am 1. März 2016 in Tunis umfangreiche Ausstattungshilfe des BKA an den tunesischen Innenminister“, bka.de vom 19.5.2016.
- 4 Fabian Grieger, Simone Schindwein: „Das Geschäft mit High-tech-Grenzen“, taz.de vom 15.12.2016. Der lesenswerte Artikel nennt zahlreiche weitere Beispiele.
- 5 „Grenzsicherung - Deutschland gibt Rüstung für Algerien frei“, handelsblatt.de vom 3.7.2011.
- 6 Kai Biermann und Christian Fuchs: „800.000 Euro für einen Terror-Airbag, der nie fertig wurde“, zeit.de vom 23.2.2017.



... und der Rüstungskonzern Thales mit Sitz in Ditzingen. Quellen: Wolkenkratzer via Wikipedia und eigenes Bild

Angst vor klarem Himmel

In Emran Feroz' Buch über den US-Drohnenkrieg kommen die Betroffenen zu Wort

von Marius Pletsch

Die Berichte über Schicksale, wie das von Mohammad Kareem Aluzai, machen das anklagende, aufrüttelnde und pessimistische Buch von Emran Feroz »Tod per Knopfdruck« lesenswert. In einem Moment noch war er Obst- und Gemüseverkäufer im Distrikt Saidabad in Afghanistan, im nächsten Moment tot. Aus dem Leben gerissen von einer Rakete, die von einer Drohne – einem unbemannten, von einer Box in den Vereinigten Staaten aus gesteuerten Luftfahrzeug – abgeschossen wurde.

»Dieses Szenario«, schreibt Feroz, »ist in Afghanistan und in anderen Ländern, die vom Drohnterror heimgesucht werden, mittlerweile zum Alltag geworden. Immer wieder trifft es die männlichen Hauptnährer von Familien, die in der Folge völlig hilflos dastehen.« Warum Kareem Aluzai getötet wurde ist unklar. Laut seinem Bruder war er weder bewaffnet noch Mitglied einer extremistischen Gruppe. Die US-Regierung entsendete niemanden, um den Tod zu untersuchen oder mit den Angehörigen zu sprechen. Es habe keine Entschuldigung, geschweige denn eine Entschädigung für die Hinterbliebenen gegeben. Auch Menschenrechtler und Journalisten gingen diesen Fällen nur zu selten nach und wenn, dann würden sie nicht selten von US-finanzierten Milizen an der Arbeit gehindert.

Das Buch ist in sechs größere Abschnitte unterteilt, in denen Feroz über die Anfänge der Drohnentechnologie in den USA, deren Opfer in den Kriegs- und Krisenregionen berichtet, in denen sie tagtäglich zum Einsatz kommt: Afghanistan, Pakistan, Jemen, Syrien, Irak, Libyen, Somalia. Der zweite Abschnitt ist das Herzstück des Buches. Feroz reiste selbst nach Afghanistan und sammelte die Stimmen derjenigen, die zu oft ungehört bleiben. Was die ständige Präsenz der Drohnen in diesen Gegenden für einen Einfluss auf die lokale Bevölkerung hat, wird im Buch eindrücklich dargestellt: »Die Angst ist vor allem dann groß, wenn der Himmel klar ist. Dann erst tauchen die Drohnen auf und können den Piloten und Operatoren klare Bilder liefern. »Die Kinder rennen oft zu mir, sobald sie ein Flugzeug am Himmel sehen. Sie schreien immer panisch auf und haben Angst, während des Spielens bombardiert zu werden.« Die psychischen Folgen sind enorm, auch wenn keine Rakete einschlägt. Die alleinige Möglichkeit reicht aus, um das Leben der Menschen grundlegend zu verändern.

Die weiteren Abschnitte beschäftigen sich mit den Tätern, die einen bürokratischen Prozess zur Tötung von Menschen eingerichtet haben. Den Komplizen des US-Drohnenprogramms ist das vierte Kapitel gewidmet. Hier liegt der Fokus auf den NATO-Verbündeten, insbesondere auf Deutschland. Mit dem United States Africa Command (AFRICOM) in Stuttgart und dem Luftwaffenstützpunkt Ramstein sind zwei zentrale Bausteine des Drohnenkrieges hier beheimatet. Im AFRICOM werden die Einsätze auf dem afrikanischen Kontinent geplant und koordiniert, Ramstein ist für die Datenverbindung von der Drohne zum Bedienpersonal in den USA (noch) unverzichtbar. Denn auf dem Grundstück liegt eine Relaisstation,

durch die die Verzögerung des Videosignals in den USA und der Umsetzung der Steuerungsbefehle an die Drohne möglichst gering gehalten werden kann. Auch die Rolle der westlichen Massenmedien, sowie einiger regionaler Sender, die die USA mitfinanzieren, wird kritisch beleuchtet.

Des weiteren wird aufgezeigt, welche Rolle der Drohnenkrieg als einer der Gründe für die Radikalisierung und den Zulauf für extremistische Gruppen spielt. Auch werden die viel kritisierten, offiziellen Opferzahlen des Drohnenkriegs genannt, die 2016 erstmals für den Zeitraum von 2009–2015 veröffentlicht wurden. Danach seien 64 bis 116 »Nicht-Kombattanten« getötet worden. Feroz schreibt hierzu: »das Weiße Haus [...] versucht, die Öffentlichkeit zu beruhigen, indem man Transparenz vortäuscht und das Bild einer präzisen Hightech-Kriegführung propagiert – ein Schlag ins Gesicht aller Drohnenopfer«.

Das Buch schließt mit einem eher pessimistischen Ausblick: Mehr und mehr Staaten sowie nichtstaatliche Akteure nehmen sich ein Beispiel an der langjährigen Praxis der USA und setzen Drohnen tödlich ein, US-Präsident Donald Trump möchte den Drohnenkrieg ausweiten, autonome Systeme werden erforscht und es scheint nur eine Frage der Zeit, bis sie eingesetzt werden. Gerechtigkeit für die Opfer ist dabei nicht in Sicht. Für Personen, die auf Tötungslisten gesetzt werden, gelte: »Die Unschuldsvermutung, das Recht auf körperliche Unversehrtheit, der Anspruch auf ein faires Gerichtsverfahren – all diese Grundlagen demokratischer Freiheiten werden von den Vereinigten Staaten mit Füßen getreten.«

Emran Feroz hat ein im Ton anklagendes Buch geschrieben. Die letzten Kapitel wirken aber zu komprimiert, sie erlauben so lediglich einen Überblick, aber keinen tieferen Einblick in die Thematik. Am überzeugendsten ist der zweite Abschnitt, die Recherchen vor Ort, die Interviews des Autors mit den Betroffenen, für die der Tod per Drohne zu einer alltäglichen Bedrohung gehört. Allein dafür lohnt die Lektüre. Zu selten bekommt man einen solchen Einblick und wird mit der Situation in den Ländern konfrontiert, in denen nach dem früheren Verteidigungsminister Peter Struck angeblich »unsere Freiheit« verteidigt wird.



Emran Feroz: *Tod per Knopfdruck. Das wahre Ausmaß des US-Drohnen-Terrors oder Wie Mord zum Alltag werden konnte.* Westend-Verlag, Frankfurt am Main 2017, 256 S., 18 Euro

PESCO: Historischer Rüstungsschub?

von Jürgen Wagner

Am 13. November 2017 wurde die hochproblematische „Ständige Strukturierte Zusammenarbeit“ (PESCO) im Grundsatz beschlossen. Mit PESCO können Teile der EU-Militärpolitik per Mehrheitsentscheidung auf Kleingruppen ausgelagert und so das bislang in diesem Bereich geltende Konsensprinzip ausgehebelt werden (siehe zur Kritik u.a. [IMI-Standpunkt 2017/34](#)). Noch am selben Tag sparten Spitzenpolitiker nicht mit Superlativen: Bundesaußenminister Sigmar Gabriel nannte PESCO einen „Meilenstein der europäischen Entwicklung“ und einen großen „Schritt in Richtung Selbstständigkeit und Stärkung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU“. Die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini sprach sogar von „einem historischen Moment für die europäische Verteidigung“ ([heute.de](#), 13.11.2017). Ob sich PESCO allerdings tatsächlich als großer Militarisierungsschritt entpuppen wird, wird sich erst noch erweisen müssen.

An eine PESCO-Teilnahme sind bestimmte Rüstungsbedingungen geknüpft, die die Staaten erfüllen müssen. Über diese Teilnahmebedingungen wurde lange und intensiv gestritten, ohne dass davon allzu viel an die Öffentlichkeit gedrungen wäre. Nun lassen sie sich im „[Aktivierungspapier](#)“ finden, das am 13. November von 23 Ländern unterzeichnet wurde. Dänemark und Großbritannien wollen sicher nicht an PESCO teilnehmen, Irland, Polen und Portugal geben an, sie hätten sich noch nicht entschieden. Rüstungsnahen Stimmen äußerten sich eher enttäuscht über die nun getroffenen Vereinbarungen, was vor allem an teils relativ schwammigen Formulierungen der jeweiligen PESCO-Verpflichtungen liegt. Näher betrachtet hat das Dokument aber leider durchaus das Potenzial, den EU-Militarisierungsprozess weiter voranzutreiben.

Viele Vereinbarungen sind tatsächlich relativ unverbindlich formuliert, so etwa die Verpflichtung, die Rüstungsausgaben regelmäßig zu erhöhen, ohne zu spezifizieren, was das in konkreten Zahlen bedeuten soll. Auch andere Aspekte, die mit den Rüstungsausgaben zu tun haben, bleiben reichlich vage,

zum Beispiel das Bekenntnis, die Rüstungsinvestitionen sukzessive auf mindestens 20% des Militärbudgets anzuheben. Dasselbe gilt für andere Passagen wie etwa die zur Bereitstellung strategischer Fähigkeiten oder zur „besseren“ Finanzierung von EU-Rüstungsprojekten und EU-Einsätzen – auch hier fehlt es an Angaben, wozu konkret sich die Länder hier verpflichtet haben. Auf der anderen Seite müssen teilnahmewillige Länder aber beispielsweise verpflichtend Truppen für die EU-Battlegroups bereitstellen, um bei PESCO mitmachen zu dürfen. Verbindlich ist auch die Verpflichtung, sich an mindestens einem PESCO-Projekt zum Aufbau strategisch relevanter Militärkapazitäten zu beteiligen. Bereits Ende November 2017 wurden die ersten 18 Projekte offiziell angemeldet, die dann künftig bevorzugt aus dem geplanten neuen EU-Verteidigungsfonds mitfinanziert werden sollen. Da bis dato wenig Details über diese Vorhaben bekannt sind, wird abzuwarten bleiben, inwieweit damit tatsächlich der beabsichtigte Ausbau des EU-Militärapparates substantiell vorangetrieben werden wird.

Ein wesentlicher Faktor, damit dies der Fall ist, soll sein, dass sich die PESCO-Länder einem Prozess unterworfen haben, in dem ihre Zusagen künftig extern durch die EU-Verteidigungsagentur in einem Bericht „evaluiert“ werden. Hierfür muss jedes teilnahmewillige Land einen Nationalen Implementierungsplan aufstellen, der Auskunft darüber geben soll, wie es seine PESCO-Verpflichtungen erfüllen will. Die Einhaltung dieses Planes wird dann jährlich durch die EDA in besagtem Bericht geprüft. Im „[Aktivierungspapier](#)“ heißt es dazu: „Dieser Bericht wird detailliert über den Stand der PESCO-Implementierung Auskunft geben, einschließlich der Beachtung jedes Mitgliedsstaates bezüglich seiner Verpflichtungen im Zusammenhang mit seinem Nationalen Implementierungsplan.“

Unklar ist, wie mit PESCO-Mitgliedern umgegangen werden soll, sollten ihre Rüstungsbemühungen „negativ“ evaluiert werden. Ob über diese Prüfberichte „erfolgreich“ genug Druck erzeugt werden kann, damit die Teilnehmer künftig in die „richtige“ Richtung rüsten, dürfte deshalb maßgeblich darüber entscheiden, ob mit PESCO wirklich ein „historischer“ Militarisierungsschritt eingeleitet worden ist.

Neue Broschüre: Ertüchtigende Entwicklungshilfe

Die Broschüre „**Europas ertüchtigende Entwicklungshilfe: Militärische Kontrollstrategie auf Kosten der Armutsbekämpfung**“ (Informationen zu Politik und Gesellschaft“, Nr. 14, November 2017) ist in Kooperation der IMI mit der Europaabgeordneten Sabine Lösing erschienen und kann gratis im Internet heruntergeladen werden. Durch diese Zusammenarbeit kann die Printversion – gerne auch in größerer Stückzahl – auch kostenlos via E-Mail bestellt werden: hannover@sabine-loesing.de oder postalisch bei Europabüro Sabine Lösing; Gosseriede 8; 30159 Hannover.

INHALTSVERZEICHNIS

- Vorwort - 5
- Einleitung - 6
- 1. Europas integrierter machtpolitischer Ansatz - 7
- 2. Allzweckwaffe Ertüchtigung - 11
- 3. Entwicklungshilfe für Ertüchtigung - 14
- 4. Kritik zivil-militärischer Ertüchtigung - 19
- 5. Sahel-Strategie und Comprehensive Approach - 22
- 6. Entwicklung statt Ertüchtigung - 25





SPENDENAUFTRUF

Auch im Jahr 2017 bemühten wir uns, mit kritischen Analysen, Vorträgen und Demo-Reden gegen die fortschreitenden Militarisierungsprozesse zu steuern.

Dieser Wegweiser zeigte diesen Sommer am Tag der Bundeswehr in Dornsteden in die Richtungen der zahlreichen, aktuellen Auslandseinsätze der Bundeswehr. Wir versuchen mit all den Einsätzen sowie den Militarisierungsprozessen im Inneren, Migrationsbekämpfung, militärischen Landschaften, Rekrutierungsmaßnahmen, Rüstungshaushalten und vielen weiteren Themen Schritt zu halten. Um dazu fähig zu sein und das erstellte Material grundsätzlich online kostenlos zur Verfügung stellen und in Printform zum Selbstkostenpreis abgeben zu können, sind wir auf Spenden und Mitgliedschaften angewiesen, die steuerlich absetzbar sind.

Auch das kommende Jahr wird bezüglich der Bundeswehr vermutlich leider ereignisreich werden und anti-militaristische Analysen dringlicher denn je gefordert sein. Daher bitten wir alle, die sich finanziell dazu in der Lage sehen, uns für das kommende Jahr mit einer Spende zu unterstützen oder auch Menschen in eurem Bekanntenkreis über eine mögliche IMI-Mitgliedschaft zu informieren.

IMI-Spendenkonto Kreissparkasse Tübingen:
IBAN: DE64 6415 0020 0001 6628 32
BIC: SOLADES1TUB

Jede Form der Unterstützung ist willkommen!

